

Sitzungsbericht

50. Sitzung der Tagung 1996/97 der XIV. Gesetzgebungsperiode
des Landtages von Niederösterreich
Donnerstag, den 19. Juni 1997

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Romeder (Seite 472).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 473).
3. Anfragebeantwortungen (Seite 474).
4. Angelobung eines Mitgliedes des NÖ Landtages (Seite 476).
5. Mitteilung von Änderungen in der Zusammensetzung von Ausschüssen (Seite 477).
6. Ltg. 600/A-8/20: Antrag der Abgeordneten Böhm u.a. auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Grenzregionen - Wirtschaft und Arbeitsplätze".

Redner: Abg. Böhm (Seite 477), Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 480), Abg. Gratzer (Seite 481), Abg. Dr. Bauer (Seite 483), Abg. Hiller (Seite 486), Abg. Ing. Wagner Josef (Seite 488), Abg. Rosenkranz (Seite 488), Abg. Maier (Seite 489), Abg. Hoffinger (Seite 491), LR Schimanek (Seite 493), Abg. Uhl (Seite 495), Abg. Dr. Strasser (Seite 496).
- 7.1. Ltg. 596/R-1/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsab-schluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 496).
- 7.2. Ltg. 595/B-38/2: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Darlehensauf-nahmen der verschiedenen Landesfonds und Darstellung der Leasingverbindlich-keiten des Landes.
Berichterstatter: Abg. Breininger (Seite 497).
- 7.3. Ltg. 593/B-32/4: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Vorlage eines jährlichen Berichtes über die Landes-entwicklung.
Berichterstatter: Abg. Hoffinger (Seite 497).
- 7.4. Ltg. 594/B-33/3: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbbericht 1996.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 498).
- 7.5. Ltg. 601/B-40/1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zum Bericht der Landesregierung betreffend Regionalma-nagements, Tätigkeitsbericht 1996.
Berichterstatter: Abg. Moser (Seite 498).

Redner zu 7.1. - 7.5.: Abg. Treitler (Seite 498), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 500), Abg. Keusch (Seite 502), Abg. Präs. Ing. Eichinger (Seite 505), Abg. Gratzer (Seite 508), Abg. Pietsch (Seite 510), Abg. Ing. Gansch (Seite 512), Abg. Lembacher (Seite 514), LR Mag. Freibauer (Seite 514).
Abstimmung (Seite 517).

8. Ltg. 597/S-5/16: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Errichtung und Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt - Kulturbezirk, 3. Bau- stufe - Museum.
Berichterstatter: Abg. Breining (Seite 517).
Redner: Abg. Ing. Dautzenberg (Seite 518), Abg. Preiszler (Seite 519), Abg. Wöginger (Seite 521), Abg. Dr. Michalitsch (Seite 522), Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 525).
Abstimmung (Seite 527).
- 9.1. Ltg. 603/S-5/17: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bezirkshaupt- mannschaft Bruck/Leitha, Neubau eines Amtsgebäudes.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 527).
- 9.2. Ltg. 604/S-5/18: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Bezirkshaupt- mannschaft Wr. Neustadt, Neubau eines Amtsgebäudes.
Berichterstatter: Abg. Dr. Mautner Markhof (Seite 528).
Redner zu 9.1. - 9.2.: Abg. Pietsch (Seite 529), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 529).
Abstimmung (Seite 530).
- 10.1. Ltg. 336/G-2/3: Antrag des Kommunal-Aus- schusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeinde- beamtendienstordnung 1976.
Berichterstatter: Abg. Uhl (Seite 530).
- 10.2. Ltg. 337/G-3/3: Antrag des Kommunal-Aus- schusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeinde- beamtengehaltsordnung 1976.
Berichterstatter: Abg. Uhl (Seite 530).
- 10.3. Ltg. 338/G-4/4: Antrag des Kommunal-Aus- schusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeinde- Vertragsbedienstetengesetzes 1976.
Berichterstatter: Abg. Uhl (Seite 530).
Redner zu 10.1. - 10.3.: Abg. Hrubesch (Seite 532), Abg. Feuerer (Seite 533), Abg. Nowohradsky (Seite 535).
Abstimmung (Seite 536).
11. Ltg. 583/A-11/1: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Abgabenordnung 1977.
Berichterstatter: Abg. Klupper (Seite 536).
Abstimmung (Seite 537).
12. Ltg. 573/A-3/37: Antrag des Schul-Aus- schusses zum Antrag der Abg. Gratzner u.a. betreffend Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher.
Berichterstatter: Abg. Dorfmeister-Stix (Seite 537).
Redner: Abg. Dkfm. Rambossek (Seite 538), Abg. Cerwenka (Seite 539), Abg. Dr. Strasser (Seite 540).
Abstimmung (Seite 541).
13. Ltg. 599/D-1/6: Antrag des Verfassungs- Ausschusses zur Vorlage der Landesregie- rung betreffend Änderung der Dienstprag- matik der Landesbeamten 1972 (DPL- Novelle 1997).
Berichterstatter: Abg. Dr. Strasser (Seite 541).
Abstimmung (Seite 541).
14. Ltg. 575/A-5/63: Debatte über die Anfrage- beantwortung von LR Gabmann zur Anfra- ge der Abg. Cerwenka und Keusch betref- fend Förderung des Schiffahrtsunter- nehmens Wilhelm Stift zur Erhaltung und Attraktivierung der NÖ Donau-Personen- schiffahrt.
Redner: Abg. Cerwenka (Seite 541), Abg. Friewald (Seite 543).
Abstimmung (Seite 544).

* * *

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER (*um 13.00 Uhr*): Hohes Haus! Ich darf Sie zur ersten Arbeitssitzung hier in St. Pölten im NÖ Landhaus herzlich begrüßen. Und ich wünsche dem Landesparlament für alle Zukunft hier in St. Pölten eine gute Arbeit und gute Entscheidungen für unser Bundesland Niederösterreich. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt, es ist

unbeanstandet geblieben und gilt demnach als genehmigt. Von der heutigen Sitzung hat sich der Herr Abgeordnete Sivec und die Frau Abgeordnete Vladyka entschuldigt. Ich darf, Hohes Haus, bekanntgeben, daß ich nach Mitteilung des

Einlaufes die Angelobung eines neuen Mitgliedes des Landtages vornehmen werde.

Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL-Novelle 1997).

Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung haben die Abgeordneten Cerwenka, Keusch u.a. schriftlich beantragt, über die Beantwortung der Anfrage des Herrn Landesrates Gabmann, zu Ltg. 575/A-5/63 betreffend Förderung des Schifffahrtsunternehmens Wilhelm Stift zur Erhaltung und Attraktivierung der Donau-Personenschiffahrt in der heutigen Sitzung eine Debatte abzuhalten. Der Landtag hat darüber ohne Debatte zu entscheiden. Ich darf daher, Hohes Haus, fragen, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt. *(Nach der Abstimmung)*: Einstimmig angenommen! Die Debatte über diese Anfragebeantwortung wird daher am Schluß der Tagesordnung durchgeführt. Besteht gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? Das ist nicht der Fall. Damit werde ich in diesem Sinne vorgehen.

Ich bringe dem Hohen Haus folgenden Einlauf zur Kenntnis:

Ltg. 608/V-11/13 - Vereinbarung gem. Art.15a B-VG über die Reform des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung für die Jahre 1997 bis 2000.

Ich weise diese Vorlage hiemit dem Gesundheits-Ausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 607/A-1/45 - Antrag der Abg. Böhm u.a. betreffend gebührenfreies Halten in Kurzparkzonen und

Ltg. 610/G-1/11 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des Gesetzes über die Gliederung des Landes Niederösterreich in Gemeinden, Markterhebung der Gemeinde Grafenbach-St. Valentin.

Beide Vorlagen weise ich hiemit dem Kommunal-Ausschuß zu.

Ltg. 598/E-1/37 - Eingabe der Marktgemeinde Altlenzbach betreffend NÖ Kindergartengesetz 1996.

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Schulausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 599/D-1/6 - Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der

Dazu darf ich bekanntgeben, daß ich am 4. Juni 1997 diese Vorlage dem Verfassungsausschuß übermittelt habe. Die Beratungen wurden abgeschlossen. Ich habe daher dieses Geschäftsstück auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

Ltg. 606/A-3/41 - Antrag der Abg. Gratzler u.a. betreffend Novellierung der NÖ Landtagswahlordnung, LGBl. 0300.

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Verfassungsausschuß zur weiteren Beratung zu.

Ltg. 605/A-3/40 - Antrag der Abg. Gratzler u.a. betreffend Verhinderung eines elektronischen Mautsystems auf Autobahnen und Schnellstraßen.

Diese Vorlage darf ich hiemit dem Verkehrsausschuß zuweisen.

Ltg. 593/B-32/4 - Bericht der Landesregierung betreffend Vorlage eines jährlichen Berichtes über die Landesentwicklung,

Ltg. 594/B-33/3 - Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 1996,

Ltg. 595/B-38/2 - Bericht der Landesregierung betreffend Darlehensaufnahmen der verschiedenen Landesfonds und Darstellung der Leasingverbindlichkeiten des Landes,

- Ltg. 596/R-1/4 - Bericht der Landesregierung betreffend Rechnungsab-schluß des Landes Nieder-österreich für das Jahr 1996,
- Ltg. 597/S-5/16 - Vorlage der Landesregierung betreffend Errichtung und Finanzierung des Regierungs-viertels in der Landeshaupt-stadt - Kulturbezirk, 3.Baustufe - Museum,
- Ltg. 601/B-40/1 - Bericht der Landesregierung betreffend Regionalmanage-ments, Tätigkeitsbericht 1996,
- Ltg. 603/S-5/17 - Vorlage der Landesregierung betreffend Bezirkshauptmann-schaft Bruck/Leitha, Neubau eines Amtsgebäudes und
- Ltg. 604/S-5/18 - Vorlage der Landesregierung betreffend Bezirkshauptmann-schaft Wr. Neustadt, Neubau eines Amtsgebäudes.

Alle diese Vorlagen habe ich bereits am 4. Juni 1997 dem Wirtschafts- und Finanz-Aus-schuß zur weiteren Beratung zugewiesen. Die Beratungen wurden abgeschlossen. Diese Ge-schäftsstücke befinden sich daher auf der heuti-gen Tagesordnung.

- Ltg. 602/V-5 - Vorlage der Landesregierung betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1998.

Hier darf ich bekanntgeben, daß ich diese Vorlage am 6. Juni 1997 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuß zugewiesen habe. Die Verhand-lungen wurden auch in dieser Materie bereits ge-führt und abgeschlossen. Und wir werden uns in der nächsten Woche im Plenum mit diesem Vor-anschlag zu befassen haben.

- Ltg. 609/B-1/13 - Bericht des Finanzkontrollaus-schusses über die bei Aus-übung seines Kontrollrechtes gemachten Wahrnehmungen I/1997.

Diese Vorlage weise ich hiemit dem Wirt-schafts- und Finanz-Ausschuß zu.

- Ltg. 611/A-4/46 - Anfrage des Abgeordneten Ing. Dautzenberg an LH Dr. Pröll betreffend "Top ten-Regionen" in Europa.

Dazu darf ich bekanntgeben, daß ich am 16. Juni 1997 diese Anfrage dem Herrn Landes-hauptmann übermittelt habe.

Weiters sind folgende Anfragebeantwortun-gen eingelangt: Zu Ltg. 586/A-4/45 betreffend Straßenverkehrsplanung im Raum Schwechat und zu Ltg. 592/A-5/64 betreffend Hagenbachklamm.

Die Anfragebeantwortungen haben folgenden Inhalt:

Beantwortung der Anfrage des Abg. Gebert an LH Dr. Pröll betreffend Straßenverkehrspla-nung im Raum Schwechat, Ltg. 586/A-4/45:

"Zur Anfrage des Abg. Gebert betreffend Straßenverkehrsplanung im Raum Schwechat, Ltg. 586/A-4/45, möchte ich bemerken, daß ich bereits für eine bergmännische Untertunnelung der B 301 im Bereich von Rannersdorf eingetreten bin. Ich werde mich weiterhin für eine Bauweise einsetzen, die im Interesse der betroffenen Bevöl-kerung gelegen ist.

Die Errichtung einer 4-spurigen Straße von der A 3 bis zur B 301 ist für mich im überschauba-ren Planungszeitraum inakzeptabel, da sie von dem von der Planungsgemeinschaft Ost be-schlossenen Verkehrskonzept Südraum Wien abweicht. Ich habe bereits beim Herrn Wirt-schaftsminister erreicht, daß die getroffene Ent-scheidung für eine 4-spurige Verbindungsstraße zwischen der A 3 und der B 301 ausgesetzt wird und im Einvernehmen mit den Gemeinden eine weitere Prüfung stattfindet."

Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Dr. Strasser und Friewald an LR Wagner betref-fend Hagenbachklamm, Ltg. 592/A-5/64-1997:

"Ad 1)

Die Bezirkshauptmannschaft Tulln hat nach-stehende Stellungnahme abgegeben und ergän-zend bemerkt, daß lediglich 1.600 Unterstüt-zungserklärungen für die Eingabe des Verschöne-rungsvereines St. Andrä-Wördern aufliegen und nicht - wie in der Anfrage erwähnt wurde - 6.500.

1. Ein Verfahren im eigentlichen Sinn zur Erklä-rung der Hagenbachklamm zum Naturdenk-mal wurde von der Bezirkshauptmannschaft

als Naturschutzbehörde I. Instanz gar nicht eingeleitet. Einerseits gibt es in einem derartigen Verfahren - streng formell gesehen - keine Antragslegitimation. Entsprechende Eingaben stellen nach der ständigen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes lediglich Anregungen dar, das Verfahren selbst führt die Behörde von Amts wegen. Andererseits war in der Eingabe des Verschönerungsvereines St. Andrä-Wördern vom 17.4.1994 ausdrücklich kein Antrag, sondern lediglich ein Ersuchen enthalten.

2. Dieses Ersuchen des Verschönerungsvereines wurde ausgelöst durch den Plan der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern, im Zuge der Herstellung einer öffentlichen Kanalisation für die Orte Hintersdorf und Kirchbach einen Transportstrang zur Kläranlage durch die Hagenbachklamm zu legen. Nachdem sich im Zuge des diesbezüglichen naturschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens die praktische Undurchführbarkeit des Vorhabens herausgestellt hat, hat auch die Marktgemeinde St. Andrä-Wördern schriftlich bekanntgegeben, daß dieses Vorhaben auf Grund der Planung einer anderen Variante über Straßengrund nicht mehr weiter verfolgt wird. Da aber dadurch der Grund für die Anregung des Verschönerungsvereines weggefallen war, wurde eine Erklärung der Hagenbachklamm zum Naturdenkmal nicht weiter verfolgt, da sie ohnedies schon im Naturpark 'Eichenhain' liegt.
3. Weiters ist festzuhalten, daß auch die Voraussetzungen für eine derartige Naturdenkmalerklärung nicht gegeben waren. In den diesbezüglichen Bestimmungen des NÖ Naturschutzgesetzes ist nämlich vorgesehen, daß sowohl die Deckung der Kosten des laufenden Erhaltungsaufwandes als auch die Tragung von Kosten, die über den laufenden Erhaltungsaufwand hinausgehen, vor der Bescheiderlassung sichergestellt sein müssen. Dies war noch nicht gegeben.

Ad 2)

Hiezu wird grundsätzlich festgestellt, daß von der Bezirkshauptmannschaft Tulln als Naturschutzbehörde keine Generalsanierung oder ähnliches der Hagenbachklamm angeordnet wurde. Eine derartige Zuständigkeit ist für die Naturschutzbehörde im gegenständlichen Fall auch gar nicht gegeben. Es wurden lediglich der Marktgemeinde St. Andrä-Wördern die Sachverständigen der Bezirkshauptmannschaft Tulln für Naturschutz, die auch forsttechnische Sachverständige

sind, zur Verfügung gestellt, um sie bei den erforderlichen Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Hagenbachklamm zu beraten.

Nach den allgemeinen Haftungsbestimmungen im Forstgesetz sowie im § 1319a ABGB ist der Waldeigentümer für die Sicherheit entlang von Wanderwegen und Forststraßen verantwortlich. Bei dem durch die Hagenbachklamm führenden Wanderweg haften somit die beiden Grundeigentümer Gemeinde St. Andrä-Wördern und r.k. Pfarrpfünde St. Andrä vor dem Hagenbachtale für Schäden auf dem Weg, die durch den Zustand des danebenliegenden Waldes verursacht werden.

Der Hagenbach ist im Bereich des Naturparkes v-förmig in das Gelände eingeschnitten; das unruhige Kleinrelief zeugt von Rutschungen und Absetzungen beliebigen Alters. Anhand freistehender Wurzeln älterer Bäume läßt sich die Erosion der Grabeneinhänge mit ca. 40 cm in den letzten 80 Jahren abschätzen. Die Erosion im Bereich des Fylschuntergrundes erfolgt offensichtlich nicht gleichmäßig, sondern schubweise bei entsprechender Wassersättigung des Substrates. Ein solcher Sättigungsgrad ist im Frühjahr 1996 nach zahlreichen intensiven Regenfällen wieder erreicht worden, wodurch auch ein größerer Hangbereich der Pfarre ins Rutschen gekommen ist und die umfallenden Bäume zum Teil sogar die Hangbrücken im Verlauf des Wanderweges zerstörten.

Aus forstfachlicher Sicht wurde der gesamte Baumbestand im Bereich der Hagenbachklamm aufgrund der geologischen Bodenverhältnisse als äußerst labil und somit der im orographisch rechten Grabeneinhang verlaufende Wanderweg zur Gänze innerhalb des Gefahrenbereiches gelegen beurteilt. Zur Beseitigung der Gefährdung durch auskippende Bäume auf den Wanderweg wurde daher den Grundeigentümern empfohlen, den Baumbestand beidseitig des Wanderweges auf die Tiefe einer Baumlänge 'auf Stock zu setzen', das heißt, die Baumstämme ca. 60 cm über Boden abzuschneiden und vorsichtig zu entfernen. Durch diese Maßnahme würden die labilen Grabeneinhänge von den zum Teil beträchtlichen Altholzmassen entlastet werden und die im Boden verbleibenden Wurzelsysteme könnten aufgrund des starken Lichteinfalls wieder kräftige Stockauschläge bilden. Der starke Lichteinfall würde darüber hinaus auch - im Gegensatz zur derzeitigen Ist-Situation - eine flächendeckende Bodenvegetation begünstigen und somit einen zusätzlichen Erosionsschutz bewirken.

Diese mit Rücksicht auf die Haftungssituation den Grundeigentümern empfohlene forstfachliche Baumschlägerungsmaßnahme entlang des Wanderweges würde unbestritten eine gravierende - negative - Auswirkung auf das Landschaftsbild in weiten Teilen des Naturparks bewirken. Im Gegensatz dazu ist aber auch zu berücksichtigen, daß aufgrund der anhaltenden Niederschläge in den vergangenen Wochen und des damit in Zusammenhang stehenden Sicherheitsrisikos für Besucher des Naturparkes der Wanderweg entlang des Hagenbaches von der Gemeinde als für die Sicherheit verantwortlicher Grundeigentümer gesperrt werden mußte. Sowohl die radikale Baumschlägerung im Klambereich als auch die permanente Sperre des Wanderweges stellen keine akzeptable Problemlösung dar, weshalb am 14. April 1997 eine Besprechung mit den Vertretern der Gemeinde St. Andrä-Wördern, der Pfarrkirche und der Landesforstdirektion sowie der Naturschutzbehörde durchgeführt wurde.

Einvernehmlich wurde von den Besprechungsteilnehmern vereinbart, daß ein Zivilingenieur für Forstwesen mit einer Untersuchung des Problembereiches beauftragt wird und insbesondere die am dringendsten zu entfernenden Bäume sowie die Zeiten einer unumgänglichen Wegsperre bestimmen soll. Diese Studie über notwendige Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Hagenbachklamm soll aus Mitteln des NÖ Landschaftsfonds gefördert werden."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Hohes Haus! Die Abgeordneten Böhm, Dr. Strasser, Ing. Eichinger, Mag. Schneeberger u.a. haben nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung einen Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde mit dem Thema "Grenzregionen - Wirtschaft und Arbeitsplätze, Ltg. 600/A-8/20, eingebracht. Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung wurde beantragt, die Aktuelle Stunde am Beginn der Landtagssitzung durchzuführen. Ich darf, Hohes Haus, fragen, ob dagegen ein Einwand besteht. Dies ist nicht der Fall. Ich werde daher die Aktuelle Stunde am Beginn unserer Tagesordnung abführen.

Wir kommen, Hohes Haus, nunmehr zur Angelobung eines neuen Mitgliedes des Landtages. Ich darf vorher die Gelegenheit wahrnehmen, Ihnen mitzuteilen, daß Landtagsabgeordneter Karl Litschauer mit 16. Juni 1997 sein Mandat zurückgelegt hat. Karl Litschauer war vom 25. Februar 1988 bis 16. November desselben Jahres, und vom 22. Oktober 1992 bis 16. Juni 1997 Mitglied des Landtages von Niederösterreich. Zwischen-

zeitlich, vom 16. März 1989 bis 21. Oktober 1992 war er Mitglied des Bundesrates, in diese Kammer vom NÖ Landtag gewählt. Er übte zusätzlich viele führende Funktionen in der Personalvertretung der Landesbeamten Niederösterreichs aus. Hohes Haus! Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, dem langjährigen Mitglied dieses Hohen Hauses Karl Litschauer für seine Arbeit für dieses Land, für seine Arbeit für die Menschen in diesem Land offiziell namens des Hohen Hauses, namens des NÖ Landtages ein herzliches Dankeschön zu sagen. (*Beifall im Hohen Hause.*) Wir wünschen Karl Litschauer, auch seiner Frau, die erkrankt ist, Gesundheit, Lebensfreude und noch viele gute Jahre.

Wie bereits erwähnt, hat Karl Litschauer sein Mandat zum 16. Juni 1997 zurückgelegt. Die Landeswahlbehörde hat Frau Dorothea Schittenhelm auf das frei gewordene Mandat zum Landtag von Niederösterreich einberufen. Wir gelangen nunmehr, Hohes Haus, zur Angelobung und ich darf die Schriftführerin bitten, die Angelobungsformel zu verlesen. (*Die Damen und Herren Abgeordneten erheben sich von ihren Sitzen.*)

Schriftführerin Abg. LUGMAYR (*liest*): "Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Niederösterreich, stete und volle Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten."

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Frau Abgeordnete:

Abg. SCHITTENHELM (ÖVP): Ich gelobe!
(*Die Damen und Herren Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich darf die Gelegenheit wahrnehmen, der Frau Abgeordneten Dorothea Schittenhelm sehr herzlich zu ihrer Berufung in dieses Hohe Haus, in den Landtag von Niederösterreich, zu gratulieren. Ich wünsche ihr im Interesse unseres Landes viel Erfolg. (*Beifall im Hohen Hause. - Die Klubobleute, Präsidenten und einzelne Abgeordnete beglückwünschen Frau Abgeordnete Schittenhelm per Handschlag.*)

Hohes Haus! Der Landtagsklub der ÖVP hat mitgeteilt, daß anstelle des ausgeschiedenen Herrn Abgeordneten Karl Litschauer Frau Abgeordnete Dorothea Schittenhelm als Ersatzmitglied für den Gesundheits-Ausschuß, als Ersatzmitglied für den Schul-Ausschuß, als Mitglied für den Sozial-Ausschuß und Frau Abgeordnete Désirée Dorfmeister-Stix als Mitglied für den Verfassungs-

Ausschuß namhaft gemacht wurden. Ich bitte das Hohe Haus um Kenntnisnahme.

Nunmehr kommen wir zur Durchführung der Aktuellen Stunde. Ich darf auch in diesem Zusammenhang wiederum in Erinnerung rufen, daß der Antragsteller und die Mitglieder der Landesregierung nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung bis zu 15 Minuten die Möglichkeit haben, das Wort zu nehmen, die Mitglieder des Landtages bis zu 10 Minuten. Und nunmehr ersuche ich den Erstantragsteller, Herrn Abgeordneten Böhm, die Darlegung der Meinung der Antragsteller vorzunehmen.

Abg. BÖHM (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren des Hohen Landtages!

Lassen Sie mich am Beginn aus einem doch besonderen Anlaß, es ist die erste Arbeitssitzung, die wir heute hier in St. Pölten durchführen, dem Hohen Haus auch namens des ÖVP-Landtagsklubs einen herzlichen Willkommgruß entbieten. Ich glaube, es ist ein historischer Anlaß, den wir ja am 21. Mai besonders feierlich begangen haben und der uns heute mit dieser Sitzung wieder zur gemeinsamen Arbeit für Niederösterreich hier in St. Pölten zusammenführt.

Aber nun zum Thema der Aktuellen Stunde und zur Begründung der Aktualität. Ich glaube, daß in der heutigen Zeit und gerade in den letzten Wochen und Monaten dieses Thema, Grenzregionen - Arbeitsplätze und Wirtschaft in unseren Grenzregionen, eine besondere Bedeutung bekommen hat und es eine ganze Reihe von Erscheinungen und Erscheinungsformen gibt, die die ÖVP Niederösterreich und den Landtagsklub der ÖVP dazu veranlaßt haben, diesen Antrag auf Durchführung dieser Aktuellen Stunde zu stellen.

Grenzregionen in Niederösterreich, wir erinnern uns, lange Zeit mit einer toten Grenze konfrontiert, eine Region, in der die Wirtschaft sich nur nach einer Richtung hin entwickeln konnte. Immer wieder haben wir auch im Hohen Haus über die Problematik in diesen Regionen gesprochen, weil damit natürlich auch eine Entwicklung dort vorhanden war, die nur sehr schwer mit der Entwicklung im übrigen Bundesland Niederösterreich Schritt halten konnte. Vielleicht ist hier sogar ein kleiner Vergleich angebracht, weil ja vor nicht ganz zehn Jahren durch die doch sehr plötzliche Öffnung der Ostgrenzen Leben in diese Grenzregionen gekommen ist und diese Grenzregionen sozusagen wie eine kleine, junge Pflanze ge-

wachsen sind, genährt wurden, aufgepäppelt wurden. Wir konnten mit Freude bemerken, daß die lange Durststrecke in diesen Regionen ein Ende nahm. Wir stehen aber heute vor der Situation, daß sich leider in letzter Zeit manches dort geändert hat und daß gerade durch die Öffnung der Grenzen ein gewisser Kaufkraftabfluß in benachbarte Staaten eingetreten ist, der zum Teil ein positiver Effekt war, weil umgekehrt am Beginn der Grenzöffnungen natürlich auch wirtschaftliche Impulse durch vermehrten Kauf in unseren Handelsbetrieben in diesen Regionen gesetzt worden sind. Aber das hat ein Ende gefunden und heute müssen wir feststellen, daß in vielen Branchen insbesondere des Handels eine umgekehrte Entwicklung Platz gegriffen hat.

Wir können daher, so meine ich, dieser Entwicklung nicht weiterhin tatenlos zusehen. Und es bedarf verstärkter gemeinsamer Anstrengungen gerade für diese Regionen Niederösterreichs. Allesamt sind wir dazu aufgerufen, alles nur Erdenkliche zu unternehmen, damit wir dieser negativen Entwicklung möglichst rasch Einhalt gebieten können. Gewerbebetriebe sperren zu, Handelsbetriebe sind nicht mehr existenzfähig, Arbeitsplätze verschwinden, Abwanderungsbewegungen treten in einem verstärkten Ausmaß ein. Da meine ich, daß nicht nur die Politik, sondern darüber hinausgehend auch die niederösterreichische Bevölkerung aufgerufen sein soll, mit uns als verantwortliche Politiker in Niederösterreich gemeinsam diese Anstrengungen zu unternehmen. Und da kann jeder Bürger mithelfen. Das ist nicht immer leicht, auch das gebe ich zu, aber es bedarf eines gewissen Umdenkens.

Daher rufe ich heute nicht nur Sie, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, sondern darüber hinausgehend auch alle niederösterreichischen Landesbürgerinnen und -bürger auf, mit uns gemeinsam diesen Weg zu gehen. Wir dürfen vor dieser Entwicklung nicht einfach die Augen verschließen und wir dürfen nicht zusehen, daß gerade in diesen Gebieten die Arbeitslosigkeit noch mehr steigt als dies leider ohnedies gesamtösterreichisch der Fall ist. Niederösterreich ist zwar hier eine rühmliche Ausnahme im Reigen der Bundesländer und wir haben Gottseidank ja bessere aktuelle Daten hinsichtlich der Beschäftigungsziffer und der Arbeitslosenziffer. Aber trotzdem, glaube ich, ist es ein Gebot der Stunde, daß wir hier als niederösterreichische Landespolitiker unsere Anstrengungen noch verstärken.

Diese Tatsache des Kaufkraftabflusses hat sicherlich auch Ursachen. Hauptursachen sind,

daß man heute jenseits der Grenzen billiger einkaufen kann, daß ein gewisser Spargedanke in letzter Zeit doch stärker ins Bewußtsein der Bevölkerung gekommen ist aus den Gründen, die wir alle kennen. Und daß sich halt manche auch bei ihren Einkäufen jenseits dieser österreichischen Staatsgrenze besonders um den Preis einzelner Produkte kümmern. Es ist daher eine logische Folge, daß gerade die Bevölkerung in den grenznahen Gebieten immer mehr dazu tendiert, ihre Einkäufe jenseits der Grenze und besonders natürlich auch in diesen Billigpreisläden oder Duty free-Läden vorzunehmen und damit auch Geld zu sparen. Es gibt aber auch neue Herausforderungen und Gefahren in diesem Zusammenhang. Und ich glaube, es ist Aufgabe einer verantwortungsbewußten Politik, diese Chancen und Herausforderungen zu nützen um diese Gefahren zu beseitigen. Aufgabe der Bevölkerung ist es, die Politik, so meine ich und deswegen habe ich das vorhin auch gesagt, in diesem Ansinnen zu unterstützen. Lassen Sie mich vielleicht eine kurze Definition zu diesem Thema geben, wie ich das in einem kurzen Satz zusammengefaßt sehe. Ich glaube, gerade angesichts der Integration in Europa sollten wir auch dieses Thema unter diesem Gesichtspunkt sehen, wir sollten nämlich dabei europäisch denken, aber regional handeln. Das heißt, den Schwerpunkt zu legen auf die Bedürfnisse dieser Region und unsere Zielsetzungen der Landespolitik besonders stark dorthin auszurichten.

Unser Grenzland leidet unter diesen derzeit vorhandenen Erscheinungsformen. Die Personen, die Menschen in diesem Grenzland - wir haben genug Beispiele dafür, ich weise nur hin auf Heidenreichstein mit einer Aktion, die gerade jetzt läuft - sind in eine Situation gezwungen, in der sie sicherlich nicht zu beneiden sind. Der Kaufkraftabfluß, meine Damen und Herren, macht vor einer ganzen Reihe von Handelsbetrieben nicht Halt, er setzt sich fort auch in Unternehmen, von denen man bei erster Betrachtung das eigentlich gar nicht annehmen könnte. Gastronomie, Lebensmittel-, Dienstleistungsbetriebe, also nicht nur Tankstellen und nicht nur Trafiken, sind direkt davon betroffen. Die logische Konsequenz daraus, daß die Nahversorgung in den grenznahen Gebieten langsam aber sicher nicht mehr oder nur noch lückenhaft funktioniert, die kennen wir leider auch schon. Und auch das ist ein wesentlicher Nachteil für die NÖ Bevölkerung, die in diesen Grenzregionen lebt und ihre Arbeit verrichtet.

Meine Damen und Herren! Die NÖ Landespolitiker haben sehr bald auch verstanden, daß wir mit einer derartigen Entwicklung einfach

Schritt halten müssen. Erste Konsequenzen sind ja vor Jahren bereits auch gezogen und gesetzt worden. Ich denke zum Beispiel an die Errichtung von Gewerbeparks an den Grenzen. Ein typisches Beispiel ist dieser Gewerbepark in Gmünd, gemeinsam mit Ceske Velenice. In Niederösterreich hat auch die Regionalpolitik seit dem Jahr 1986, seit diesem bekannten Beschluß über die Gründung der Landeshauptstadt in Verbindung mit der Stärkung der Regionen höchste Priorität erhalten und sind in einem besonders starken Ausmaß Grenzlandförderungen immer wieder auch in diese Regionen gegangen. Ich möchte hier insbesondere auch erwähnen, daß die Aktivitäten der Betriebsansiedlungsgesellschaft ECO-PLUS in einem sehr großen Ausmaß mitgeholfen haben, hier einiges in Bewegung zu setzen. So ist es auch gemeinsam gelungen, daß Niederösterreich, was die Beschäftigungszahlen betrifft, Monat für Monat über dem Bundesdurchschnitt liegt. Und - ich freue mich darüber ganz besonders - auch auf dem Gebiete der Frauenarbeitslosigkeit verfügen wir als Bundesland Niederösterreich über Daten, die seit Jahresbeginn besonders bemerkenswert sind, die nämlich weit unter dem Bundesdurchschnitt bereits zu liegen kommen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Land Niederösterreich, dem Arbeitsmarktservice und der Wirtschaft hat dazu ebenfalls in einem wesentlichen Maß beigetragen. Es hat auch einige Akzente auf dem Gebiete der Außenhandelspolitik gegeben. Ich darf nur daran erinnern, daß Landeshauptmann Dr. Pröll es im vergangenen Jahr bei einem Treffen österreichischer und tschechischer Politiker zuwege gebracht hat, daß in Zukunft die Grenzabfertigung bei den Grenzübergängen in Kleinhauzdorf, in Drasenhofen und in Laa a.d. Thaya gemeinsam erfolgen soll und damit also auch auf diesem Gebiet eine gewisse Erleichterung eingetreten ist.

Es geht aber im wesentlichen, meine Damen und Herren, darum, daß wir uns auch gemeinsam bemühen, daß den Menschen klar gemacht wird, daß das Einkaufen zu Hause interessant ist. Und daß das Einkaufen zu Hause auch ein Beitrag dafür ist, daß die Arbeitsplätze gesichert werden und daß die wirtschaftliche Entwicklung in diesen Regionen wieder entsprechende Impulse bekommt. Lassen Sie mich daher ein paar Überlegungen auch noch dazu anstellen. Wir wollen den gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Warenkontrolle, weil darüber ja auch sehr viel in letzter Zeit diskutiert worden ist, an den Grenzen zum Durchbruch verhelfen. Aber wir müssen uns, ich glaube das so sagen zu können, als verantwortliche und als verantwortungsbewußte Politiker

diesem Problem stellen. Nämlich daß sich viele Menschen und besonders viele in den seit Jahren und Jahrzehnten benachteiligten Grenzregionen eben in dieser von mir geschilderten wirtschaftlich schwierigen Situation befinden. Und keiner, meine Damen und Herren, der nicht selbst in einer solchen manchmal ausweglosen Situation ist, breche den Stab über jene, die sich mit den wichtigsten Dingen des täglichen Bedarfes in billigen Duty free-Läden oder jenseits der Grenzen eindecken. Ich möchte das eindeutig feststellen.

Wir haben als Politiker allerdings auch die Aufgabe, und das sage ich jetzt ganz bewußt noch einmal, den Menschen klar zu sagen, was der Kaufkraftabfluß für ihre eigenen Regionen bedeutet. Nämlich weniger Umsätze, weniger Wirtschaftskraft, weniger Arbeitsplätze und nicht zuletzt auch weniger Steuern. Und damit weniger Möglichkeiten der Förderungen im wirtschaftlichen, aber auch im sozialen Bereich. Eine gefährliche Spirale, wie ich meine, wenn sie einmal voll in Bewegung ist, die da in Gang gesetzt wurde. Und dies nicht immer nur aus echter wirtschaftlicher Notlage, sondern manchmal nur, weil es eben bequemer ist, weil es ein bißchen billiger ist, und weil es halt allgemein - machen wir uns nichts vor - auch so üblich geworden ist. Ein verantwortungsvoller Politiker muß sich diesem Problem stellen. Ohne Verurteilung aber auch mit klaren Hinweisen auf die daraus resultierenden Folgen. Und da möchte ich ganz besonders jetzt an den Herrn Landesrat Schimanek appellieren, der eine Unterschriftenaktion mit der Überschrift "Einkaufen jenseits der Grenze" unterstützt, und damit eigentlich dem wie ich das meine und wie wir das sehen nicht gerecht wird. Und ich weiß schon, daß es für einen Politiker allemal leichter sein mag, den Leuten nach dem Mund zu reden oder das, was als allgemeine Meinung so im Alltag gilt, auch einfach nachzubeten. In der Hoffnung, vielleicht wieder ein paar Sympathisanten zu finden, vielleicht wieder ein paar Stimmen für die kommende Wahl zu gewinnen. Ich muß zugeben, daß man damit auch hin und wieder Erfolg haben kann. Aber die Menschen in Niederösterreich, glauben Sie mir das, sind nicht dumm. Und sie lassen sich durch kurzfristige Sager nicht täuschen. Und vor allem, sie haben die Folgen schon schmerzhaft kennengelernt, meine Damen und Herren.

Was hat es etwa den Menschen in Niederösterreich geholfen, vor nicht allzu langer Zeit, vor der vorletzten Nationalratswahl, daß ihnen der damalige Bundeskanzler eine briefliche Garantie für ihre Pensionsabsicherung gegeben hat? Jetzt erleben wir die Diskussion. Und auch jene, die

von ihrem Lebensabend nicht mehr sehr weit entfernt sind, werden mit vielleicht schmerzlichen Einbußen bei ihren eigenen Pensionen rechnen müssen. Ich hoffe, daß es nicht dazu kommt. Was hat es daher für einen Sinn, Herr Landesrat Schimanek, die Menschen in den Grenzregionen zu ermuntern, kauft nur dort, wo es billig ist? Interessieren Sie die Folgen für die heimische Wirtschaft nicht? Oder weiß der Herr Landesrat vielleicht nicht, was es bedeutet, wenn Betriebe in den grenznahen Regionen zusperrten müssen, weil sie keine Kunden mehr finden? Ich glaube, von einem Mitglied der NÖ Landesregierung darf man sich und durfte man sich bisher ein wenig mehr Einsicht in wirtschaftliche Zusammenhänge und ein wenig mehr Weitblick über die Folgen dieses Konsumverhaltens erwarten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin sicher, es wird vielleicht ein paar geben, die dem Landesrat Schimanek zu seiner Aufforderung, außerhalb unserer niederösterreichischen Geschäfte einzukaufen, applaudieren werden. Ich bin aber auch sicher, daß nicht nur die betroffenen Geschäftsleute, sondern auch die Mehrheit der NÖ Bevölkerung diese Überlegungen längst durchschaut hat. Und ein altes lateinisches Sprichwort sagt - ich übersetze es: "Was immer du tust, tue es klug und bedenke den Ausgang." Ich weiß nicht, ob der Landesrat Schimanek dieses Sprichwort kennt. Er sollte jedenfalls die Augen offenhalten und als verantwortungsvoller niederösterreichischer Politiker auch in Zukunft danach handeln. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG *(LIF)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf auch in dieser Stunde uns allen zu dieser ersten Sitzung Erfolg und in der Zukunft alles Gute wünschen. Es ist wirklich ein neues Gefühl, hier zu stehen. Obwohl wir alle mit etwas Wehmut an den schönen Saal denken, in dem wir vorher gearbeitet haben. Viel Erfolg für Niederösterreich wünsche ich uns allen!

Ich möchte mit der Ostöffnung, die eigentlich die Ursache dieses Themas ist, von einer gewissen anderen Perspektive betrachtet beginnen. Nach meinem Dafürhalten ist mit der Ostöffnung ein freier Wirtschaftsraum für Niederösterreich entstanden, in den wir hineinkatapultiert wurden, der mehr oder weniger politisch spannungsfrei ist. Nicht spannungsfrei ist er wirtschaftlich und sozial gesehen. Der Prozeß ist mittlerweile soweit fortgeschritten, daß wir von einem freien Handel zwi-

schen den mittel- und osteuropäischen Ländern und unserem Land reden können, auch mit Europa natürlich.

Ich glaube auch, daß die Schwarzmalerei, wenn diese Länder der EU beitreten werden, daß das eine Katastrophe ist, und daß das Belastungen bringt, nicht angebracht ist, weil es nicht so große Belastungen bringen wird, wie wir uns das manchmal vorstellen. Ich glaube auch, daß es nicht das Problem ist, das Niederösterreich und Österreich hauptsächlich trifft. Die Hauptherausforderung für uns dürfte sein, daß wir dem Strukturwandel in der Handelspolitik, in der Industriepolitik und dem Aufholprozeß Rechnung tragen, den unsere Nachbarn durchmachen. Und auch dem Anpassungsdruck auf bereits unterschriebene Verträge, vorhandene Regelungen, die ja jetzt laufend verändert werden müssen. Es ist für mich daher sehr wichtig, daß wir erkennen, daß wir etwas tun müssen, das weit über den Handel- und Dienstleistungsaustausch hinausgeht. Statistisch gesehen ist Österreich ein Gewinner dieser Ostöffnung, das ist überhaupt keine Frage. Es gibt keine Statistik, die anderes nachweist. Die Ergebnisse beweisen es, wenn auch spezifische Einzelfälle, wie sie im Grenzland vorkommen, natürlich der Dramatik nicht entbehren und sich in dieser Statistik, die eben einen Durchschnittswert darstellt, nicht nachweisen lassen.

Seit 1989 haben die Außenhandelsvolumina sowohl im Waren- als auch im Dienstleistungssektor, vor allem auf der Exportseite erheblich zugenommen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Das WIFO schätzt einen Wirtschaftsimpuls von 2,4 Prozent auf das BIP und die Gründung von netto 56.000 neuen Arbeitsplätzen allein durch die Ostöffnung. Das sind Zahlen, die erarbeitet wurden von Fachleuten und die wir eigentlich nicht anzweifeln können und sollten. Ebenfalls statistisch erwiesen ist aber, daß der Schwerpunkt der Arbeitsbeschaffung, der Schaffung von Arbeitsplätzen bei Betrieben unter 100 Beschäftigten zu suchen ist. Das ist ein Nachweis, der wieder der Grenzregion etwas entgegenkommt. Alle diese Grundvoraussetzungen muß man einmal einfließen lassen, um zu Entscheidungen zu kommen. Auch die Distanzabhängigkeit des Handels ist eine sehr positive Unterstützung für die Ost- und Grenzregion. Ich glaube, daß wir 1989 eigentlich als den Beginn des Abbaues des traditionellen Ost-West-Spannungsgefälles, Lohngefälles, Standortgefälles bezeichnen können. Die Grenzbezirke als solche haben eine gute Entwicklung. Und ich verstehe eigentlich nicht, daß der Herr Klubobmann Böhm das nicht erwähnt hat, daß wir gerade in der Grenzregion ein Plus von 1,5 Pro-

zent per anno bei der Beschäftigungsdynamik haben, was doppelt so hoch ist als in allen anderen Grenzregionen in Österreich. Und das, glaube ich, ist ein sehr positives Zeichen, weil hier doch die Unterstützung des Landes, des Bundes sehr stark vorhanden ist. Das sind Fakten, die nicht ich erarbeitet habe, die auch der Herr Landeshauptmann zur Kenntnis nehmen muß. *(LH Dr. Pröll: Aber deswegen muß man nicht die Leute auffordern, woanders einzukaufen!)*

Wirtschaftsfachleute warnen und auch ich kann nur davor warnen, daß man auf Grund dieser positiven Daten hier in eine Euphorie verfällt. Der Istzustand ist positiv. Es ist aber die Zukunft wirklich nicht so vorgezeichnet, wie die ersten Jahre es uns gezeigt haben. Und darum bin ich sehr froh, daß diese Aktuelle Stunde beantragt wurde. Denn einzig mit dem Aspekt des ausschließlichen Dienstleistungs- und Warenversandes werden wir nicht weiterkommen. Es ist hier notwendig, daß wir eine Hilfestellung für Direktinvestitionen geben, die grenzüberschreitend sind. Diese Direktinvestitionen müssen unbedingt auch begleitet werden durch finanzstrategische und handelspolitische Maßnahmen, Gesetzesänderungen, die Absicherung erzeugen.

Ich glaube, daß es nicht zielführend ist, wenn wir hergehen und hier mit Situationen, mit Handlungen, die unzulässig sind, versuchen, die Situation zu beeinflussen. Wie durch Handelsbeschränkungen, durch Panikmache, durch ein Überbewerten der zugegebenermaßen für die Betroffenen katastrophalen Situation. Das ist politisches Kleingeld für mich. Für mich ist es wichtig, den großen Weg zu haben. Wir als Liberale waren immer und sind immer gegen den Eingriffstaat. Aber hier ist er angebracht. Ich kann es auch belegen, warum wir hier eine andere Meinung haben: Weil ich der Meinung bin, daß es sich hier um eine temporäre Sache handelt. Um eine temporäre Sache, die absolut vorhersehbar war und die daher auch mit temporären Maßnahmen bekämpft werden sollte. Es ist unzulässig, wenn wir immer schizophren reagieren. Schizophren in dem Sinne, daß wir die Vision einer zukünftigen Gesellschaft Europa sofort verleugnen, wenn wir irgendwo unter Druck kommen. Und dann mit Grenzblockaden, Verkaufsverboten, Einschränkung der Bewegungsfreiheit zu reagieren beginnen. Das ist aus dem Grund auch falsch und unkorrekt, weil wir von dieser Öffnung profitieren. Sie müssen einmal in die Stadt, nach St. Pölten gehen, Sie müssen nach Wien gehen, dann werden Sie hören, daß man fast nur mehr russisch, "jugoslawisch", slowenisch hört. Und alle gehen einkaufen. Es ist ja nicht so, daß das nur

eine Einbahn ist. Es ist hier ein wahnsinniger Abfluß an Ware und ein Einkaufstourismus. Das ist auch belegbar.

Es ist für mich ganz lustig, daß hier die Aktuelle Stunde gerade von der ÖVP beantragt wurde. Ich habe mich nämlich sehr gewundert, als ich am 24. Mai 1997 einen "Wiesel-Bus" im Einkaufszentrum Sopron stehen gesehen habe. Aber eine Erklärung dafür habe ich gefunden: Sicher hat der Herr Landeshauptmann Leute hingeschickt, die verhindern, daß eingekauft wird. Denn so ist es gerechtfertigt, daß die Busse so subventioniert werden. Anders nicht. Aber man sollte das einmal prüfen. *(LH Dr. Pröll: Sie reden von einer Sache, nehme ich einmal in bestem Sinne für Sie an, die Sie sich nicht angeschaut haben, bei der Sie sich nicht auskennen!)*

Ich habe nur den Bus gesehen. Aber bei einem Bus kenne ich mich aus. Wer kennt denn keinen Bus? Den Bus habe ich gesehen, das war ein "Wiesel-Bus". Aber jetzt bin noch immer ich am Wort. Danke. *(LH Dr. Pröll: Deswegen können Sie nicht sagen, die fahren da hinunter einkaufen und das wird subventioniert! Bevor Sie damit ans Rednerpult treten, erkundigen Sie sich, warum das möglich war, ohne daß dafür vom Land ein Schilling Subvention fließt! Behaupten Sie nicht falsche Dinge!)* Irgendwo muß ich das Schwarze getroffen haben, sonst herrschte nicht so eine Aufregung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist für mich so, daß wir eine positive Vision haben müssen, und dabei ist eine interregionale Arbeitsteilung durchaus angebracht. Die Fachleute haben festgestellt, daß durch einen Aufbau einer interregionalen Arbeitsteilung hier sehr wohl eine Verflechtung der beiden Wirtschaften und damit auch der Abfluß von Kaufkraft verhindert werden kann. Ich glaube auch, daß es nicht richtig ist, wie der Herr Klubobmann Böhm gesagt hat, wenn wir jetzt Reklame machen und sagen, weniger einkaufen, weniger einkaufen, nur nicht hinüberfahren. Denn wenn die das drüben auch machen, dann trifft uns das viel härter. Weil dann hört der Technologiestrom auf, dann hört die Investition auf, dann hört auch der Einkauf in unseren Geschäften auf, der nach wie vor vorhanden ist, weil wir bessere Produkte bieten.

Die Entwicklung in Europa bedingt zum Großteil die Veränderung des Lebensstandards und der Lohnkostensteigerung. Das hat eine Selektion gebracht. Und ich möchte noch abschließend sagen: Ich glaube, daß wir uns nicht davon distanzieren können. Nachdem im Grenzland von uns immer wieder Betriebe angesiedelt wurden auf Grund des Lohnkostengefälles und nachdem

dieses dem Lohnkostengefälle Nachlaufen ein wesentlicher Teil unserer wirtschaftlichen Wertvorstellung ist, können wir nicht verleugnen, daß das auch genützt wird. Das heißt nicht, daß ich mich identifiziere mit dieser Wertvorstellung. Aber sie existiert nun einmal. Und das nicht zur Kenntnis zu nehmen würde praktisch dazu führen, daß wir wieder in den kleinlichen Wirtschaftskampf zurückversinken. Danke schön.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte am Beginn meiner Ausführungen hier in diesem Haus erstmals am Rednerpult uns allen alles Gute wünschen im Sinne und für Niederösterreich. Das Haus hat sich ja geändert, doch die Politik, wie man aus den ersten Ausführungen gehört hat, ist ja sehr gleich geblieben. Ich habe mit einer gewissen Spannung diese Aktuelle Stunde erwartet, aber es hat sich leider genau das gezeigt, wie bisher immer: Wenn die ÖVP eine Aktuelle Stunde beantragt, gibt es irgend eine nette Erzählung, vielleicht eine kleine "Anschüttung" eines Freiheitlichen, aber keine einzige Lösung. Nicht einmal ein einziger Ansatz, außer "kauf zu Hause", was ein bißchen wenig ist für dieses Thema.

Aber für mich war etwas entlarvend, das war die Ehrlichkeit von Klubobmann Böhm, die war verblüffend. Und ich glaube, dafür sollte man ihm auch durchaus danken. Ich habe mir den Satz wörtlich mitgeschrieben. Nachdem er das Problem der Grenzregionen aufgezeigt hat, hat er gesagt: Wir können daher dieser Entwicklung nicht weiterhin tatenlos zusehen. Das charakterisiert mit einem Satz genau das bisherige Verhalten. Er hat es selbst ausgedrückt und es stimmt auch. Es wurde bisher tatenlos zugesehen. Das war das Bekenntnis der ÖVP, der wesentliche Inhalt der Aktuellen Stunde! Man hat die Grenzöffnung und sämtliche Entwicklungen aus dem Osten unbeachtet gelassen, hat ganz einfach dem freien Lauf gelassen, und geht heute her, weil es eben gerade so fesch ist, noch dazu mit wirklich falschen Argumenten dem freiheitlichen Landesrat hier zu begegnen.

Ich möchte anknüpfen an die aktuellen Themen, die ja wirklich aktuell sind. Der Herr Landeshauptmann hat das formuliert, ich darf da zitieren aus der "Kronen Zeitung" von heute: Wir dürfen

kein Durchhaus für Schmuggler und Kriminalität werden, sagt Pröll. Und dann weiter hinten meint er: Vermehrte Arbeit haben Zöllner derzeit im Bereich der Duty free-Shops. Sie kommen mit den Kontrollen derer, die sich noch vor dem 1. Juli mit billigen Zigaretten eindecken wollen, kaum nach. Ich muß sagen, er hat recht. Er hat mit diesen Punkten mit Sicherheit recht. Und er hat auch in diesen Bereichen unsere vollste Unterstützung. Ich frage mich nur, wie hält es denn diese Partei, wenn es darum geht, hier im Landhaus etwas zu tun? Und ich darf auf einen Resolutionsantrag verweisen, den wir hier eingebracht haben, Abgeordneter Preisler gemeinsam mit dem Abgeordneten Ing. Dautzenberg. Ich darf den noch einmal wiederholen:

"Kaufkraftabfluß in den NÖ Grenzregionen. Bedingt durch die Ostöffnung (steigender Reise- und Wirtschaftsverkehr) droht den NÖ Grenzregionen durch den immer stärker werdenden Kaufkraftabfluß eine infrastrukturelle Verarmung. Dagegen sind unbedingt und dringend Maßnahmen zu setzen. So erfordert diese bedrohliche Situation eine Umstrukturierung der Zollwache und die weitere Installierung von mobilen Einsatzkräften der Zollverwaltung (mobile Überwachungsgruppen). Die Aufgabenbereiche dieser Einsatzgruppen sollten folgende sein:

1. Den Schmuggel von Waren aller Art zu unterbinden.
2. Verstärkte Kontrollen von Tiertransporten und Überwachung des Washingtoner Artenschutzgesetzes.
3. Überwachung von Sondermülltransporten sowie Überprüfung des technischen Zustandes der Fahrzeuge.
4. Bekämpfung von Suchtgiftdelikten."

Und dann wird eben die Landesregierung aufgefordert oder ersucht, hier tätig zu werden. Dieser Antrag wurde im Jahr 1995 mit den Stimmen der ÖVP abgelehnt. Das Problem ist, daß man hier ganz einfach, wie es der Abgeordnete Böhm so treffend gesagt hat, tatenlos der Entwicklung zugesehen hat. Aber wenn es hier wirklich konstruktive Vorschläge gibt - und die hat es gegeben bereits im Jahre 1995 - dann fährt man darüber hinweg und stimmt einfach dagegen. Es hat von uns schon Anträge gegeben, notwendige Korrekturen im Bereich der Ausländerbeschäftigung zu setzen. Das trifft auch diesen Bereich - wurde abgelehnt. Der nächste Antrag wurde abgelehnt mit den Stimmen der ÖVP, nämlich Senkung der Lohnnebenkosten. Wenn man heute das letzte Blatt von ECO-PLUS liest, sieht man auf einmal, daß auch durchaus die Senkung von Lohnnebenkosten ein wesentlicher Beitrag wäre zur Wirtschaftsstärkung in unserem Raum. Aber im Jahre 1995 - tatenlos der

Entwicklung zugesehen - braucht man das ja noch nicht. Und eines möchte ich heute herausstreichen, weil das so aktuell ist. Ich fürchte, ich befürchte, daß es bei der Rede des Abgeordneten Böhm aus den Reihen der ÖVP bleiben wird. Es wird wieder keiner herauskommen und irgendeine Lösung präsentieren oder irgendetwas vorschlagen. Oder einfach sagen, tun wir etwas. Es wird wieder so sein, daß wenn wir einen Antrag einbringen, einen zielführenden, dieser abgelehnt werden wird.

Oder, ich habe da den Antrag von Edwin Rambossek betreffend Initiative zur Wirtschaftsankurbelung und Arbeitsplatzsicherung, wo es vornehmlich um Wirtschaftsförderung in Bezirken mit hoher Arbeitslosigkeit ging, was natürlich jetzt diese Grenzregionen betrifft. Der wurde auch abgelehnt. Und daher finde ich es doch etwas vermessen, heute hier eine Aktuelle Stunde abzuhalten, in der es lediglich darum geht - und ich sage es noch einmal - mit falschen Argumenten dem Landesrat Schimanek zu unterstellen, er würde Werbung machen, ja es ist sogar gesagt worden, er würde auffordern zum Kauf im Ausland. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Das hat er nicht gemacht. Er wird das schon selbst erklären. Aber ich sage hier einmal, daß der Sinn der Aktuellen Stunde leider offensichtlich kein anderer ist.

Noch ein Wort zur Osterweiterung, weil das heute schon mehrmals angeklungen ist. Ich glaube, der Herr Kollege Ing. Dautzenberg stellt das etwas zu harmlos hin. Und ich bin auch nicht der Meinung von Landeshauptmann Dr. Pröll und von Europa-Sprecher der ÖVP, Abgeordneten Dr. Michalitsch, der in seinen Veranstaltungen sich immer für die rasche EU-Osterweiterung ausspricht. Weil wir hier wirklich mit großen Problemen zu kämpfen haben werden. Und ich kann nur jedem empfehlen, die Broschüre des Bundeskanzleramtes, es gibt eine Studie des Bundeskanzleramtes zur EU-Osterweiterung - sie hat zwar knapp 400 Seiten, daher ist sie etwas lang - zu lesen. Darin wird aufgezeigt, mit welchen Problemen wir zu kämpfen haben, wenn wir dieser Osterweiterung das Wort reden. Und ich meine, daß es gerade Aufgabe von niederösterreichischen Politikern, von niederösterreichischen Verantwortungsträgern sein muß, auf die Probleme der EU-Osterweiterung wo immer es geht hinzuweisen. Wir werden sie nicht aufhalten und es ist nicht unsere Aufgabe, sie aufzuhalten. Aber wir müssen für unser Land den entsprechenden Zeitraum herausholen, damit wir nicht überrascht werden. Es gibt, je weiter man westlich kommt, eine viel größere Zustimmung als bei uns in

Niederösterreich. (LH Dr. Pröll: Sie sind damit ausnahmsweise einmal meiner Meinung!) Ich würde aber dann ersuchen, in Zukunft nicht von der raschen EU-Osterweiterung zu reden. (LH Dr. Pröll: Das habe ich sicher nicht so gesagt!) Es gibt Pressedienste darüber. Ich weiß, das Erinnerungsvermögen ist ein geringes. Ich werde mir das nächste Mal alles mitnehmen, damit ich es belegen kann.

Der Herr Landeshauptmann weiß ja auch heute nicht mehr, daß die "Wiesel-Busse" sehr wohl subventioniert werden. Ein zinsenloses Darlehen an Busunternehmer ist eine Subvention. Und dem Abgeordneten Ing. Dautzenberg das hier abzustreiten und zu sagen, das stimmt gar nicht, ist etwas unfein, würde ich sagen. Nämlich von der Seite dessen, der er es ja wissen muß. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich möchte aber zum Schluß von unserer Seite her noch etwas anfügen: Wenn es um die Probleme Arbeitsplätze und Wirtschaft geht, wollen wir hier einen eigenen Weg gehen, einen eigenen Ansatz, nämlich den über Steuern. Wir bezeichnen das als "faire Steuern". Ziel unserer Steuerpolitik ist eine generelle Senkung der Steuern, um die Kaufkraft wieder zu stärken. Es ist ein eigener Weg, manche können sich mit dem nicht anfreunden. Doch ich meine, er wird gegangen werden müssen. Und ich sehe das auch bei etlichen anderen Entwicklungen. Wenn ich hernehme, daß wir zum Beispiel die Nichtbesteuerung von nicht entnommenen Gewinnen fordern, wo uns auch immer noch die anderen Fraktionen sagen, das kann nicht gehen. Mittlerweile, ECO-PLUS-Leser wissen ja mehr, forderte das schon ECO-PLUS-Geschäftsführer Krendelsberger in seiner Aussendung. Daher orte ich bei solchen Forderungen nach und nach ein größeres Verständnis. Und ich denke daher, daß wir auf Dauer die Probleme in unserem Land selbst lösen müssen. Es wird nicht damit gehen, daß heute jemand hergeht und sagt, bitte kauft zu Hause. Wenn das das einzige Argument ist - ich bin ja gespannt, ob noch etwas anderes kommt - dann war es wirklich wenig. (Beifall bei der FPÖ.)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Bauer.

Abg. Dr. BAUER (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte die Gelegenheit benutzen, um dem Landtag von Niederösterreich und dem Land Niederösterreich viel Erfolg für die Zukunft zu wünschen in diesen neuen Gegebenheiten. Ich glaube, daß in der Zwischenzeit die Arbeit uns in

St. Pölten schon so sehr wieder erfaßt hat, daß man eigentlich von einer "friktionsfreien Fortsetzung" der Diskussion und der Arbeit für Niederösterreich sprechen kann. In diesem Sinne viel Erfolg.

Ich habe sehr aufmerksam den Wortmeldungen zugehört und mich auch ein wenig gefragt, wie man hier die Aktuelle Stunde nützt und ob ein wirkliches Problem, das besteht, ein wirkliches Problem, das zu lösen ist für Niederösterreich, so oberflächlich behandelt werden muß. Ich meine, es ist tatsächlich so, daß diese völlig neuen Gegebenheiten der Ostöffnung und der Integration Richtung Europäischer Union natürlich einen erhöhten Anpassungsdruck für alle österreichischen Betriebe bringt und einen ganz besonderen Anpassungsdruck für jene, die den Reformländern am nächsten liegen, nämlich die Grenzregionen.

Ich hatte beim Wegfall des Eisernen Vorhanges einmal gesagt, daß vielleicht einiges auch in der Wirtschaft sichtbar wird, nämlich daß das Grenzland über viele Jahrzehnte tatsächlich eine Entwicklung genommen hat, die etwas unter dem Durchschnitt Österreichs gelegen ist. Und daß bei Öffnung der Grenze ein Kostenvorteil, nämlich der Kostenvorteil der billigen Arbeitskraft, weggefallen ist, weil nämlich die jenseits der Grenze noch billiger sind und damit sich ein verschärfter Anpassungsdruck ergibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann daher das Problem nicht nur reduzieren. Ich sage, die Kaufkraftreduktion, der Entgang, dieser Abfluß ist ein riesiges Problem. Aber man kann nicht meinen, daß nur darin das Problem zu sehen sei, ohne zu erkennen, daß diese wirtschaftlichen Gegebenheiten im Grenzland eigentlich immer ein Problem dargestellt haben. Nur hatten wir bis 1989 eine gute Ausrede, nämlich die "eiserne Grenze". Und jetzt ist diese Ausrede weggefallen und es wird sozusagen sichtbar, weil nämlich hier die Wettbewerbsbedingungen nicht so sind, daß sie tatsächlich dem doppelten Druck der Anpassung standhalten können. Aufgabe der Politik muß es daher sein, genau aus diesem Grund eine besondere Hilfestellung zu geben. Und ich meine, daß wir sagen können, daß die Gesamtentwicklung durchaus positiv ist in bezug auf Relationen der Handelsbilanzentwicklung. Wir können feststellen, daß zum Beispiel im Jahre 1996 der Überschuß 5,2 Milliarden betragen hat, gegenüber Tschechien 3,4 Milliarden Schilling und der Slowakei 1,2 Milliarden Schilling. Das war im Vorjahr 0,4 Milliarden Schilling Handelsbilanzüber-

schuß, jetzt haben wir 1,2. Bei Tschechien ist es etwa gleich, 3,3, Ungarn ist zurückgegangen.

Das heißt, man kann nicht auf der einen Seite die Erfolge unserer Handelsbilanz darstellen, und ich meine, es gibt auch keinen Ruf gegenüber jenen Ländern, wo wir einen negativen Handelsbilanzsaldo haben. Und da gibt es Länder, wo man nachdenken kann, ob dieser Warenaustausch tatsächlich so sein muß, daß wir ein derart eklatantes Handelsbilanzdefizit uns einhandeln, in Güterbereichen, in welchen wir gerade uns immer so im Eigenlob wiegen und sagen, daß wir da so gut sind. Und wenn wir die Bilanz anschauen, sehen wir uns durchaus weit abgeschlagen im Felde liegen. Und daher glaube ich, daß diese Stunde vielleicht der Ausgangspunkt einer tieferen Diskussion sein soll. Nämlich einer, von der ich schon meine, daß wir rascher die Voraussetzungen für die Wettbewerbsbedingungen verbessern müssen, weil es nämlich sonst tatsächlich passieren kann, daß trotz positiver Gesamteinschätzung von den Agglomerationszentren her und der Gesamtbilanz das Grenzland nur Durchzugsland wird zwischen zwei Entwicklungszentren. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann nicht die Politik eines Landes sein und kann vor allem nicht eine verantwortungsvolle Politik gegenüber den Menschen sein!

Es wurde schon zitiert und steht immer wieder vor uns diese Frage Kaufkraftabfluß und der damit verbundenen Konsequenzen für den österreichischen Arbeitsmarkt. Ich meine, nicht unerwähnt soll auch bleiben, daß auch ein Teil der Produktionen ausgegliedert worden sind und hier nicht nur Kaufkraftabfluß herrscht, sondern auch Arbeitsplätze vernichtet werden. Ich habe selbst in Haugsdorf erlebt, daß die Firma Huber mit 120 Beschäftigten nach Györ geht. Und niemand findet sozusagen etwas dabei. Sondern es heißt, der nützt nur die Kostenvorteile. Meine sehr geehrten Damen und Herren! In diesem Zwiespalt kann man nicht weiter diskutieren. Man kann nicht sagen, der eine handelt vernünftig, weil er Kostenvorteile realisiert und der andere bekommt den Vorwurf. Ich meine, das ist eine zu einseitige Darstellung. Ich räume ein, daß ich hier als einer, der sich sehr genau mit den Problemen beschäftigt, auch keine kurzfristige Lösung sehe. Das gebe ich offen zu. Nur eines müssen wir wissen: Da gibt es diese "Handaufleger" - ich möchte jetzt nicht sagen, auf welcher Seite sie besonders unterwegs sind - die da meinen, diese regionalen Entwicklungen, diese endogenen Entwicklungen und all das wird vorgemacht. Ich sage, daß das Grenzland nur aus der endogenen Kraft heraus diesen Wettbewerb nicht gewinnen kann und sehr

wohl auch sehr viel von außen passieren muß. Daß hier Leitfunktionen übernommen werden müssen. Und dazu gehört auch eine Definition der Aufgabenstellung selbst. Man kann daher sogar die derzeitigen Schwächen zu einer ungemainen Stärke dann bündeln, wenn man sich dessen bewußt ist, daß man zum Beispiel ein überregionales Wirtschaften im Interesse einer Europaregion anstrebt. Man muß auch wegkommen von dieser kleinräumigen Betrachtung in der Weise, daß man immer sagt, Niederösterreich - und das andere geht uns nicht so viel an. Ich glaube, wenn wir Europaregion sein wollen, müßte in Wirklichkeit Wien eingeschlossen sein. Und es müßte diese Wien-Niederösterreich-Burgenland-Relation einmal als europäische Region begriffen werden. Und dann können wir aus dieser Funktion des Europäischen, aus dieser europäischen Funktion heraus im Zuge einer Stabilisierung gegenüber jenen Reformländern und einer letztlich wirtschaftlichen Entwicklung, die gute Impulse geben kann, erst Gewinner werden.

Da wird immer wieder auch angeführt, wir liegen jetzt in der Mitte und das war es. Das ist zwar geographisch ganz gut darstellbar, aber es ist keine Automatik, daß daraus ein Vorteil entsteht. Vorteile entstehen erst, wenn man sie nützt und wenn man sie umsetzen kann. Und daher glaube ich und habe das in einer Beurteilung, einer Broschüre auch dargelegt, daß wir ausgehend von dieser verschärften Standortkonkurrenz durch Liberalisierung zu einem uns schon durchdringen müssen: Daß Kostenminimierungsstrategien nicht immer so hingenommen werden müssen, wie sie derzeit hingenommen werden. Und daß wir noch etwas brauchen. Wir brauchen, um nämlich erfolgreich zu sein, eigenständiges Profil. Und genau das fehlt zum Teil in den Grenzregionen, dieses Eigenständige, Unverwechselbare. Aber auch für Niederösterreich selbst müssen wir ein eigenständiges, unverwechselbares Profil entwickeln. Und daher meine ich, daß ein Grundsatz gelten muß in diesen Wettbewerbsregeln. Und der heißt sozusagen, wer das Spiel verläßt, verliert, solange die anderen Spieler weiterspielen. Und daher kann man es sich nicht aussuchen, ob man "weiter spielt". Und wir haben daher weiterzuspielen und in einer Art Doppelstrategie erfolgreich zu sein. Einerseits nämlich in einer aktiven Standortpolitik, wobei ich meine, daß die derzeitigen Infrastrukturinvestitionen, die notwendig sind, zu zögernd kommen. Denn die Reaktion auf das, was hier passiert ist, ist eigentlich sowohl beim Verkehrskonzept als auch in bezug auf Telekommunikation und all den Vorteilen, die wir

gegenüber den anderen hätten, nicht ausreichend ausgefallen. Und daher glaube ich, daß zum zweiten das auch für Niederösterreich gelten muß. Und ich stimme mit den Vorrednern überein, daß eine Art Re-Regulierung durchaus notwendig ist. Nämlich, daß der ungezügelter Standortwettbewerb sehr wohl dort auszu-schließen ist, wo dieser zu einem Einkommens- und Sozialstandardsrückgang führt. Und daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, verstehe ich den Herrn Abgeordneten Grätzer nicht, wenn er wieder einmal diese Frage der Senkung der Lohnnebenkosten angeschnitten hat. Ich bin einer, der sich sehr, sehr damit beschäftigt, wie könnte man andere Ressourcen heranziehen, um die Arbeitskosten zu verringern. Doch solange man nur da steht und sagt, sie gehörten verringert, ohne neue Anknüpfungspunkte des Aufkommens zu nennen, setzt man sich zumindest der Gefahr aus, daß man meint, man reduziert damit auch das Sozialniveau. Denn alles, was hier an Lohnnebenkosten auf der einen Seite steht, bedeutet ja auf der anderen Seite die Reduzierung der Sozialkosten und damit des Sozialstandards. Ich weiß schon, man kann sagen, streichen wir den 13., streichen wir den 14. Monatsgehalt, streichen wir das Urlaubsgeld oder das Weihnachtsgeld, ihr könnt es euch aussuchen. Ich sage, wir streichen gar nichts von dem, um das klarzustellen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und jetzt zur Aktion Heidenreichstein, weil der Herr Kollege Böhm das angeschnitten hat. Ich glaube, daß manche tatsächlich aus einem sehr tiefen Erlebnis heraus zu solchen Aktionen schreiten um aufmerksam zu machen. Und ich glaube auch, mit einer gewissen Berechtigung. Nur verstehe ich nicht, und ich sage das sehr deutlich, daß auch in Publikationen, die durchaus ÖVP-nahe sind, wenn man den Wirtschaftsbund als solches bezeichnen darf, man Werbung dafür findet. Für "stop and shop" etwa. Ich kann noch sagen, daß in Medien das als eine Werbung wie jede andere angesehen wird, obwohl man hier eigentlich für einen Kaufkraftabfluß wirbt. Und ich habe es nicht verstanden, daß zum Beispiel in einer sehr betroffenen Region wie Hollabrunn man findet, wie schön das Einkaufen drüben ist. Und daß ein Unternehmerportrait vorgestellt wird - Herr Kollege, schauen Sie sich das an - ein Portrait eines Unternehmers vorgestellt wird, der drüben ein Geschäft betreibt und sozusagen mit Znaimer Nummer in den Gemeinderatswahlkampf zieht, weil das Anmelden dort drüben billiger ist. Ich würde da einmal nachsehen, bevor ich zum Beispiel solche Aktionen anprangere. Ich sage

das sehr deutlich. Ich wundere mich und ich sage das nicht zufällig, wenn man hier ein Portrait zeichnet, wie wichtig oder wie erfolgreich manche Unternehmerpersönlichkeiten dort jenseits der Grenze sind. *(Unruhe bei der ÖVP.)*

Ich bezweifle gar nicht, daß das notwendig ist. Nur kann ich nicht sagen, der, der das auf diese Weise betreibt, ist der unbestrittene Held, so nach dem Motto, "go east". Und die anderen, die das gleiche tun, sind diskriminiert. *(Abg. Hoffinger: Nur, das eine ist legal, das andere ist illegal!)*

Ich muß Dir etwas anderes sagen, Kollege Hoffinger! Man kauft zum Beispiel bei uns im Grenzland in einem durchaus österreichischen Betrieb. Und ohne daß man sich die Mühe macht, wenigstens umzuladen, ladet dann ein Znaimer Auto ab, worauf die ganze Nachbarschaft glaubt, man hat in Znaim eingekauft. Ich sage das nur, weil man sich nicht einmal der Mühe unterzogen hat, die Umladung vorzunehmen. Ich meine, ich greife weder die einen noch die anderen an. Sondern ich sage nur, in allem, was wir tun, sollten wir uns dessen bewußt sein, daß wir ein höheres Österreichbewußtsein entwickeln sollen. Und in diesem Sinne haben wir auch für das Grenzland als einen ganz sensiblen Raum dieses Bewußtsein herzustellen. Gemeinsam und auf beiden Seiten herzustellen. Und in dem Sinne halte ich die Diskussion heute eher für eröffnet, als daß sie abgeschlossen wäre mit dieser Aktuellen Stunde. Und ich bin gerne bereit, hier sehr, sehr viel einzubringen, was Lösungsvorschläge betrifft. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hiller.

Abg. HILLER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich bin sehr dankbar, daß es möglich ist, als erstes Geschäftsstück hier in St. Pölten die Situation und Probleme des Grenzlandes abzuhandeln. Das beweist uns, sehr geehrte Damen und Herren, daß wir unserer geistigen Einstellung und den Zielen des Landeshauptstadtbeschlusses aus dem Abstimmungsjahr 1986 bis heute treu geblieben sind. Diese Ziele waren und sind ein Ja zur Landeshauptstadt, damit zur Bündelung der Kräfte, der Ideen, Entwicklungen und zur Schaffung einer eigenen niederösterreichischen Identität auf vielen Gebieten. Und der zweite Grundsatz lautet, und er gilt noch immer: Die nachhaltige Stärkung durch Regionalisierung und Dezentralisierung.

In beiden Schwerpunkten, sehr geehrte Damen und Herren, ist in diesen vergangenen 11 Jahren enorm viel geschehen. Das Land hat zweifellos trotz der vielen Probleme, die anzusprechen sind, einen richtigen Modernisierungsschub erfahren, den viele bewundern und um den uns zweifellos auch viele beneiden. Ich möchte sagen, durch eine kluge Politik des Konsenses, der Geradlinigkeit und einer großen Zukunftverantwortung. Und dennoch, sehr geehrte Damen und Herren, es wurde schon angesprochen, es ist nicht alles eitel Wonne. Die Dinge ändern sich von Tag zu Tag. Wir haben zum Beispiel am Problem

einer sektoralen Jugendarbeitslosigkeit zu leiden. Wir können uns hier leider nicht abkoppeln von nationalen und internationalen Entwicklungen. Wir stehen aber im Vergleich zu anderen Bundesländern wesentlich besser da als andere. Dies ist an den Beschäftigungszahlen abzulesen. Wir wissen, daß wir von Jahr zu Jahr steigende Beschäftigungszahlen haben.

Ein Problem, sehr geehrte Damen und Herren, war im Jahr des Landeshauptstadt-Beschlusses nicht absehbar. Ich glaube, nicht einmal den besten Hellsehern oder Sterndeutern wäre geglaubt worden, wenn jemand vorausgesagt hätte, daß bereits im Jahr 1989 im Eilzugstempo die ehemals staatssozialistisch regierten Länder, die sich abgeschottet hatten, über Nacht zu demokratischen Staaten nach westlichem Muster und nach westlicher Ausrichtung sich entwickeln würden. Diese Entwicklung, möchte ich feststellen, ist eindeutig zu begrüßen. Denn jeder Mensch und jedes Volk hat ein Recht darauf, in einem System zu leben, das seine Würde bestens gewährleistet. Aber nach Erlöschen der ersten Freudenfeuer konnten wir auch sehen, daß viele Probleme zum Vorschein gekommen sind, welche noch immer existent sind. Undichte Grenzen erzeugen Migrationsdruck, der freie Markt in den Reformstaaten zieht auch Teile unserer Wirtschaft nach draußen und die angesprochenen Mega-Duty free-Shops saugen Kaufkraft aus den grenznahen Regionen Niederösterreichs im besorgniserregenden Ausmaß ab. Diese Entwicklung schwächt zweifellos unsere Regionen.

Es fließt viel Kapital ins Ausland ab, was sich in diesen ohnehin sensiblen Regionen bezüglich der Arbeitsplätze und der Wirtschaft bemerkbar macht. Gewerbe und Handel sind in Gefahr und trotz ehrlichen Bemühens vieler Politiker konnte man bis jetzt auf Grund der Schwierigkeit und der sich ständig ändernden Situation dem noch sehr wenig entgegenzusetzen, wenngleich ich sagen kann, daß punktuelle Erfolge erzielt worden sind im Bereich der Grenzabfertigung und im Betreiben, mit dem Österreich hier auch in der EU vorstellig geworden ist, wonach mit 1.1.1999 diese Duty free-Shops ein Ende haben sollen. Ich bin daher jedem dankbar, der an dieser Entwicklung teilnimmt, sie richtig erkennt und auch entsprechende Gegenmaßnahmen setzt. Wir alle wollen, sehr geehrte Damen und Herren, kein Grenzland haben. Wir wollen keine tote Grenze mehr haben, in welcher meterhohe Drahtverhaue, Selbstschußanlagen oder Minenfelder uns von den Nachbarn trennen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zusammenarbeit zwischen Ländern mit so unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstandards muß dauerhaft zum Wohle aller entsprechend entwickelt werden. Es gibt hier große Transformationsunterschiede, Herr Klubobmann Dr. Bauer hat sie angesprochen. Ich bin aber nicht Deiner Meinung, Herr Klubobmann Dr. Bauer, daß man sagt, die Wirtschaft hätte so quasi im Grenzland in Zeiten der toten Grenze geschlafen. Wenn man das nur einseitig von der Handelsbilanz her sieht, hätten wir an und für sich nichts zu beklagen. Die Schwierigkeit ist, daß diese Wirkungen eben nur eine gewisse Tiefe in das Land hineinreichen und hier in den Grenzregionen direkt eben diese Probleme ganz besonders durch die Berührungen im Wirtschaftsbereich zutage treten.

Ich möchte aber auch sagen, daß wir hier in Zeiten knapper Budgets und einer gewissen wirtschaftlichen Stagnation auch dem Volk, unseren Bürgern die Wahrheit zu sagen haben. Ich bin unserem Klubobmann dankbar, daß er sehr deutlich angesprochen hat, daß es nicht nur genügt, daß die Politik in eine Richtung geht, sondern daß auch die Bevölkerung hier mitzieht und entsprechende Unterstützung einbringt. Und ich verstehe es daher überhaupt nicht, daß in sehr aufdringlicher Weise Herr Landesrat Schimanek hier gewisse Kurierdienste im Interesse ausländischer Handelsfirmen getätigt hat, die ohnehin wie Schwammerl aus dem Boden schießen und hunderte Arbeitsplätze und Betriebe hier im unmittelbaren Grenzland auf österreichischer Seite gefährden. Ich halte das für eine Anbiederung und für eine noch nie dagewesene Entgleisung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich behaupte sogar, sehr geehrte Damen und Herren des Landtages, dieser Schimanek-Botendienst ist die politische Fehlleistung des Jahres 1997 in Österreich. Ich fordere Sie daher auf, Herr Landesrat, daß Sie Ihre Position raschest und gründlich überdenken und diese ändern. Und daß Sie als ein von der Verfassung des Landtages eingesetztes Organ Ihre ganze zukünftige Arbeit zu 100 Prozent dem Wohle Niederösterreichs unterstellen. Zur Entwicklung unserer Wirtschaft, zur Sicherung der Arbeitsplätze und zum Wohle des Landes. Das ist Ihre Pflicht, das ist Ihr Auftrag! Ich nehme auch nicht die letztendlich Verdrehungen Ihrer tatsächlichen Taten in der Darstellung der Freiheitlichen Partei zur Kenntnis, welche dann gesagt hat, Sie hätten diese Unterschriften nur genommen, damit Sie das Problem dem österreichischen Parlament vortragen. Ich möchte nur die Frage stellen, und es stellen sich viele Leute diese Frage, wie ist es möglich, wenn

Sie angeben, nunmehr gegen die Interessen jener, die Ihnen die Unterschriften ausgehändigt haben, sich zu stellen, daß die Ihnen diese Unterschriften tatsächlich ausgehändigt haben? Wie soll das zusammen stimmen? Entweder sind Sie Vertrauensperson dieser ausländischen Firmen oder Sie sind keine. Wenn Sie keine Vertrauensperson sind, dann bekommen Sie die Unterschrift nicht, doch Sie haben sie bekommen. Daher ist das Bild eindeutig und klar und Sie können mit noch so vielen Entgegnungen das nicht entkräften.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, viele Gemeinschaftsinitiativen auf wirtschaftlicher Ebene sind in den Grenzgebieten entstanden. Vier LEADER II-Gebiete, welche eine Vorreiterrolle in der Regionsentwicklung im Wald- und Weinviertel ausüben, bringen neue Ideen und neue Kooperationen ins Land. Und durch wesentlich verbesserte Förderungsprogramme, durch zusätzliche EU-Mittel werden bereits viele zukunftsorientierte Investitionen durchgeführt. So erfährt die Kabelkonfektion in Poysdorf bereits die zweite Betriebserweiterung - darauf wird mein Kollege Hoffinger wahrscheinlich noch näher eingehen. Ich selbst war gestern in Neusiedl a.d. Zaya, wo am Gelände der neuen FEX-Strohverwertung mit 1. Juli bereits Bauverträge vergeben werden, wo mit September die Produktion von ökologisch wertvollen Bindemitteln angegangen wird. Und dieses Grundmaterial Stroh ist es, was uns zusätzlich in den Trockengebieten des Weinviertels noch Probleme löst. Ich verweise auf die großartigen Tourismusprojekte der Landesausstellung in Kirchstetten, in Falkenstein ein Projekt, in Bad Pirawarth, in Laa a.d. Thaya, den neuen Kulturpark Kamptal und viele Standortverbesserungen im Tourismus des Waldviertels zeigen auf, daß wir trotz der Probleme uns eine gewisse wirtschaftliche Offensive erarbeiten und halten. Denn die Arbeitsplätze von morgen liegen in der Gesinnung und in den Aktivitäten von heute. Trotz aller Probleme im österreichischen Fremdenverkehr werden wir hier vorangehen und für die Zukunft entsprechend arbeiten und Angebote schaffen.

Sehr deutlich zu bemerken ist auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es im Sektor der Landwirtschaft Qualitätsverbesserungen gibt, welche auch in den nachgelagerten Bereichen Arbeitsplätze schaffen und sichern. Wir haben Gottseidank in diesen Grenzgebieten eine hohe landwirtschaftliche Produktivität und sind unsere Produkte nicht nur im Inland nachgefragt, sondern auch bei ausländischen Händlern, Verarbeitern und Konsumenten. Gefragt sind dabei vor allem Produkte wie Fleisch, Wein, Feldgemüse,

Ölsaaten und verschiedene andere Dinge mehr. Wir müssen daher trachten, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir bei diesen Produkten, mit den Rohstoffen, die im Grenzland vorzufinden sind, die Wertschöpfung in Österreich behalten, damit Arbeit gesichert wird, nicht nur im primären Bereich, sondern auch im sekundären Bereich.

Ich darf mich daher herzlich bedanken, daß durch das großzügige Förderungsinstrumentarium in den Ziel 5b-Gebieten nunmehr Förderungsqualitäten für die Betriebe in diesem Sektor gegeben sind, die ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht haben und die in diesem Umfang daher auch eine Modernisierung und eine Umstrukturierung vorantreiben. Ein herzliches Dankeschön sage ich auch dem Land Niederösterreich, speziell dem Herrn Landeshauptmann für seine erfolgreichen Bemühungen um eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, denn ein wesentlicher Nachteil dieser Grenzgebiete ist, daß der Verkehrsausbau, die Verkehrsinfrastruktur nicht entsprechend gewesen ist. Und wir hoffen, daß mit den verschiedenen Projekten, die im letzten Verkehrsabkommen enthalten sind, auch hier für die Grenzgebiete eine nachhaltige besondere Wirkung im positiven Bereich entsteht.

Ich darf schließen und daher sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß alle Bemühungen, die dem Grenzland dienen, von ganz besonderer Wichtigkeit sind. Es ist ein sensibles Gebiet, es wird ein sensibles Gebiet bleiben. Bei richtiger Beurteilung und bei richtigem Handeln wird aber der größtmögliche Erfolg erzielbar sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wagner.

Abg. Ing. WAGNER Josef: Sehr verehrte Damen und Herren des Landtages!

Es ist schön, die Jungferrede hier zu halten. Und es ist auch nett, zu so einem interessanten Thema. Ich habe viele Wortmeldungen schon in der Richtung und zu solchen Themen getätigt. Ich meine, daß die Situation besonders jetzt im Grenzland durch eines zustande kommt, das sich da auswirkt. Das Sparpaket ist eine falsche Strategie! Bitte schön, das ist an die Regierungsparteien gerichtet: Es ist in einer Situation, in der die Wirtschaft jetzt steht, verkehrt, zu sparen, zu sparen und zu sparen. Es muß Investitionen geben. Aber in eine Richtung, die nicht der allgemeinen Verwaltung dient. Ich will jetzt die Landeshauptstadt nicht angreifen, die hat sicher viel gekostet,

aber auf der anderen Seite hat sie doch auch erhebliche Impulse gesetzt. Aber im Grenzland geht das besonders ab. Das Sparpaket hat zur Folge, daß Investitionen gebremst werden. Investitionen in neue Betriebe, in neue Infrastruktur. Das hat zur Folge, daß das Masseneinkommen sinkt. Das ist eine Schlange, die sich in den Schweif beißt. Das verminderte Masseneinkommen hat zur Folge, daß keine Steuereinnahmen da sind. Daß eine Baufirma, die hauptsächlich vom abgabefreien Nebenerwerb und vom "Pfuscher" lebt, von den "Pfuschern" lebt, die bei ihr einkaufen, daß sogar die in Probleme kommt, das ist ja auch ein Zeichen dafür. *(Unruhe bei Abg. Uhl.)*

Der gute alte Kreisky, das war ein Parteifreund von Dir, der hat das anders gemacht. Der hat gesagt, was interessieren mich ein paar "Nullerln", die mir vom Ausland aufgezwungen worden sind, ich möchte vielmehr die Vollbeschäftigung. Wo hast du denn Vollbeschäftigung, wenn es sich nicht mehr auszahlt, zu arbeiten? Wenn der Arbeitslose und der "Notstandler" mehr Geld bekommt als wenn er wo "hackeln" hingeht: 8.000,-, 9.000,- Schilling, ich weiß es doch! *(Unruhe bei der SPÖ.)*

Na gut. Wenn Ihr eh so gescheit seid, dann müßte ja eigentlich alles bestens funktionieren. Warum regen wir uns dann überhaupt auf? *(Abg. Kautz: Das ist ja unsachlich!)* Das ist nicht unsachlich!

Ich meine, daß das Sparpaket dazu geführt hat, daß kein Geld mehr da ist für die Schaffung von Infrastrukturen und für besondere strategisch wichtige Bauten, besonders im Grenzland. Das hat zur Folge, daß das Masseneinkommen sinkt. Und das, bitte schön, erklärt einmal Euren Arbeitern. Viel Spaß dabei!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Rosenkranz.

Abg. ROSENKRANZ *(FPÖ)*: Herr Präsident! Hoher Landtag! Aktuelle Stunde Grenzregionen. Eine Aktuelle Stunde hat, so denke ich, in der Geschäftsordnung den sehr vernünftigen Platz, daß man ein Problem, das noch nicht bewußt ist, ins Bewußtsein des Landtages und der Öffentlichkeit rufen kann, oder aber eine Diskussion über einen Lösungsansatz, die bis jetzt vielleicht verweigert worden ist, zu erzwingen. Umso mehr konnte man natürlich erstaunt sein, daß die ÖVP als Wirtschaftspartei, die seit Jahren und Jahrzehnten den Wirtschaftslandesrat stellt, jetzt zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde einberuft. Was dann kam, was der Klubobmann dann geboten hat, war dann etwas völlig anderes. Es war ein

vollkommen belangloser *tour d'horizon*, angesichts des tragischen Themas eigentlich ein bißchen erstaunlich, über die Lage im Grenzland vor der Ostöffnung. Da wurde dann über tote Grenze geredet usw. Ich denke, man hat auch zu berücksichtigen vergessen, daß die Raumordnung ebensolange wie die Wirtschaft in der Kompetenz der ÖVP war. Und man hat dort ganz deutlich zutage treten lassen und dargelegt, daß in all den Jahrzehnten, in der eben diese tote Grenze bestanden hat, wenig passiert ist. Wenn Sie, Kollege Hiller, sagen, Sie bedanken sich für die Regionalförderung usw., dann denke ich doch, sollte man das auch ernst nehmen, was der Initiator der Aktion von Heidenreichstein dazu sagt. Er prangert die Ignoranz der verantwortlichen Politiker an, die immer von Regionsförderung sprechen, aber nie etwas dafür tun. So kommt das auf die Betroffenen herunter.

Das ist das eine. Im Mittelteil Ihrer Rede, Herr Klubobmann, haben wir dann gehört, Grenzöffnung - ein neues Problem ist aufgetreten, Kaufkraftabfluß hin und her. Acht Jahre ist es her, fast ein Jahrzehnt. Und es ist bis jetzt darauf eigentlich kaum reagiert worden. Wenn etwas gemacht wird, dann wird schlicht und einfach, wie Sie das auch wieder gemacht haben, festgestellt, daß das ein Problem ist, daß eine Abwanderung passiert, daß es einen Mangel an Arbeitsplätzen gibt, daß die Jugend, wenn sie eine Chance haben möchte, weggeht. Und wenn reagiert wird - und damit komme ich jetzt zu dem Thema, mit dem ich mich eigentlich sonst beschäftige - dann wird eigentlich auf anderen Gebieten reagiert, wo genau dieses Problem nicht gelöst werden kann. Ich nenne nur das Stichwort Allentsteig. Hier versucht man, den begreiflichen Unmut und die große Sorge der lokalen Politiker und der Bevölkerung, daß ihre Region jetzt wirklich zum Sterben verdammt ist, dadurch irgendwie zu beschwichtigen und zu besänftigen, daß man ihnen Projekte verspricht, die Sie nicht einmal beim Bund durchsetzen können, weil kein verantwortlicher Gesundheitspolitiker das Projekt Allentsteig, so wie es gemacht wird, jetzt überhaupt mittragen kann. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Im letzten Teil Ihrer Rede, Herr Klubobmann, kamen Sie dazu, wozu man eigentlich hier diese Aktuelle Stunde einberufen hat. Das also war des Pudels Kern. Es ging in erster Linie darum, in bewußten Mißinterpretationen dem Landesrat Schimanek eins an's Zeug zu flicken. "Quid quid agis prudenter agas et respice finem." Sie haben das zitiert, "bedenke das Ende". Ich glaube, Sie hätten sich das wirklich auch in bezug auf diese Aktuelle Stunde überlegen können. Denn ich bin

überzeugt davon, daß der Glaubwürdigkeit der ÖVP als Wirtschaftspartei mit dieser Aktuellen Stunde absolut nicht geholfen ist. (*Beifall bei der FPÖ.*) Aber über die Kompetenz der ÖVP als Wirtschaftspartei haben sich ja in dieser Woche bereits Persönlichkeiten geäußert, die traditionellerweise Ihrem Lager nicht sehr fern stehen. Der ehemalige Vorsitzende der Industriellenvereinigung hat dies klassifiziert, ich kann es mir ersparen. Aber das Diktum des Krejci, daß nämlich hier etwas von tragischer Lächerlichkeit passiert, das kann man, glaube ich, auch auf diese Aktuelle Stunde anwenden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Maier.

Abg. MAIER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mit dieser Aktuellen Stunde zum Thema Wirtschaft und Arbeitsplätze in Grenzregionen sprechen wir ein entscheidendes Thema unserer Zeit an. Denn die Grenzregionen waren schon immer gegenüber den Zentralräumen im Vergleich von Betrieben und Arbeitsplätzen weniger gut ausgestattet, aber sie waren immer auch interessante und attraktive Wirtschaftsstandorte.

Seit 1989 mit dem Fall des Eisernen Vorhanges, es wurde heute schon angesprochen, hat sich auch im Grenzland viel verändert. Und auch die Aktion, die heute die Kaufmannschaft aus Heidenreichstein setzt, wurde hier schon dargestellt. Ich persönlich denke, daß die Situation in Heidenreichstein sich durch das Zusperrern nicht besonders verbessern wird. Es müßte aber durchaus gelingen, zum Nachdenken anzuregen und die persönliche Handlungsweise jedes einzelnen in diesem Raum Lebenden zu überprüfen. Ich selbst war vor einigen Wochen bei der Ausstellungseröffnung der Minimesse in Heidenreichstein. Dort hat die Wirtschaft durchaus Optimismus signalisiert. Es war eine gute Stimmung und es haben keine Zukunftsängste bestanden. Darum bin ich auch ein bißchen verwundert, daß diese Situation sich heute in der Öffentlichkeit nach meinem Dafürhalten ein bißchen überzeichnet darstellt.

Natürlich ist der Kaufkraftabfluß auch branchenweise unterschiedlich zu sehen. Es ist aber auch Tatsache, daß in Tschechien anscheinend ein attraktiver Einkaufsmarkt entstanden ist. Trotzdem gehen die Kaufkraftabflüsse aus dem Grenzland nicht nur über die Grenze, sondern wenn man die Kaufstromanalysen anschaut, dann sieht man, es gibt auch innerhalb des Grenzlandes

zentrale Orte, die viel an Kaufkraft aus der Region aufnehmen. Und natürlich geht dann eine gewisse Kaufkraft lokal für die Betriebe dort verloren. Ich denke mir, durch Öffentlichkeitsarbeit in den Betrieben und Geschäften, durch Service und entsprechendes Eingehen auf Kundenwünsche kann ein Vertrauensverhältnis erzeugt werden, das dann letztlich auch überlebt und dauerhaft bestehen bleibt. Denn das Waldviertel, geschätzte Damen und Herren, ist auch in seiner Grenzregion ein guter und zukunftsreicher Wirtschaftsstandort. Der Wandel im Bereich der Anforderungen an die einzelnen Branchen wird von vielen Betrieben auch wirklich meisterhaft bewältigt. Und wenn Sie die diversen Messen in unserem Bundesland besuchen, dann präsentiert sich auch das bodenständige Gewerbe des Grenzlandes immer wieder einer interessierten Käuferschicht und es werden gute Geschäftsabschlüsse erzielt. Und wenn vor einigen Tagen die Industrie im Grenzland und im Waldviertel sich in einem Tag der offenen Tür präsentiert hat, dann konnten sich die Interessierten dort wirklich auch selbst überzeugen, wie chancenreich sich die Märkte unserer Welt auch für die Betriebe des Grenzlandes in der heutigen Zeit entwickeln. Ich möchte hier als Beispiel anführen die Firma Felten. Es ist dies der größte Industriebetrieb Niederösterreichs nördlich der Donau. Und gerade diesem Betrieb ist es gelungen, sich nachhaltig auf allen Märkten dieser Welt zu plazieren. Hier wurden auch die Möglichkeiten des tschechischen Marktes in gewissen Produktsegmenten bis zu 80 Prozent genutzt und auch in den Reformstaaten, in den anderen Staaten des Ostens und auch Asiens sind die Chancen dieses Betriebes wirklich hoch einzuschätzen. Mit diesen Produkten, wo durchaus über Auslagerungen gewisse einfache Tätigkeiten im benachbarten Ausland gefertigt werden, aber die hochtechnischen Bestandteile des Produktes in Österreich gefertigt werden, sichert man im Grenzland Niederösterreichs 1.100 Arbeitsplätze. Und ich glaube, das ist ein wirklicher Erfolg und sollte in einer Aktuellen Stunde, wenn Wirtschaft und Arbeitsplätze im Grenzland behandelt werden, nicht verschwiegen werden. Es gibt einen weiteren Betrieb, das ist die Firma Elk, die sich im Fertigteilhaus-Sektor nachhaltig plazieren konnte. 1.250 neue Häuser werden von dieser Firma jährlich produziert. 120 Blockhäuser gehen sozusagen von der Fertigung und sichern 700 Arbeitsplätze im Grenzland. Also das sind wirklich Betriebe und Produktionen des Grenzlandes, die herzeigbar sind.

Natürlich haben wir auch unsere Probleme und Schwächen. Die Textilindustrie, die neben der

Glas- und Steinindustrie die bodenständigste Industrie im nördlichsten Grenzland Niederösterreichs darstellte, hat strukturelle Schwächen und ist natürlich gerade in den letzten Tagen und Wochen durch die Presse gegangen, als die Firma Ergee in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet. Diesbezüglich bin ich sehr froh darüber, daß hier durch Initiative unseres Landeshauptmannstellvertreters Höger natürlich in Gemeinsamkeit mit dem Wirtschaftslandesrat eine Weiterführung des Betriebes ermöglicht wurde unter neuen Eigentümerstrukturen. 400 Arbeitsplätze sind für das Grenzland erhalten geblieben und das ist ein wirklicher Erfolg für das Waldviertel. Ich danke nochmals für diese Initiativen. *(Beifall bei Abg. der SPÖ u. Abg. Präs. Ing. Eichinger.)*

Denn, geschätzte Damen und Herren, die Arbeitslosenrate im Grenzland war im Vergleich gegenüber den Zentralräumen natürlich immer schon erhöht, auch in der Vergangenheit. Und man muß sich vorstellen, was es bedeutet hätte, 420 neue Arbeitsplätze in diesem Raum schaffen zu müssen. Gottseidank ist es gelungen. Trotzdem bestehen am Arbeitsplatzsektor natürlich im Grenzland Probleme, von denen vornehmlich die Frauen betroffen sind. Es hat im Frühjahr dieses Jahres seitens des Österreichischen Gewerkschaftsbundes eine Aktion gegeben, mit der in der Öffentlichkeit die Situation im Bezirk Gmünd dargestellt wurde. Die hohe Arbeitslosenrate von damals 14,7 Prozent ist jetzt auf 8,4 Prozent zurückgegangen, trotzdem liegt sie weit über dem Landesdurchschnitt. Doch es müssen weiterhin alle Anstrengungen unternommen werden, damit sich die Situation verbessern kann. Auch für die 61 Lehrstellensuchenden im Bezirk, da sind auch die Absolventen schon mit eingerechnet, die jetzt die Schulen verlassen werden. Ihnen stehen in der Zukunft nach derzeitigem Stand noch 24 offene Lehrstellen zur Verfügung. Auf diese schwierige Situation hat auch der ÖGB aufmerksam gemacht und er hat aus diesem Grund zu einem Wirtschaftsgipfel eingeladen, um diese wirtschaftliche Situation des Grenzbezirkes gemeinsam dort zu besprechen. Es war nur ein bißchen verwunderlich, daß dieser Einladung seitens der Wirtschaft nicht Folge geleistet wurde, und lediglich der Bezirksstellenleiter der Wirtschaftskammer erschienen ist, der in einem kurzen Statement auf eine mögliche Zusammenarbeit in der Zukunft verwiesen hat. Es war schon ein bißchen feststellbar, daß nicht alle hier an einem Strang ziehen wollen, obwohl mit in Diskussion stand, einen neuen Waldviertelplan, d.h. besondere Aktionen für das Grenzland zu fordern. Und ich denke, man muß sich hier überlegen, wie man mit dieser hohen

Arbeitslosenrate, die immer noch besteht, zurecht kommen kann und welche Chancen es gibt, dem wirksam zu begegnen.

Dazu möchte ich doch auch anführen, daß mit dem Neubau der Bezirkshauptmannschaft in Gmünd 20 Telearbeitsplätze geschaffen wurden. Die Möglichkeit ist vorhanden. Die Bezirkshauptmannschaft ist jetzt, glaube ich, zwei Jahre im neuen Gebäude und in Betrieb, aber kein einziger dieser Telearbeitsplätze wurde mit Leben erfüllt. Ich glaube, hier müßte das Land Niederösterreich den ersten Schritt setzen vom Zentralraum weg, mit den neuen Möglichkeiten in der Telekommunikation diese Arbeitsplätze und diese Investitionen letztendlich zu nutzen und mit Leben zu erfüllen.

Und wenn wir auch heute schon ansatzweise in der Diskussion mitverfolgt haben, daß über LEADER II und INTERREG gesprochen wurde, dann möchte ich auch auf die vielen Projekte im Grenzland, die eingereicht wurden und projektfertig daliegen verweisen. Und auf andere Gemeinschaftsinitiativen, die gefördert werden könnten im Grenzland, wo aber die Vorgangsweise noch sehr bürokratisch ist. Verschiedene Anträge werden ganz einfach nicht bearbeitet. Wenn nicht aus allen Regionen des Landes alle Anträge mit allen Unterlagen vorhanden sind, dann gibt es keine Mittelausschüttung. Das ist kontraproduktiv und kann auch projektvernichtend werden, wenn zu lange auf die Förderungen gewartet werden muß.

Das Signal mahnt, zum Schluß zu kommen. Es wäre noch viel zu sagen, auch über die Ausbildungsmöglichkeiten und die Chancen, die man im Grenzland wahrnehmen müßte. Denn wir haben gute Schulen und gute Schulabgänger in diesem Bereich. Doch die finden halt nicht den Einstieg, den sie sich wünschen würden mit ihrer guten Ausbildung. Darum muß man auf die Anforderungen der Wirtschaft in dieser Zeit eingehen. Hier hat es eine Initiative gegeben - abschließend, Herr Präsident, sei das noch gesagt - daß es eine Ausbildung im benachbarten Tschechien, in Ceske Velenice geben könnte. Eine HTL-Ausbildung, wo auch auf sprachlichem Sektor jene Ausbildung mit angeboten werden könnte, die die Wirtschaft im Grenzraum durchaus braucht. Denn gewirtschaftet wird zwischen österreichischen und tschechischen Betrieben. Wenn wir aber unserer Jugend die entsprechende Ausbildung auch in sprachlicher Hinsicht nicht anbieten können, und wenn sie nicht angenommen wird, dann werden diese Jobs über die Wirtschaft Arbeitnehmer aus dem benachbarten Tschechien bekommen. Das Grenzland ist eine attraktive Region, ist eine gute Region fürs Wirtschaften und es sind daher alle eingeladen, es dort zu versuchen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hoffinger.

Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesem Loblied meines Vorredners Maier auf das Waldviertel und auf die Grenzregion darf ich nun die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ostöffnung eher aus der Sicht der Mistelbacher, Hollabrunner und der grenznahen Bezirke des Weinviertels darlegen. Naturgemäß spüren wir das besonders.

In der ersten Zeit, in den ersten zwei, drei Jahren war also die Grenzöffnung für uns eine große Chance, eine Herausforderung. Und es war eine positive Aufbruchstimmung im Bereich der Wirtschaft festzustellen. Viele Betriebe zeigten Interesse an Betriebsgründungen in Tschechien. Damals wurden von den Bezirksstellen der Wirtschaftskammer eigens mehrere Meetings für an joint ventures interessierte Firmen abgehalten. Und es sind auch tatsächlich Firmengründungen in Tschechien passiert. In der zweiten Phase zeigt

sich leider immer deutlicher, daß die Medaille Ostöffnung eine zweite Seite hat, eine nicht so glänzende Kehrseite. Sie betrifft in erster Linie den Handel, aber auch das Gewerbe. Ein besonderes Problem im Grenzland stellen in diesem Zusammenhang die Duty free-Shops dar. Ein Thema, das die Gemüter vieler betroffener Wirtschaftstreibender, die ihre Kunden an Tschechien verlieren, natürlich zu Recht erhitzt. Für uns ist das ein Problem, sehr geehrter Herr Klubobmann Gratzner, und es ist keine tragische Lächerlichkeit, Frau Rosenkranz, daß wir uns damit heute auseinandersetzen und damit beschäftigen.

Es ist schon mehr als seltsam, wenn der Betreiber der Duty free-Shops in Haugsdorf mit sicherlich tausenden Kunden monatlich, die großteils mit dem Auto zu ihm anfahren, eine rasche Grenzabfertigung aus Gründen des Umweltschutzes fordert. Es spricht für seinen Geschäftsgeist, wenn er die Erhöhung freier Privatimporte von 1.000,- auf 2.400,- Schilling verlangt. Es liegt in der Natur der Sache, daß er "offene Grenzen für ehrliche Leute" fordert, wohl wissend, daß diese Ehrlichkeit beim Import nur über die Kontrolle erreicht werden kann. Und letztlich ist es auch logisch, daß einen Geschäftsmann, der eine Gesetzeslücke ausnützt und damit gute Gewinne macht, die regionalwirtschaftlich negative Auswirkung für die niederösterreichische Wirtschaft relativ wenig interessiert. Verblüffend allerdings ist es, wenn Landesrat Schimanek eine Unterschriftenliste der Duty free-Kunden übernimmt, die genau jene Forderungen unterstützt, die ausschließlich dem Inhaber dieses Duty free-Shops nützen, die den Schaden für die heimische Wirtschaft aber dagegen massiv vergrößert und damit existenzgefährdend ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie lautet doch die Aufforderung dieser sogenannten "Konsumenteninitiative beim Nachbarn" vom 10. April? Man will die Unterschriftenliste an jene Politiker überreichen, die persönlich erscheinen und sich für ihre Wähler einsetzen wollen. Mit der Unterschrift, mit dieser Unterstützung der Initiative wurden alle Bemühungen der Landespolitik, den Einkaufstourismus in geregelte Bahnen zu lenken, ad absurdum geführt. Hier denke ich an die seit mehr als einem Jahr eingesetzte mobile Grenztruppe, die bevorstehende Zusammenlegung der Grenzstellen und die Initiative, bei der tschechischen Regierung für eine Beendigung eines unhaltbaren, da massiv wettbewerbsverzerrenden Zustandes einzutreten. Und damit ist schon gesagt, daß hier sehr wohl etwas passiert ist in den letzten Jahren. Vizkanzler

Dr. Schüssel und Landeshauptmann Dr. Pröll haben zustande gebracht, daß die Grenzstellen zusammengeführt werden. Wir haben es zustande gebracht, daß es diese mobilen Kontrollen gibt. Jetzt kann man also nicht sagen, es ist nichts geschehen.

Natürlich wissen wir alle, daß legale Kofferraumimporte wegen der massiven Preisdifferenz zwischen Tschechien und Österreich nicht zu verhindern sind. Aber es liegt auf der Hand, daß Kaufkraftabflüsse in Milliardenhöhe - in Niederösterreich sollen es 4,5 Milliarden sein - nicht auf legalem Wege zustande kommen und daher scharfe Kontrollen unerlässlich sind. Allein der Hinweis, daß die österreichischen Anbieter durch bessere Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden können, im Preiskampf mit tschechischen Konkurrenten zu bestehen, zeigt wirklich von Unkenntnis in hohen Graden. Bei wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklung gegebenen Preisunterschieden von 50 und mehr Prozent kann diese Entwicklung völlig daneben gehen. Es ist ganz klar, wenn hier die Unterschiede so groß sind, daß die Veränderung gänzlich unbedeutend ist. Allein die jüngste Abwertung der Krone um 10 Prozent hat einen wahren Kaufrausch bei den Konsumenten ausgelöst. Es fehlt auf Grund dieser Fakten daher jegliches Verständnis dafür, daß ein Mitglied der NÖ Landesregierung als Anwalt einer Entwicklung auftritt, die der Wirtschaft dieses Landes schadet, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze kostet. Schätzungen zufolge werden ein Viertel bis ein Drittel aller im Inland gerauchten Zigaretten bei den österreichischen Nachbarn gekauft. In Zahlen rund drei Milliarden Schilling entgehen daher jährlich an Tabaksteuer. Ich begrüße daher die Initiative der Bundesregierung, eine wesentliche Einschränkung beim Zigarettenimport vorzunehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird ohnehin schwer sein, den entstandenen Nachfrageausfall für einige Sparten der österreichischen Wirtschaft zu verkraften. Auch mögliche Gegenmaßnahmen haben natürlich Grenzen. Am Beispiel Sloweniens sehen wir aber, daß Verhandlungen fruchtbringend sein können. Im nächsten Jahr sollen dort die Duty free-Shops geschlossen werden. Natürlich wird es auch dort weiter Einkaufstourismus geben, aber ohne den Anschein zusätzlicher Preisersparnisse zu wecken. Auch sollten wir an einer gemeinsamen Initiative für mehr Fairneß im zwischenstaatlichen Wettbewerb arbeiten. Davon bin ich ebenso überzeugt wie von der Tatsache, daß Förderungsmaßnahmen für grenznahe Betriebe

nur unter diesen Voraussetzungen langfristig wirken können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Regionalpolitik, die heute schon angesprochen wurde, hat in Niederösterreich eine lange Tradition und ungebrochene Priorität. Kaum ein anderes Bundesland stellt so hohe Mittel für die Regionalisierung, für die Regionalpolitik zur Verfügung. Viele Projekte sind hier bereits genannt worden von meinen Vorrednern und ich kann mir das daher ersparen. Auch Kollege Ing. Dautzenberg hat ja darauf hingewiesen, daß in Wahrheit im Grenzland positive Zahlen geschrieben werden. Das ist darauf zurückzuführen: Wir haben damit zweifellos viel zu einer Verbesserung der regionalen Wirtschafts- und Infrastruktur beigetragen. Aber man muß auch wissen, daß ein Bundesland allein in seinen Möglichkeiten überfordert ist, alle wirtschaftlichen Probleme in der Grenzregion, die durch globale Wirtschafts- und Wettbewerbsverhältnisse entstanden sind, zu beseitigen. Es wird daher notwendig sein, verstärkt nationale und europäische Strategien einzusetzen, um den erwünschten regionalen Ausgleich sicherzustellen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Sacher.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Schimanek.

LR SCHIMANEK (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es ist mir eine besondere Ehre, bei der ersten Arbeitssitzung in diesem Haus auch als erstes Regierungsmitglied hier stehen zu dürfen. Ich bin besonders stolz darauf, daß es einem Freiheitlichen vorbehalten ist. Ich komme auch gleich zur Sache und darf Ihnen sagen, daß seit meinem Antritt als Regierungsmitglied der Freiheitlichen ich noch nie in einer Angelegenheit derartig viele Unwahrheiten miterlebt habe, speziell seitens der ÖVP und von ÖVP-nahen Zeitungen. Und daß auch selten so viel Ahnungslosigkeit bewiesen wurde in einer Sache. Und ich werde da erinnert an das Märchen von Pinocchio: Für jede Lüge ist diesem kleinen Burschen die Nase länger gewachsen. Und wenn ich mir das so anschau, müßten eigentlich einige Herrschaften der ÖVP so lange Nasen haben, daß nicht ein, nicht zwei, sondern zehn schwarze Raben darauf Platz haben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist nun für mich wirklich bedauerlich, daß sich sogar Präsident Ing. Reinbacher einspannen hat lassen in diese Kampagne, der hier

behauptet, der freiheitliche Landesrat Schimanek hat hunderttausend Unterschriften zum Thema "Einkauf beim Nachbarn" übernommen und versprochen, sich mit seiner Partei für den unbeschränkten Einkauf jenseits der Ostgrenze einzusetzen. Es ist einfach Schwachsinn, was hier verbreitet wird. Ich sage es hier ganz offen. Und die ÖVP geht noch weiter. *(Abg. Dr. Bauer: Aber einmal waren Sie schon im "Excalibur"?)* Wir kommen schon dazu. Ich würde bitten, daß Sie mich meine Ausführungen zu Ende führen lassen. Es wird alles erklärt. *(Abg. Dr. Bauer: Es beruhigt mich, daß das Bild wenigstens stimmt!)*

Es stimmt aber auch, meine Damen und Herren, daß die ÖVP in ihrer Aussendung für sogenannte Top-Funktionäre, "kurz und bündig" heißt die, den Freiheitlichen unterstellt in einer wirklich verleumderischen Art und Weise, daß wir von der Firma Seunig in Millionenhöhe Parteifinanzierungen kassieren. Ich sage schlicht und einfach, es ist ein Skandal, was Sie sich hier erlauben, meine Damen und Herren von der ÖVP! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Strasser, Abg. Mag. Schneeberger: Wo steht das? Können Sie das genau zitieren? Zitieren Sie das! - In der Folge heftige Unruhe im Hohen Hause.)*

Sie können nachher zu mir kommen. Ich zitiere Ihnen das selbstverständlich gerne. Daß als Gegenleistung angeblich millionenhohe Parteispenden in Richtung F fließen, klingt glaubhaft etc. Aber natürlich, als Beilage von "kurz und bündig". Sie werden schon sehen. *(Abg. Mag. Schneeberger: Steht das in "kurz und bündig", ja oder nein? - Abg. Dr. Strasser: Das ist die Unwahrheit! Sie haben dem Landtag die Unwahrheit gesagt!)* Wir werden Ihnen den Beweis antreten, wir werden uns ja wahrscheinlich vor Gericht wiedersehen. Und ich muß eines sagen: Das ist nicht die Unwahrheit! Das ist in Kuverts der ÖVP gemeinsam mit Ihrem "kurz und bündig" verschickt worden. *(Weiterhin Unruhe bei der ÖVP.)*

Aber meine Herrschaften, mich interessieren Ihre Zwischenrufe wirklich nicht. Hören Sie mir zu! Wenn Sie meinen Ausführungen folgen, werden Sie sehen, hier ist die Wahrheit. In Kuverts der ÖVP, schön mit einem Abdruck "ÖVP" oben, und zwar aus der Kaiserstraße wird dieses "kurz und bündig" mit der Beilage eines sogenannten "Komitees für Sauberkeit" verschickt. Wir haben den Beweis dafür. Herr Strasser! Mit Unwahrheiten würde ich an Ihrer Stelle vorsichtig sein. Nein, das stimmt! *(Anhaltende heftige Unruhe. - Abg. Mag. Schneeberger: "In 'kurz und bündig' " ist die Unwahrheit!)*

Noch einmal, ich wiederhole: In Ihrer Aussendung "kurz und bündig" in einem Kuvert der ÖVP und in mehreren Kuverts als Beilage an die Funktionäre,

an die Top-Funktionäre, wird als Beilage dazu - und das ist eine verleumderische Aktion - an die Top-Funktionäre der ÖVP diese Beilage verbreitet. Es ist eindeutig klar. Aber wir streiten nicht um das. Mir kommt vor, als ob diese ganze Aktion, so scheint es, wirklich ein Markenzeichen eines Politkrakeelers ist, der es auch sonst mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt und nicht davor zurückschreckt, politische Mitbewerber wirklich unverantwortlich und vorsätzlich der Unwahrheit zu zeihen. Also, Herr Abgeordneter Strasser, Sie wissen, wen ich meine, nicht wahr?

Ich werde jetzt versuchen, den Sachverhalt klar und deutlich, sodaß auch Sie es verstehen, darzulegen. Die Freiheitlichen als auch Wirtschaftspartei haben ganz besonderes Interesse daran, auch die Kaufkraftverluste der heimischen Wirtschaft speziell in Richtung Ostländer und an die Duty free-Shops zu verhindern. Wir müssen aber auch zur gleichen Zeit den Tatsachen ins Auge sehen. In einem freien Europa der offenen Grenzen gibt es einfach nicht die Möglichkeit, daß man die Leute zwingt, bei uns zu bleiben. Das ist auch in dankenswerter Weise gesagt worden. Wir können den amerikanischen Weg nicht beschreiten mit Stacheldraht und Beton, wie beispielsweise an der Grenze zu Mexiko. Daher können wir den Einkauf jenseits der Grenze auch nicht gänzlich verhindern, wenn sich die Bürger an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Wenn wir das wollten, dann hätten der Herr Ludwig und der Herr Mock damals den Eisernen Vorhang nicht durchschneiden dürfen, nicht? Dann wäre das kein Problem mehr. Was wir tun müssen ist aber, der heimischen Wirtschaft Rahmenbedingungen, auch steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie wenigstens die Zeit, 10, 12 Jahre, bis beispielsweise die Tschechen ihr Niveau an Österreich angleichen, daß sie bis dorthin überleben können. Daß sie nicht ans Aufhören denken, sondern daß sie ans Weiterarbeiten und Weitermachen denken. Das ist unsere Chance, und die müssen wir nutzen.

Bisher, muß ich sagen, ist speziell von der ÖVP sowie deren Wirtschaftsfunktionären außer einer Jammerei und einem braven Schulterklopfen auf die Schultern der betroffenen Wirtschaftstreibenden ja nichts geschehen. Dafür aber hat man im Parlament ein einhelliges Nein für die Vorschläge der Freiheitlichen gehabt. Nämlich nicht entnommene Gewinne aus den Betrieben nicht zu versteuern. Einzig Stummvoll hat sich bereit erklärt und gesagt, das ist eine gute Idee. Und ich darf Ihnen sagen, nicht die Freiheitlichen haben das erfunden, sondern das ist eine Erfindung der Wirtschaft. (*Abg. Hiller: Herr*

Landesrat! Das erklärt ja noch immer nicht, warum Sie die Unterschriften in die Hand genommen haben!)

Seien Sie ein bißchen ruhig und warten Sie, Herr Kollege. Sie werden es ja noch erwarten. Tatsache ist, daß gerade die ÖVP einhellig dagegen war, daß die Freiheitlichen mit ihrer Forderung durchkommen, nicht entnommene Gewinne unversteuert zu lassen. Das wäre eine Möglichkeit der Wirtschaft, entsprechende Unterstützung zu geben. Und laut Professor Winkler von der Universität Linz würden damit binnen vier Jahren 45.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Und gerade, weil wir Freiheitlichen uns um die heimische Wirtschaft Sorgen machen und Abhilfe schaffen, habe ich sehr wohl eine Einladung dieses Duty free-Königs angenommen, der alle politischen Parteien, bitte, eingeladen hat, dort teilzunehmen. (*Abg. Dr. Bauer: Aber die sind nicht hingegangen, das ist der Unterschied!)* Ich bitte darum, mich weiterreden zu lassen.

Ich bin hingegangen. Und ich darf Ihnen sagen, als ich dort in solchen Aktenordnern diese Unterschriften gesehen habe, da hat mein Herz gelacht. Sie haben offenbar wenig Ahnung wie man PR-Arbeit macht und wie man Ihre Kolleginnen und Kollegen im Parlament ein bißchen anstachelt, daß sie etwas tun. (*Unruhe bei Abg. Präs. Ing. Eichinger.*) Herr Präsident, Du weißt ja selber, daß es Unsinn ist, was Du jetzt sagst.

Und ich habe deswegen diese Unterschriften dort in Empfang genommen und habe dort vor 30 versammelten Journalisten erklärt, wir Freiheitlichen, ich bin entsandt worden von unserer freiheitlichen Parlamentsfraktion und ich habe dort eindeutig erklärt - und das ist nachzufragen bei den Journalisten - ich habe dort erklärt, daß wir diese Unterschriften nicht übernehmen um dem Einkauf jenseits der Grenze das Wort zu reden. Sondern daß wir diese Unterschriften als Beweis bitte im Parlament vorlegen werden, wie dringend erforderlich hier Maßnahmen zu setzen sind. (*Unruhe und Heiterkeit im Hohen Hause.*) Genau das ist es. Tut mir leid, so wird es passieren.

Ich habe auch dort klar und deutlich gesagt, daß es notwendig sein wird, die Grenzen zusammenzulegen. Das ist auch die Intention des Herrn Landeshauptmannes, daß wir denjenigen, die diese Duty free-Shops betreiben, die Steuerfreiheit nehmen. Da ist eine Kleinigkeit wieder angehoben, es ist eine Kleinigkeit, eine Verbesserung. Die Preise werden ein bißchen angeglichen, aber auch nur ganz wenig. Die 25 Zigaretten-Regelung, das wird natürlich der

Hammer sein. Das ist ein Bumerang, meine Damen und Herren! Was wird passieren? Der Schmuggel wird weiter blühen. In Wien und Umgebung und in St. Pölten werden sie mit den "Jugo-Koffern" wieder herumrennen und werden fragen: "Du Zigaretten?" So wird es ausschauen. Das bedingt das Ganze. Und ich sage Ihnen, derzeit sind ganz einfach die Zöllner nicht in der Lage, ihrer Pflicht nachzukommen. Was wir tun müssen ist, einen dringenden Ausbau dieser Grenzstationen bewerkstelligen, daß es Abstellplätze für Lkw gibt, daß jeder Lastwagen kontrolliert wird. Weil der Schmuggel en gros ist es, der uns umbringt, der Milliardenverluste bringt in Österreich. Nicht nur der kleine, sondern der Schmuggel en gros ist es. Und hier müssen wir ausbauen. Wir müssen die Möglichkeit bieten, jeden Lastwagen, jeden Lieferwagen und möglichst viele Pkws zu überprüfen, daß dem Schmuggel Einhalt geboten wird. Und wenn wir das zusammenbringen, dann ist es sicherlich von Vorteil für uns alle.

Abschließend möchte ich noch eine kurze Bemerkung anfügen. Diese ganze Misere mit den Duty free-Shops, ja wem haben wir die denn zu verdanken? Ihrem Herrn Außenminister Mock, der damals nach dem Fall des Eisernen Vorhanges einfach vergessen hat, zwischenstaatliche Vereinbarungen mit der Tschechei zu treffen. Genau wie die Deutschen bei Polen und der Tschechei. Hätten wir damals zwischenstaatliche Vereinbarungen getroffen, gäbe es kein Niemandland und es hätte sich gar niemand dort entwickeln können als Duty free-Shop. Mit solchen Abkommen hätten wir die Duty free-Shops auf jeden Fall verhindert. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber ich darf Ihnen eines sagen: Die ÖVP speziell und auch die SPÖ haben die Gelegenheit, diesen Fehler, den damals Mock begangen hat durch seine Vergeßlichkeit und seine Mitarbeiter, auszubessern. Indem sie nämlich im Parlament im Juli den Anträgen der Freiheitlichen zustimmen. Wir werden diese Unterschriften deponieren im Parlament, im Plenum. Und wir werden darauf hinweisen, wie dringend das Problem ist. Da unterschreiben 105.000 Leute, wir wollen dort einkaufen gehen. Und da ist der ÖVP bis jetzt nichts eingefallen als zu sagen, der Schimanek übernimmt Unterschriften. Das ist doch ein Beweis dafür, wie wichtig dieses Problem ist! Und wir werden diese Unterschriften vorlegen. Und Ihr habt die Möglichkeit, den Vorschlägen der Freiheitlichen zu neuen Rahmenbedingungen, die der Wirtschaft helfen, dieses Tief zu übertauchen, beizustimmen. Und damit, meine Damen und Herren, können Sie

etwas gut machen, was Sie wirklich schlecht gemacht haben. Stimmen Sie unseren Vorschlägen zu, dann wird die Wirtschaft eine Freude haben und wir werden ganz langsam unsere derzeitige Situation wieder verbessern. Und wenn Sie Unterricht haben wollen in PR, können Sie sich gerne bei mir melden. Danke vielmals. *(Beifall bei der FPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Als vorerst letzte Wortmeldung liegt die des Herrn Abgeordneten Uhl vor, bitte.

Abg. UHL (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Hier wurden sehr viele, ich sage jetzt, "Ausführungen" getätigt, die nicht immer ganz den Tatsachen entsprechen. Und damit hier endlich einmal diese Gemeinsamkeit vielleicht auch in Zukunft erreicht werden kann, würde ich folgendes zur Diskussion stellen: Wenn hier der Stadtplan der Gemeinde Hollabrunn ausgesendet wird und als Werbeeinschaltung, die des Duty free-Shops am Grenzübergang Kleinhaugsdorf aufscheint... Ich bin gerne bereit, diese Kopie (*zeigt Kopie*) als Beleg zur Verfügung zu stellen. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist nicht irgendwo zufällig drinnen. Das ist auf einem Stadtplan einer Stadt geschaltet. *(Unruhe bei Abg. Lembacher.)* Ja, Frau Kollegin, Sie werden doch nicht glauben, daß ich das jetzt dort herausgeschnitten habe und etwas anderes hingeklebt habe. Bitte sich das anzuschauen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Solche offiziellen Aussendungen von einer Gemeinde oder von einer politischen Partei haben in der Bevölkerung ein sehr hohes Gewicht. Und ich glaube, man soll daher wirklich in Hinkunft und in Zukunft versuchen, daß solche Dinge nicht mehr passieren. Im Interesse unserer Grenzlandgemeinden. Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich hier zu einer Berichtigung und darf erklären für die NÖ Volkspartei, daß in der periodischen Druckschrift "kurz und bündig" niemals behauptet wurde, daß Parteiengelder aus diesem Anlaß geflossen seien. Und ich muß feststellen, daß das mindestens die 14. Unwahrheit

war, die die F seit Ostern 1996 über die Medien oder über dieses Pult im Landtag verbreitet hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir beenden damit diesen Tagesordnungspunkt, die Aktuelle Stunde. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Hohes Haus! Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 596/R-1/4, Ltg. 595/B-38/2, Ltg. 593/B-32/4, Ltg. 594/B-33/3 und Ltg. 601/B-40/1 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich darf daher die Berichterstatter der Reihe nach ersuchen, ihren Bericht zu geben und die Anträge zu stellen. Als ersten Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof zur Zahl Ltg. 596/R-1/4.

(*Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.*)

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Rechnungsabschluß, Ltg. 596/R-1/4. Der Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 liegt nunmehr zur Beratung vor. Das gesamte Abschlußoperat ist, wie schon in den vergangenen Jahren, wiederum in vier Teilbänden untergebracht. Der erste Band enthält den Bericht und den Antrag zum Rechnungsabschluß. Hier finden Sie auch die Erläuterungen zu den Abweichungen der Einnahmen und Ausgaben vom Voranschlagsbetrag. Der zweite Band als Hauptteil enthält die Rechnungsabschlüsse des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes. Band 3 enthält die Untervorschläge. Der vierte und letzte Band enthält die laut VRV geforderten Nachweise und finanzstatistischen Zusammenstellungen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Rechnungsabschluß 1996 weist vor dem Haushaltsausgleich Gesamtausgaben von S 54.814,000.000,- aus. Die Gesamteinnahmen betragen S 49.721,000.000,-. Das ergibt einen Abgang von S 5.093,000.000,-, der durch Schuld aufnahmen in derselben Höhe abgedeckt wurde. Erst durch diese Abgangsdeckung sind die Einnahmen und die Ausgaben ausgeglichen. Der Schuldenstand des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 hat gegenüber dem Vorjahr durch die Aufnahme von Darlehen in Höhe von 3 Milliarden Schilling sowie einer inneren Anleihe von

S 2.093,000.000,- unter Berücksichtigung der Tilgung von S 2.211,000.000,- eine Nettovermehrung um S 2.882,000.000,- erfahren. Der Schuldenstand beträgt nunmehr S 26.741,000.000,-. Dies entspricht, bezogen auf das Ausgabenvolumen des Jahres 1996 48,8 Prozent. Zum Abschluß meines Berichtes darf ich daher folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 wird mit folgenden im Hauptteil und in den Untervorschlägen aufgegliederten Gesamtbeträgen genehmigt:

Ausgaben im ordentlichen Haushalt von S 47.638,895.548,32 und im außerordentlichen Haushalt von S 7.174,999.715,75, mit Gesamtausgaben von S 54.813,895.264,07.

Einnahmen im ordentlichen Haushalt von S 47.638,895.548,32 und im außerordentlichen Haushalt von S 7.174,999.715,75 mit Gesamteinnahmen von S 54.813,895.264,07.

2. Die Rücklagenumwidmung im außerordentlichen Haushalt von S 1,769.154,95 bei Post 9530/617 Straßenmeisterei Gföhl, Ausbau sowie von S 3,677.898,78 bei Post 9530/629 Straßenmeisterei Zistersdorf, Neubau im Gesamtbetrag von S 5,447.053,73 für Post 9530/640 Stützpunkt Altenmarkt, Endausbau wird genehmigt.
3. Der Bericht, die Erläuterungen sowie die Nachweise werden genehmigend zur Kenntnis genommen.
4. Die bei den einzelnen Voranschlagsstellen ausgewiesenen Abweichungen zum Voranschlag werden genehmigt."

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte zum Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für Bericht und Antrag und ersuche nun den Herrn Abgeordneten Prof. Breininger, zur Zahl Ltg. 595/B-38/2, Darlehensaufnahmen der verschiedenen Landesfonds, zu berichten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Danke, Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich berichte zum vorliegenden Geschäftsstück. Die NÖ Landesregierung beehrt sich in Entsprechung des vom Landtag von Niederösterreich am 24. Jänner 1994 zum Beschluß erhobenen Resolutionsantrages der Abgeordneten Dkfm. Rambossek, Kautz, Hoffinger, Stix, gleichzeitig mit dem Rechnungsabschluß einen Bericht betreffend Darlehensaufnahmen der verschiedenen Landesfonds und Darstellung der Leasingverbindlichkeiten des Landes für 1996 vorzulegen. In diesem umfangreichen Bericht wird dann dargestellt, welche Leasingverbindlichkeiten, geordnet nach den einzelnen Referaten der Landesregierungsmitglieder, eingegangen wurden. Der Bericht befindet sich in den Händen der Damen und Herren Abgeordneten. Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Darlehensaufnahmen der verschiedenen Landesfonds und Darstellung der Leasingverbindlichkeiten des Landes (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über Darlehensaufnahmen der verschiedenen Landesfonds und Darstellung der Leasingverbindlichkeiten des Landes wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident, ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung durchzuführen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für Bericht und Antrag und bitte nun den Herrn Abgeordneten Kommerzialrat Hoffinger um den Bericht zur Landesentwicklung sowie den entsprechenden Antrag zur Zahl Ltg. 593/B-32/4.

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zur Landtagszahl 593/B-32/4, Vorlage eines jährlichen Berichtes über die Landesentwicklung an den NÖ Landtag.

Hoher Landtag! Entsprechend dem Beschluß des Landtages vom 3. Dezember 1990, Ltg. 261/V-8/1-1990, über den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Mag. Freibauer und unter Hinweis auf die in den vergangenen Jahren bereits vorgelegten Berichte beehrt sich die Landesregierung, wie folgt zu berichten:

a) zur Landesentwicklung im Bereich Landeshauptstadt wird der Bericht der Landeshauptstadt-Planungsgesellschaft vorgelegt (in der Beilage A zu finden), der sich mit der allgemeinen Entwicklung befaßt bis hin zum Jahr

1997, dem Jahr der Fertigstellung, vom Projekt des Landhauses bis hin zu der Öffentlichkeitsarbeit und zu den Perspektiven.

- b) Zur Landesentwicklung im Bereich der Regionalisierung werden vorgelegt:
- Jahresbericht 1996 der ECO-PLUS Betriebsansiedelung und Regionalisierung in NÖ GesmbH (Beilage B). Hier wird festgestellt, was in diesem Jahr erledigt worden ist. Wir wissen ja, daß in den letzten zehn Jahren 500 Millionen Schilling für die Regionalisierung zur Verfügung standen, 150 Millionen gehen direkt in die Gemeinden, 350 Millionen Schilling werden von ECO-PLUS verwaltet.
 - Bericht der Abteilung Gemeinden betreffend die jährliche Regionalförderung in den NÖ Gemeinden (Beilage C).
 - Bericht der Abteilung Finanzen vom 20. März 1997 über die Regional-, Öko- und Sonderstrukturaktion (Beilage D).
- c) Zur Landesentwicklung im Bereich der Dezentralisierung wird der Bericht der Landesamtsdirektion vom 24. April 1997 vorgelegt (Beilage E).

Ich darf namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der jährliche Bericht über die Landesentwicklung wird zur Kenntnis genommen."

Herr Präsident! Ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Herr Abgeordneter, ich bedanke mich bei Dir für Bericht und Antrag und darf schließlich den Herrn Abgeordneten Bgm. Moser ersuchen, zu Ltg. 594/B-33/3, Gemeindeförderungsbericht 1996, und zu Ltg. 601/B-40/1, Tätigkeitsbericht 1996 der Regionalmanagements, zu berichten und den Antrag zu stellen.

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich berichte zur Geschäftszahl Ltg. 594/B-33/3: Die NÖ Landesregierung hat uns in Befolgung des vom Landtag am 29. November 1993 beschlossenen Resolutionsantrages der Abgeordneten Ing. Haufek und Ing. Gansch betreffend Vorlage eines Berichtes über die den NÖ Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährten

Förderungen den Gemeindeförderungsbericht 1996 vorgelegt. Dieser Bericht umfaßt gemäß der Aufforderung des Landtages die entsprechenden Teile und zwar den Bericht des Finanzreferenten, Berichte der einzelnen Regierungsmitglieder aus ihren Ressorts, Bericht der ECO-PLUS und Bericht der Fonds mit Rechtspersönlichkeit.

Wir sehen auch aus dem Rechnungsabschluß, daß die an die Gemeinden zugewiesenen Finanzzuweisungen, Zuschüsse oder Beiträge an Gemeinden oder Gemeindeverbände eine Summe von S 2.728,312.111,27 ausmachen und sonstige Ausgaben zugunsten oder im Interesse von Gemeinden und Gemeindeverbänden S 1.468,071.141,30, wodurch sich eine Gemeindeförderungssumme sozusagen ergibt von S 4.206,383.252,57. An sich befindet sich der Gemeindeförderungsbericht in den Händen der Damen und Herren Abgeordneten und ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 1996 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der NÖ Gemeindeförderungsbericht 1996 wird zur Kenntnis genommen."

Hoher Landtag! Ich darf auf Grund der Ankündigung des Herrn Präsidenten auch gleich zur Geschäftszahl Ltg. 601/B-40/1 berichten: Die NÖ Landesregierung hat im Sinne des Beschlusses des Landtages von Niederösterreich vom 4. Dezember 1995 die Tätigkeitsberichte der Regionalmanagements dem Landtag von Niederösterreich vorzulegen. Hier haben wir einen umfangreichen Bericht der jeweiligen Regionalmanagements. Man kann sich überzeugen von den Tätigkeiten, die hier in den jeweiligen vier Vierteln sozusagen zum Setzen von Impulsen in Zusammenhang mit der Evaluierung von EU-Mitteln vorgenommen werden. Ich darf daher den Antrag stellen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über den Bericht der Landesregierung betreffend Regionalmanagements, Tätigkeitsbericht 1996 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht 1996 über die Regionalmanagements wird zur Kenntnis genommen."

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, über beide Anträge die Debatte einzuleiten und die Abstimmungen vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich darf Dir, Herr Abgeordneter, danken für Bericht und Antrag für beide Geschäftsstücke. Ich eröffne die Debatte zu all diesen Geschäftsstücken. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Treitler.

Abg. TREITLER (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus!

Der Rechnungsabschluß ermöglicht den Vergleich, ob der Voranschlag, durch Zahlen festgelegt, sich mit dem Ziel, das durch den Rechnungsabschluß dokumentiert wird, deckt. Ich möchte anfangs kurz und prägnant eine geraffte Beurteilung geben. Und zwar in der Form, daß ich erinnere an das Motto, das dem Voranschlag 1996 vorangestellt worden ist. Es hat geheißen: "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen". Der Rechnungsabschluß 1996 bestätigt eindrucksvoll, daß nicht nur das Ziel des Voranschlages, sondern darüber hinaus viele Vorhaben erreicht und verwirklicht worden sind. Aus der Vielzahl der markanten Ergebnisse möchte ich vor allem drei aus einer Reihe von Fakten entnommen herausheben, die diese Darstellung dokumentieren:

Erstens: Der Voranschlag 1996 wurde unter schwierigen Bedingungen erstellt, basierte auf manchen Unsicherheiten, die damals diese Budgeterstellung begleitet haben und mußte nach den in den Jahren vorher erfolgten Vorgriffen das Verhältnis der Steigerungsraten möglichst wieder ausgleichen.

Der im Rechnungsabschluß 1996 erkennbare Sparkurs - das ist eine weitere Feststellung - ist nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Maastricht-Kriterien, sondern erfüllt auch - und das darf ich in Erinnerung rufen - jene Leitlinie, die wir uns durch die Budget- und Finanzvorschau über einen Zeitraum bis zum Jahr 2003 gesetzt haben. Die von mir angesprochenen Unsicherheiten bei der Budgeterstellung 1996 wurden durch den Rechnungsabschluß 1996 ausgeglichen. Wir nähern uns damit wieder den Leitlinien dieser Budget- und Finanzvorschau.

Zweitens: Auch das ist ein markantes Zeichen dieses Rechnungsabschlusses: Der Nettoabgang wurde mehr als halbiert. Das in der Einbegleitungsrede zum Budget 1996 angepeilte Ziel für die nächsten Jahre und Jahrzehnte, sich einen Gestaltungsspielraum offenzuhalten, wurde durch diese deutliche Abgangsreduzierung ebenfalls klar und eindeutig erreicht.

Drittens: Ein drittes markantes Zeichen dieses Rechnungsabschlusses ist, daß Herr Finanzreferent Mag. Freibauer mit dem Rechnungsabschluß 1996 seine eigene Ankündigung, ein Budget zu erstellen, das die Zukunftschancen sichert, nicht nur erreicht hat, sondern auch den Auftrag des Landtages erfüllt hat. Nämlich: Der Nachtrag in der Höhe von rund einer dreiviertel Milliarde Schilling wurde durch Einsparungen bedeckt. Und das positive zusammenfassende Ergebnis ist, daß trotz des konsequenten Spar- und erfolgreichen Konsolidierungsbudgets 1996 wirtschaftliche Impulse gesetzt wurden, daß auch die sozial- und familienpolitische Verantwortung wahrgenommen wurde und daß einmal mehr die erfolgreiche Partnerschaft zwischen den Gemeinden und dem Land Niederösterreich abgestützt worden ist.

Für diese Behauptung darf ich ebenfalls drei Fakten anführen: Erstes Faktum: Die Wohnbauförderung löste ein Investitionsvolumen von nahezu 20 Millionen Schilling aus und sorgte für Beschäftigung im ganzen Land. Zweites Faktum: Kein anderes Land entlastet die Familien und Alleinerzieher durch die flächendeckende Kinderbetreuung ähnlich wie das Land Niederösterreich. Und drittes Faktum: Die Partnerschaft mit den Gemeinden, stets erfolgreich für unsere Landsleute, ermöglichte in allen Gemeinden unseres Heimatlandes Projekte im Hoch- und Tiefbau und erfaßte darüber hinaus alle Lebens- und Investitionsbereiche.

Ich meine also, wir können gemeinsam stolz auf diese Leistungen sein. Niederösterreich war, ist und bleibt die Nummer Eins im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Das beweist einmal mehr der vom Finanzreferenten erstellte Voranschlag und, heute dokumentiert durch den Rechnungsabschluß, eben der zu debattierende Rechnungsabschluß. Das ist aber nicht nur etwas, was wir aus diesem Zahlenwerk herauslesen, sondern dieses ausgezeichnete Zeugnis stellt uns auch das WIFO mit seiner Analyse und den Daten aus. Der mehrseitigen Analyse entnehme ich nur zwei Passagen zur Verdeutlichung dessen, was ich vorher als Nachweis versucht habe darzustellen: "In der Gruppe überdurchschnittlich wachsender Bundesländer hat sich auch Niederösterreich etabliert." Das zeigt eindeutig, daß die Bemühungen unserer verantwortungsvollen Budget- und Finanzpolitik nicht nur durch den Rechnungsabschluß, sondern auch durch Experten anerkannt wird. Ein zweites Zitat: "Zwischen der effektiven Verringerung des Vorjahresabstandes der Arbeitslosenquote und diesem Einfluß der Entwicklung in der Bauwirtschaft auf die Quote besteht ein enger

Zusammenhang. In Wien und Niederösterreich wird der Großteil durch die Bauwirtschaft erklärt." Auch das beweist, daß Niederösterreich auf dem richtigen Weg war und ist, daß nämlich durch diese Investitionen in die Gemeindeerfüllung, in die Bauwirtschaft, in die Wohnbauförderung dieses stolze Ergebnis erreicht werden konnte.

Der Geschäftsbericht 1996 des Arbeitsmarktservices Niederösterreich vermerkt ebenso: "Die niederösterreichische Wirtschaft entwickelte sich 1996 vergleichsweise günstig." Zwei objektive Bestätigungen, die zusätzlich die verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes Niederösterreich dokumentieren. Das niederösterreichische Klima, der konsequente Weg zu ehrgeizigen Zielen und das Bewußtsein, daß in schwierigen Zeiten Tatkraft und Optimismus hier Resignation zu ersetzen haben, sind - so meine ich - tragende Säulen unseres stolzen Erfolges. Die gesamte Bevölkerung bietet mit ihren Leistungen dafür die Grundlagen. Sie schafft die materielle Basis für unsere verantwortlichen Entscheidungen und Investitionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich überfordern Notwendigkeiten die aktuellen und jährlichen Budgets. Ich denke hier unter anderem primär an die Landes-Pensionistenheime, an unsere Krankenanstalten, aber auch an Bildungseinrichtungen des Landes. Die Leasingfinanzierung bietet dafür nicht nur die Chance rasch handeln zu können, sondern auch die Wünsche in den Regionen zum möglichsten Zeitpunkt zu erfüllen. Ich meine daher, daß die Leasingfinanzierung eine verantwortungsvolle und günstige Finanzierungsmöglichkeit ist. Und zwar insofern:

- 1.) Vorhaben sind ohne Zeitverzug und im notwendigen Anlaß- und Bedarfsfall zu errichten.
- 2.) Vergleichsrechnungen weisen eindeutig nach, daß Leasingfinanzierung immer noch billiger ist als die Aufnahme eines Darlehens.
- 3.) Die Tilgung ist auf die Nutzungsdauer dieser Einrichtungen abgestellt. Das heißt, die Investition belastet nicht nur die Errichter-, sondern auch die Nutzergeneration.
- 4.) Und das meine ich auch als sehr wesentlichen Vorteil: Es ist immer noch günstiger, Herr im eigenen Haus zu sein, als die oftmals von Angebot und Nachfrage bestimmten teuren Mieten im Falle von Ein- und Anmietungen akzeptieren zu müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, daher abschließend: Mit dem Voranschlag 1996 war das Motto "Niederösterreich sichert seine Zu-

kunftschancen" verbunden. Die Zahlen des Rechnungsabschlusses 1996, die darauf basierenden Impulse und die Fakten, einschließlich der Leasingfinanzierung, dokumentieren eindeutig, die Zukunftschancen Niederösterreichs sind gesichert! *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Zwischen einem Plan und der Realität besteht in der Regel eine gewisse Diskrepanz, wie das auch mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Treitler, mit anderen Worten festgestellt hat. Ich habe seinen Worten sehr genau zugehört, habe dabei aber festgestellt, daß er sich weniger mit der Diskrepanz im Rechnungsabschluß befaßt, als vielmehr Beurteilungen des Arbeitsmarktservices etc. vorgelesen hat. Ich glaube, daß der Herr Finanzlandesrat uns heute noch, er hat es im Vorjahr auch gemacht, diese Diskrepanz mit einer großen Freude bekanntgeben wird, nämlich daß er den vom Landtag, in diesem Fall von der ÖVP und der SPÖ bewilligten Bruttoabgang von rund 7,6 Milliarden nicht ausgenützt hat. Der Bruttoabgang laut dem Rechnungsabschluß beträgt nämlich 5,093 Milliarden Schilling, was gemäß unserem Herrn Finanzlandesrat, nachzulesen in der Landeskorespondenz vom 13. Mai 1997, das Ergebnis einer vorbildlichen Spargesinnung ist. Wir Freiheitlichen meinen aber, Herr Landesrat, daß dieser Abgang nach wie vor zu hoch ist. Was mich aber wundert, Herr Finanzlandesrat, und was mir aus den Medien aufgefallen ist: Daß Sie sich selbst, ohne den Landtag zu befassen, einen Bruttoabgang von 8,264 Milliarden Schilling laut Voranschlag genehmigt haben. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir im Landtag einen derartigen Bruttoabgang beschlossen haben. Und ich muß schon sagen, daß derartige Aussagen von Ihnen sicherlich nicht dazu beitragen, unser Vertrauen hinsichtlich Budgeterstellung, Budgetvollzug zu stärken.

(Zweiter Präsident Koczur übernimmt den Vorsitz.)

Hohes Haus! Ich meine aber auch, daß man sich nicht nur an den Ziffern der Abgangsreduktion festklammern sollte. Ich freue mich auch über diese Abgangsreduktion. Doch ich glaube, das ist ein bißchen eine gefährliche

Schönfärberei, um über die Realität hinwegzutäuschen. Denn ein Abgang in einer Dimension, die eine Zunahme der Schulden von 23,8 auf 26,7 Milliarden innerhalb eines Jahres bewirkt, ist in einer Zeit, da man der Bevölkerung Sparmaßnahmen auferlegt, die bereits sehr spürbar sind, nicht vertretbar. Denken Sie doch, meine sehr geehrten Damen und Herren bitte daran, daß die Belastungspakete der Bundesregierung zwar Mehreinnahmen für die öffentliche Hand geschaffen haben, daß durch die Belastungen der Regierung aber auch die Armut in unserem Land angeheizt wurde, sodaß heute österreichweit bereits mehr als 100.000 Familien mit rund 270.000 Kindern unter oder nahe der Armutsgrenze leben müssen! Die Belastungspakete der Bundesregierung, Hohes Haus, haben der öffentlichen Hand insgesamt im Jahre 1996 27 Milliarden Schilling Steuer-Mehreinnahmen gebracht, was auch für Niederösterreich die Ertragsanteile mit rund 1,5 Milliarden Schilling aufgefettet hat. In erster Linie waren es daher die Steuerleistungen der Bevölkerung, die es ermöglichen haben, daß der Rechnungsabschluß 1996 gegenüber dem Voranschlag günstiger ausgefallen ist. Und auch das, Kollege Treitler, sollte man beachten. Und ich meine, hier gehört wirklich ein schönes Dankeschön an unsere Mitbürger ausgesprochen und es gehört dies klar und deutlich hervorgehoben.

Ich meine aber auch, daß nicht nur der Brutto- oder der Nettoabgang des Jahres 1996 aussagefähige Zahlen über den Zustand unserer Landesfinanzen sind. Es gibt vielmehr auch andere Eckdaten, die beweisen, daß eben zahlreiche Aussagen der Regierungsmitglieder, insbesondere der ÖVP, bei Pressekonferenzen bzw. in der Öffentlichkeit als Schönfärberei zu qualifizieren sind. So betragen, ich habe es schon erwähnt, die Finanzschulden mit 31. Dezember 1996 rund 26,740 Milliarden Schilling. Nicht enthalten in diesem Betrag sind die sogenannten nicht fälligen Verwaltungsschulden des Landes, die im wesentlichen die Verpflichtungen des Landes auf Grund der Wohnbauförderung und auf Grund der Leasingvereinbarungen umfassen. Bei den Leasingvereinbarungen sind jedoch nur die in Zukunft erforderlichen Kapitaltilgungen enthalten. Diese nicht fälligen Verwaltungsschulden sind im Rechnungsjahr 1996 von 37,3 Milliarden Schilling auf 41,3 Milliarden Schilling, also um rund 4 Milliarden Schilling angewachsen. Es ist sicherlich teilweise gerechtfertigt, diesen Schulden die Darlehensforderungen und die nicht fälligen Verwaltungsforderungen im Ausmaß von 63,7 Milliarden Schilling und einem Zuwachs im Jahre 1996 in Höhe von rund einer Milliarde Schilling gegenüberzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man sollte dabei aber auch beachten, wie ich es aufgezeigt habe, daß die Schere zwischen den Zuwachsraten, zwischen den nicht fälligen Verwaltungsschulden und den Darlehensforderungen von Jahr zu Jahr weiter aufgeht. Und daß auch die unterschiedlichen Laufzeiten zwischen den Schulden und den Forderungen gegen eine bedingungslose Aufrechnung dieser zwei Zahlen sprechen. Die Schere bei den Verbindlichkeiten geht mit 4 Milliarden auf, die Schere bei den Forderungen jedoch lediglich mit einer Milliarde Schilling.

Eine weitere Eckzahl, die von meinem Vordner nicht beleuchtet wurde, gibt auch Anlaß, daß man dem Rechnungsabschluß doch wirklich nicht bedingungslosen Beifall klatschen kann. Es sind dies die Einnahmerückstände und die Ausgabenrückstände. Die Einnahmerückstände sind von Anfang 1996 von rund 345 Millionen Schilling bis Ende 1996 auf 433 Millionen Schilling angewachsen. Im gleichen Zeitraum haben sich aber die Ausgabenrückstände von 527 Millionen Schilling auf 5,831 Milliarden Schilling erhöht. Ich weiß schon, Hohes Haus, daß diese Erhöhung der Ausgabenrückstände um mehr als fünf Milliarden Schilling auf eine EU-budgettechnische Buchungsmaßnahme, die die Landeshauptstadtfinanzierung betreffend, zurückzuführen ist. Nur, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der herrschenden Lehre sind Ausgabenrückstände nun einmal Schulden, was einfach für mich nicht unwesentlich ist. Nicht unwesentlich vor allem deshalb, weil durch diese Darstellung des sogenannten Hauptstadtfonds im Rechnungsabschluß 1996 das bisherige Theoretisieren um einen "Wundertopf" für uns endgültig in sich zusammengebrochen ist.

Ich kann aber auch aus dem Rechnungsabschluß bei der voranschlagsunwirksamen Gebahrung keine positive Entwicklung feststellen, und die gehört auch zum Rechnungsabschluß, da die Schere zwischen den inneren Anleihen und den Rücklagen 1996 kräftig aufging. Wenn ich die Unterdeckung der inneren Anleihen 1995 betrachtet habe, so war die nur 970 Millionen Schilling. Ich sage "nur", weil sie im Rechnungsjahr 1996 auf 4,9 Milliarden Schilling angewachsen ist. Die inneren Anleihen machen 9,5 Milliarden laut Rechnungsabschluß aus, die Rücklagen sind mit einer Höhe von 4,6 Milliarden Schilling ausgewiesen. Und auch diesen Rücklagenbetrag, Hohes Haus, den konnten wir doch nur erreichen - und das weiß der Herr Landesrat Mag. Freibauer sehr genau - indem am 19. November ein Regierungsbeschluß gefaßt wurde, mit dem rückwirkend für

1996 beschlossen wurde, daß der sechsfache Bewilligungsbetrag der jährlichen Basisförderung zweckgebunden einer Wohnbauförderungsrücklage zugeführt und nicht angegriffen wird. Wenn wir diesen Betrag nicht hätten in dem Rücklagenstand, dann wäre die Schere ganz einfach noch viel größer zwischen inneren Anleihen und zwischen den Rücklagen.

Ich rufe in diesem Zusammenhang, Hohes Haus, schon einen Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, nämlich unter der Landtagszahl 189/1994 in Erinnerung. Da hat der Rechnungshof, das dürfte auch den Regierungsmitgliedern noch bekannt sein, festgestellt, ich darf das wörtlich zitieren: Er beanstandet, daß die innere Anleihe Ende des Jahres 1991 die im Rechnungsabschluß ausgewiesenen Rücklagen bereits überschritt. Wie der Rechnungshof weiters vermerkt, wird in Zukunft schon bei Inanspruchnahme der zweckgebundenen, aber bereits durch innere Anleihen beanspruchten Rücklagen eine Schuldaufnahme erforderlich sein. Der Schuldendienst wird künftige Haushalte vermehrt einengen. Soweit der Rechnungshof. Bitte, das vielleicht zur Erklärung, daß in unseren Landesfinanzen die Schere zwischen Rücklagen und inneren Anleihen immer weiter aufgeht.

Was mich aber ganz besonders nachdenklich gemacht hat, ist eine spezielle Rücklage. Das ist die Rücklage Landes-Pensionisten- und Pflegeheime, Haushaltsausgleich, von 170 Millionen Schilling per Ende 1996. Und zwar hat mich das besonders nachdenklich gemacht, weil dieser Rücklagenbetrag insgesamt 11,5 Prozent der Gesamtausgaben des Jahres 1996 in diesen Heimen von rund 1,4 Milliarden Schilling sind. Ich habe das dann ein bißchen genauer untersucht und habe dabei festgestellt, daß in den Pensionisten- und Pflegeheimen im Jahre 1996 Mehreinnahmen von rund 105 Millionen Schilling kassiert wurden und von diesen Mehreinnahmen rund 93,6 Millionen Schilling dieser Rücklage zugeführt wurden. Wenn ich in letzter Zeit sehr viel in den Medien gelesen habe und ja auch im Landtag hier schon über Solidarität - solidarisch in den letzten Wochen von ÖVP und SPÖ gesprochen wurde und diese Worte bei den Damen und Herren der ÖVP und SPÖ in aller Munde gewesen sind, dann würden wir Freiheitliche ganz einfach meinen, daß bei dieser Rücklage Landes-Pensionisten- und Pflegeheime ein Ansatzpunkt gegeben ist, daß Solidarität auch bewiesen wird, indem Heimbewohner und Pflegebedürftige finanziell entlastet werden. *(Beifall bei der FPÖ. - Unruhe bei LHStv. Prokop und Abg. Präs. Ing. Eichinger.)* Das ist wieder Deine Meinung, Herr Präsident.

Das ist die Haushaltsausgleichsrücklage, das hat doch mit dem Bauen wirklich nichts zu tun. Frau Landeshauptmann! Fürs Bauen kassieren Sie ja extra 30,- Schilling.

Ich komme zum Schluß: Wir wissen, daß das nicht nur in Niederösterreich ist, sondern ganz Österreich schreibt oder sitzt in roten Zahlen. Wir haben das aber auch untersucht mit den anderen Bundesländern. Hier hat sich gleich ganz deutlich gezeigt, daß der Schuldenberg bei uns am meisten gewachsen ist. Und wenn, Kollege Treitler, Sie heute verschiedene Gutachten oder Stellungnahmen vorgelesen haben, dann hätte ich Ihnen empfohlen, daß Sie sich einmal die Vermögensrechnung des Landes Niederösterreich, die auch in diesem Rechnungsabschluß in den Nachweisen behandelt wird, angeschaut hätten. Denn erstmals seit Jahrzehnten bitte, ich sage, seit Jahrzehnten, übersteigen die Verbindlichkeiten des Landes - offizielle Zahl 77,1 Milliarden Schilling - unsere Bankguthaben und Forderungen mit 76,9 Milliarden Schilling um rund 200 Millionen Schilling. Ende 1995 war das Verhältnis noch ganz anders. Bankguthaben, Forderungen 73,3 Milliarden Schilling, Verbindlichkeiten 64,7 Milliarden Schilling. Entsprechend dieser Entwicklung im Jahre 1996 sank auch, betriebswirtschaftlich gesehen auch so ausgewiesen, das Eigenkapital von 16,1 Milliarden auf 7,6 Milliarden Schilling. Jeder Betriebswirt, jeder Handelsschüler würde, wenn er das betriebswirtschaftlich betrachtet, sagen, wir haben also 1996 einen Verlust von 8,5 Milliarden Schilling eingefahren. Und, Kollege Treitler, wenn Sie gemeint haben, aus diesem Rechnungsabschluß geht klar und deutlich hervor, daß wir die Vorgriffe, von denen der Herr Landesrat gesagt hat, daß wir sie wieder wett machen müssen, einholen, wir haben 1994, 1995, ich kann mich noch an die Presseaussendungen erinnern - Vorgriffe in die Landeskasse gemacht - dann frage ich Sie, wie Sie mir sagen oder wie Sie dem Hohen Haus begründen können, wie wir diese Vorgriffe wettgemacht haben, wenn wir laut Vermögensrechnung des Landes - offizielle Zahlen - einen Verlust von über 8 Milliarden Schilling eingefahren haben. Wir werden sehen, ob wir diesen Eigenkapitalstand, den wir jetzt noch haben, auch mit dem Rechnungsabschluß 1997 haben werden, oder ob wir zu diesem Zeitpunkt dann bereits ein negatives Eigenkapital haben. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Keusch zu Wort.

Abg. KEUSCH (SPÖ): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich wechsle das Thema und darf zur Landesentwicklung sprechen. Ich möchte aber nicht die in diesem Zusammenhang umfassend vorliegenden Berichte kommentieren, sondern die mir wesentlich erscheinenden Bereiche herausgreifen bzw. einige grundsätzliche Anmerkungen zu diesen Berichten, ein paar Gedanken einbringen.

Wenn die Landesentwicklung als politische Zielsetzung festgelegt ist, so eröffnet man damit eigentlich ein breites politisches Spektrum, wofür es eigentlich in der Umsetzung kein Patentrezept gibt. Insbesondere auch deshalb, weil die regionalen Strukturen Niederösterreichs sehr unterschiedlich sind. Es sind also politische Prioritäten zu setzen und viele von den anwesenden Damen und Herren werden sich noch an diese zutiefst grundsatzpolitische Auseinandersetzung erinnern, die erstens einmal wir Sozialdemokraten in unseren eigenen Reihen geführt haben, die aber auch die großen politischen Parteien damals - wenn ich mich recht erinnere, waren es noch nur zwei in diesem Hause - geführt haben. Nämlich die Debatte, wird es nur eine Landeshauptstadt geben oder soll es auch eine Förderung der Regionen geben. Und es ist gar nicht so selbstverständlich, daß dann ein Konsens zustande gekommen ist. Der Konsens, der in zwei sehr richtungsweisende, einstimmige Landtagsbeschlüsse mündete, nämlich in den Bau einer Landeshauptstadt und in den Beschluß über die Regionalförderung, diese schon zitierten jährlichen 500 Millionen Schilling auf 20 Jahre hinaus, ab dem 11. Jahr valorisiert. Das ist eigentlich aus meiner Sicht, meine Damen und Herren, das Kernstück der Landesentwicklung. Und ich glaube, daß das damals dem politischen Verständnis und auch der gegenseitigen Achtung der beiden Spitzenpolitiker von damals, des Landeshauptmannes Ludwig und des Landeshauptmannstellvertreters Höger zuzuschreiben ist, die diese Situation ohne großen politischen Substanzverlust, kann man heute rückschauend sagen, gemeistert haben. Und die eigentlich eine gemeinsame Strategie entwickelt haben, wie Niederösterreich in die Zukunft geführt werden soll.

Einige Anmerkungen zum Bau des Regierungsviertels: Meine Damen und Herren, mir gefällt nämlich diese Bezeichnung besser. Denn eine Landeshauptstadt kann man nicht einfach inszenieren, die kann man nicht aus dem Boden stampfen, dieses Bewußtsein muß in den Bewohnern wachsen. Das ist in der Stadt St. Pölten in

höherem Maße der Fall als möglicherweise noch im übrigen Niederösterreich. Ich darf aber sagen, daß Bürgermeister Willi Gruber von St. Pölten die Idee der Landeshauptstadt auch von Anbeginn an sehr positiv aufgenommen hat und sich dieser Aufgabenstellung mit großer Ambition gewidmet hat. Und der Erfolg bleibt nicht aus! Man merkt diese Bemühungen im wachsenden Bekanntheitsgrad von St. Pölten und auch in den steigenden Besucherzahlen im Bereiche des Tourismus.

Für eine Landeshauptstadt kann man Voraussetzungen schaffen, meine Damen und Herren. Das ist geschehen. Nämlich mit der Errichtung dieses Landhausviertels und auch durch die Übersiedelung des Landtages und der Landesregierung, und mit den entsprechenden Beschlüßfassungen. In diesem Zusammenhang ist zum Bau selbst zu sagen, die Struktur ist okay. Das Regierungsviertel entspricht den Erfordernissen einer modernen Verwaltung, würde ich aus meiner Sicht behaupten. Der Bau ist gediegen. Es ist kein Prunkbau, ich glaube, auch das kann man feststellen. Es ist ein durchaus zukunftsorientiertes Bauwerk mit der entsprechenden Infrastruktur. Das Steuergeld ist - zumindest aus der heutigen Sicht, es gibt eine begleitende Kontrolle und ich hege die Hoffnung, daß keine Leichen im Keller sind - gut angelegt. An dieser Stelle möchte ich ein Dankeswort an die Beamten richten, die sehr oft mit Improvisieren und durch viel Einsatz und Eigeninitiative diese Anfangsschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Übersiedlung gemeistert haben. Die Übersiedlung ist ja schon seit vorigem Jahr im Gang und mußte zu einem Zeitpunkt erfolgen und begonnen werden, zu dem vieles in dem Bereich des Regierungsviertels noch nicht fertig war. Sie haben damit die Anlaufschwierigkeiten im wesentlichen Maße zu überbrücken geholfen. Inzwischen hat es auch bereits einen von uns Sozialdemokraten inszenierten Tag der offenen Tür gegeben. Wir waren die erste politische Gruppierung, die eine derartige Veranstaltung abgehalten hat. Und auch diese Veranstaltung hat bewiesen, daß das Interesse der Bevölkerung groß ist, daß das Regierungsviertel akzeptiert und angenommen wird. Und der Effekt und der Unterschied zu dieser Eröffnungsfeier im Vorjahr war eigentlich der, daß das Regierungsviertel sich doch in höherem Maße in der Fertigstellung befunden hat als vergangenes Jahr im November, als sozusagen die Tage der offenen Tür offiziellerseits durchgeführt wurden.

Meine Damen und Herren! Es ist natürlich völlig unumstritten, daß dieses Megaprojekt Regierungsviertel mit einem Investitionsvolumen von

in etwa neun Milliarden Schilling eine wirtschaftliche Eigendynamik in und um St. Pölten entwickelt. Daß es der Stadt St. Pölten eine neue wirtschaftliche und kulturelle Dimension verleiht. Und daß, und das möchte ich wirklich ernsthaft besonders betonen, daß St. Pölten mit dem Festspielhaus, das hier geschaffen wurde, tatsächlich auch den Anschluß an andere Kulturmetropolen finden wird. Ich möchte nicht behaupten, daß wir plötzlich mit Salzburg in Konkurrenz treten können, aber immerhin gibt es dazwischen ja auch noch Linz. Und das Festspielhaus ist also durchaus eine hervorragend geeignete Infrastruktur um auch auf kulturellem Sektor stärker tätig zu sein.

Diese Feststellung von der wirtschaftlichen Dynamik in und um St. Pölten ermöglicht mir jetzt den Übergang zur Regionalförderung. Man soll, meine Damen und Herren, nicht übersehen, daß ja jede Medaille auch eine Kehrseite hat und daß diese zentralisierten Investitionen in St. Pölten natürlich auch eine gewisse Sogwirkung auf vielleicht wirtschaftlich schwächere Regionen ausüben und dadurch auch Negativtendenzen, Abwanderung, Kaufkraftabfluß unter Umständen verstärken oder beschleunigen. In der Aktuellen Stunde ist ja sehr ausführlich darüber debattiert worden. Gerade das Gegenteil will Niederösterreich mit der Regionalförderung bezwecken. Die Regionalförderung soll eigentlich für die strukturschwächeren Regionen eine Stärkung bedeuten. Nämlich daß aus den Regionen Projektideen und Projekte realisiert werden, aufbereitet werden, umgesetzt werden, und daß die Regionalförderung eigentlich auf den in den Regionen vorhandenen Ressourcen aufbaut. Sehr wesentlich erscheint mir, daß die vor elf Jahren beschlossene Entwicklungsstrategie für Niederösterreich, nämlich die Regionalförderung, eigentlich komplett in die Förderphilosophie der Europäischen Union, nämlich die EU-Regionalpolitik, paßt. Und daß das NÖ Regionalförderungsprogramm in die EU-Programmplanungen für die Ziel 2- und Ziel 5-Gebiete integriert werden konnte.

Die Bilanz der Regionalförderung in Niederösterreich, seit sie inszeniert bzw. ins Leben gerufen wurde, seit den letzten 11 Jahren, können Sie nachlesen. Es wurden nicht ganz 600 Projekte beschlossen, eine Förderungssumme von 3,5 Milliarden Schilling dafür bereitgestellt. Diese 3,5 Milliarden Schilling bewirken ein Investitionsvolumen von knapp 12 Milliarden Schilling. Allein im Jahr 1996 konnten 32 Projekte beschlossen werden mit einem Förderungsvolumen von 147 Millionen Schilling, die ein Investitionsvolumen von 731 Millionen Schilling in Bewegung setzten. Vielleicht ist

es interessant - das ist im Bericht nachzulesen - daß nach Regionen gesehen das Industrieviertel mit 1,54 Milliarden die höchsten Förderungen erhielt und daß das obere Waldviertel die höchste Förderung je Einwohner, nämlich pro Kopf 4.500,- Schilling erhalten hat. Und auch, daß 80 Prozent der geförderten Projekte in EU-Zielgebieten liegen. Und vielleicht noch, um sich das Verhältnis besser verdeutlichen zu können - und das ist sehr imposant - daß die Regionalförderung, das heißt die eingesetzten Förderungen fünfmal so hohe Investitionen auslösen.

Damit man sich etwas vorstellen kann einige Leitprojekte: Ich möchte als ein ganz wesentliches Projekt das Industriezentrum West, das in Ennsdorf gekoppelt mit dem Ennshafen entsteht, nennen. Den schon heute angesprochenen Wirtschaftspark Gmünd als Lösungsansatz für eine grenzüberschreitende Kooperation, das Projekt NÖ Eisenstraße oder den Naturpark Kamptal, auch den Ausbau des Radwegenetzes. Diese Liste wäre, Sie können es ja im Bericht nachlesen, noch beliebig fortzusetzen mit kulturellen Projekten, mit Wirtschaftsprojekten und so weiter.

Aus meiner Sicht wäre im Zusammenhang mit dem Thema Landesentwicklung noch die Abschaffung der Landesumlage anzuführen. Diese knappe Milliarde bleibt in den Gemeinden und die Gemeinden sind ja bekanntlich die größten Investoren. Also dieses Geld wird auch gut angelegt und dient im weitesten Sinne der Landesentwicklung. Die Wohnbauförderung oder die Wohnbautätigkeit ist zu nennen. Dieses Modell der vergangenen fünf Jahre mit 20.000 Wohnungen wird fortgeführt. Ich erwähne das Ausbauprogramm für Pflegeheime, für Berufsschulen und den Bau von Sozialzentren oder Seniorenwohnungen. Ich meine, die Bilanz kann sich eigentlich sehen lassen. Es ist vieles gelungen. Ich bin mir schon darüber im klaren, daß die Regionalförderung keine Berge versetzt. Aber ich komme dann zum Schluß schon noch darauf, worum es denn da wirklich geht. Und vieles ist ja bei dieser so vielschichtigen Debatte und Darstellung der Grenzlandprobleme heute schon zum Ausdruck gebracht worden.

Ich möchte noch kurz auf den Bericht der Regionalmanagements eingehen und zwei Aspekte herausgreifen. Zwar meine ich, daß am Bericht deutlich zu erkennen ist, wie positiv sich der große zeitliche Vorsprung des Waldviertel-Managements auswirkt. Schließlich konnte der Regionalmanager Dipl.Ing. Kastner auf seine Vorarbeit als Landesbeauftragter nahtlos aufbauen.

Und ich meine und ich habe mich auch selbst bei einem persönlichen Besuch überzeugen können, es gibt ein höheres Problembewußtsein bei der Bevölkerung, eine höhere Projektakzeptanz, eine optimale Organisationsstruktur, hochwertige Projektideen und auch maßgebliche Vermarktungserfolge. Da ist natürlich eine zeitliche Komponente, die man zu berücksichtigen hat.

Auf der anderen Seite gibt es als jüngstes Regionalmanagement jenes des Mostviertels, wo die Bestellung des Landesbeauftragten damals zeitlich in etwa mit dem EU-Beitritt zusammengefallen ist und dieser dann umbenannte Landesbeauftragte als Regionalmanager zu Beginn einmal die Millenniumsveranstaltungen zu bewältigen hatte. Und das hat die Arbeitskraft ein ganzes Jahr in Anspruch genommen. Und daher kann das Mostviertel-Regionalmanagement auch noch nicht mit spektakulären Erfolgen aufwarten. Es gibt allerdings eine Reihe von zukunftsorientierten Projekten wie die Errichtung eines RIZ mit angeschlossener Betriebsansiedlungszone. In dem Zusammenhang ist ja in Niederösterreich etwas in Bewegung. Es ist ja eine Holding als Dachgesellschaft für die zu gründenden regionalen Innovationszentren beschlossen worden und in Gründung befindlich. Wir - und jetzt sage ich wir, weil ich mich für das Regionalmanagement Mostviertel als Mitglied des Regionalverbandes mitverantwortlich fühle - wir versuchen, die Initiativen der NÖKOM zu fördern, die ja bis zum Jahresende mit ihren Lichtwellenleitungen in jeder Bezirkshauptstadt sein möchte, die ganze Region telekommunikativ zu erschließen. Es soll eine Aus- und Weiterbildungsinitiative geben, Tourismusprojekte, die Landwirtschaft nimmt im Regionalverband breiten Raum ein, und andere Projekte sind in Überlegung.

Insgesamt ist zu sagen, daß die Regionalisierung im Zusammenwirken mit den Regionalmanagements eine weitere Komponente der Landesentwicklung ist. Und das Bedeutende daran und das Wichtige, was mir daran so wichtig erscheint ist, daß das Regionalmanagement, der Regionalverband eigentlich von einer breiten Basis getragen wird. Die Basis für den Regionalverband sind die Gemeinden. Und daraus würde ich ableiten, daß die Projektideen, die im Regionalverband besprochen werden - hoffentlich auch realisiert werden - eigentlich den Intentionen der Bevölkerung entsprechen und auch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung genießen. Das heißt also im Umkehrschluß, daß es keinesfalls einer politischen Zwangsbeglückung gleichkommt, was ich für sehr, sehr wichtig halte.

Ich habe gesagt, mit ist klar, daß die Regionalförderung keine Berge versetzt. Natürlich, es ist heute in der Diskussion bei der Aktuellen Stunde zum Ausdruck gekommen, daß alle diese Initiativen eingebettet sind in die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die für Österreich natürlich die weltweiten Rahmenbedingungen sind. In diesem Spektrum kann man regionale, kann man lokale Steuerungsinstrumente umzusetzen versuchen. Dennoch meine ich, hat die Landesentwicklung eine erfolgreiche Bilanz aufzuweisen mit der Regionalisierung, mit dem Bau des Regierungsviertels oder der Landeshauptstadt, wenn man so will, die sie hoffentlich werden wird im Bewußtsein der Menschen, und mit den Regionalmanagements. Und ich glaube, daß sich dieses Instrument der Politik als Steuerungsinstrument für die Entwicklung Niederösterreichs bewährt hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Präsident Ing. Eichinger.

Abg. Präs. Ing. EICHINGER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir begehen heute ein Jubiläum: Die 50. Landtagssitzung in der XIV. Gesetzgebungsperiode. Und es ist wahrlich ein erhebendes Gefühl, wenn man zum ersten Mal hier als Abgeordneter von diesem Rednerpult aus in diesem unserem Bundesland steht, in der eigenen Landeshauptstadt, hier in diesem neuen Landtagssitzungssaal. Ja, ich würde sagen, man kann stolz auf die Heimat sein. Auf die Bürger dieses Landes, die mit ihrer Abstimmung ihre eigene Landeshauptstadt ermöglicht haben, und auf die Politiker, die Mut bewiesen haben und die so diesem Bundesland Niederösterreich einen besonderen Wirtschaftsschub, einen besonderen Impuls gegeben haben.

Der von der Landesregierung jährlich vorzulegende Bericht über die Landesentwicklung ist wirklich ein Spiegelbild, ist wirklich die "Erfolgsstory Niederösterreich". Der Bericht, der in drei Kapitel geteilt ist, in die Landeshauptstadt, in die Regionalisierung und in die Dezentralisierung, gibt uns ausgezeichnete Gelegenheit, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, die hervorragende Entwicklung unseres Bundeslandes Niederösterreich zu dokumentieren und wiederzugeben. Zum letzten Bericht der Landesregierung habe ich noch in Wien in dem historischen Sitzungssaal über die Landesentwicklung gesprochen. Damals verwendete ich noch sehr oft die

Worte, es wird sein, es wird werden, und dann wird eröffnet werden. Heute können wir mit Fug und Recht und voll Stolz feststellen, daß diese angegebenen und vorgegebenen Termine pünktlich eingehalten werden konnten und daß wir am 21. Mai - Herr Kollege, voriges Jahr wurde das in Frage gestellt - die Landeshauptstadt eröffnen konnten. *(Abg. Gratzler: Aber schon mit einem halben Jahr Verspätung! Also so ist das ja nicht!)* Nein, bereits voriges Jahr wurde der 21. Mai 1997 festgelegt. Wir freuen uns, daß dieser Termin über ein Jahr hinweg eingehalten werden konnte.

Diese erste Sitzung im neuen Landhaus gibt uns aber auch die Gelegenheit, die wirtschaftlichen Daten über unser Bundesland als selbstbewußte Bürger dieses Landes, die mit ihren Leistungen diesen Aufschwung geschafft haben, zu dokumentieren. Qualität und Bürgerservice ist hier in dieser neuen Landeshauptstadt angesagt. Und mein Vorredner hat es bereits gesagt, wir fühlen uns wohl hier. Hier können die Bürger einfach und unkompliziert zu den Beamten gehen, die Verwaltung in Anspruch nehmen, die Politiker sprechen. Die Landeshauptstadt St. Pölten ist das geworden, wie wir es gemeinsam wollten: die Hauptstadt der Bürger.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! "Ein Land ohne Hauptstadt ist wie ein Gulasch ohne Saft." Vor zehn Jahren zierte dieser Slogan die Plakatwände in Niederösterreich. Jetzt ist angerichtet. Das Gulasch hat Saft und das Land hat seine Hauptstadt! Mit Erfolg für die Bürger, gemeinsam mit den Bürgern dieses Landes. Dieses Hauptstadtprojekt ist wirklich ein imponantes Beispiel für politischen Mut und für föderalistisches Selbstbewußtsein. Das haben wir damit an den Tag gelegt. Es geht hier neben handfesten wirtschaftlichen Daten auch um eine geistige Botschaft, um unsere Identität in diesem Bundesland Niederösterreich. Es geht aber auch weit über die Grenzen hinaus um ein sichtbares Zeichen einer dynamischen europäischen Zukunftsregion, um unser Niederösterreich.

Geschätzte Damen und Herren! Vor über 11 Jahren war es ein Landeshauptmann Siegfried Ludwig, der die Diskussion über die eigene Landeshauptstadt begonnen hat und so mit seiner Vision, die die Bürger bei der Abstimmung positiv beurteilt haben diese enorme Entwicklung eingeleitet hat. Aber auch der damalige Raumordnungsreferent, unser heutiger Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll hat mit der Regionalisierung, Dezentralisierung und mit der Neugliederung der Raumordnung in diesem Bundesland entscheidend die Weichen für die

Zukunft gestellt. Heute wissen wir, daß alle Landesbürger und unser Bundesland die großen Gewinner dieser gemeinsamen Idee, dieser Umsetzung dieses gemeinsamen Wollens sind.

Was hat sich in den vergangenen 11 Jahren in dieser Stadt St. Pölten an wirtschaftlichen Tätigkeiten ergeben, welcher Aufschwung ist hier festzustellen? Milliardenbeträge sind in die NÖ Wirtschaft geflossen. Über 80 Prozent der Wertschöpfung ist in unserem Bundesland Niederösterreich geblieben. Die Entscheidung des Landes, die Hauptstadt St. Pölten zu errichten, hat auch viele Behörden, Banken und Firmen dazu bewogen, ihre Zentralen in unserer neuen Landeshauptstadt zu errichten. Das alles konnte tausende Arbeitsplätze schaffen.

Den deutlichsten Beweis für den Erfolg der Landeshauptstadt liefert uns die Statistik der Finanzlandesdirektion. Aus dieser Statistik ist abzulesen: Von 1994 auf 1995 ist im Bezirk St. Pölten das Steueraufkommen von 2,6 Milliarden auf 3,5 Milliarden gestiegen. Und von 1995 auf 1996 von 3,5 Milliarden auf S 4.564.000.000. Das ist ein Plus von über 30 Prozent. Hoher Landtag! Das ist ein Ergebnis, auf das wir gemeinsam stolz sein können! Wir liegen damit im Bezirk St. Pölten österreichweit an der Spitze. Ich glaube, das soll uns beflügeln und das soll uns sagen, daß wir vor unsere Bürger hintreten können, daß diese Entscheidung und die Arbeit der Bürger entsprechende Früchte für unser Bundesland getragen haben.

Ich glaube, diesen eindrucksvollen Zahlen ist nichts mehr hinzuzufügen. Die Erfolgsstory Landeshauptstadt hat sicher einen starken Partner - die Regionalisierung. Und wenn mein Vorgänger schon gesprochen hat von den Beträgen aus der Regionalisierung, die in unsere Gemeinden geflossen sind, dann ist zu wiederholen, es sind die Gemeinden, die die wesentlichsten Investoren sind. Und die Gemeindevertreter, die ich gesehen und gesprochen habe, die sagen von sich, die Gemeinden sind auch wesentliche Auftraggeber und Arbeitgeber. Die Lohnsumme der NÖ Gemeindebeamten macht alleine über 5,5 Milliarden aus. Auch mit diesen Zahlen kommt die Bedeutung der Gemeinden sicher zum Ausdruck.

Nach einer umfangreichen und übersichtlichen Gliederung der Landesentwicklung, die wir dem Bericht entnehmen können, darf ich hier sagen, daß mit dieser Regionalisierung die Gesellschaft ECO-PLUS, die regionale Entwicklungsagentur Niederösterreichs, beauftragt wurde, hier ein Regionalförderungsprogramm durchzu-

führen. Vor 35 Jahren entstand der erste Industriepark Österreichs im Industriezentrum Niederösterreich-Süd in Wr. Neudorf. Heute sind dort 300 Betriebe angesiedelt mit über 8.500 Beschäftigten, der größte Industriepark Europas. Und Leute, die die Erfahrung dieser Entwicklung mitbringen, sind, glaube ich, auch bestens prädestiniert, in allen anderen Teilen unseres Landes Industrieparks und Wirtschaftsparks zu errichten. Wenn wir heute sieben derartige Wirtschaftsparks haben, so können wir, glaube ich, mit Freude feststellen, daß in diesen Wirtschaftsparks innovative wertschöpfungsintensive Unternehmen angesiedelt werden konnten. In den letzten zehn Jahren wurden mit Hilfe von ECO-PLUS 580 Betriebe angesiedelt in Niederösterreich und etwa 15.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Im Jahr 1990 wurde ECO-PLUS auch mit einer weiteren Aufgabe betraut. Nämlich, in den Wirtschaftsparks Überlegungen anzustellen, wie wir junge Unternehmer gewinnen können, selbstständig zu werden. Es wurde mit dem Innovationszentrum RIZ in Wr. Neustadt begonnen. Und heute können wir feststellen, daß diese Vorgangsweise eine gute Vorgangsweise ist, und daß sie dazu beigetragen hat, daß wir eine Reihe von jungen Unternehmern gefunden haben, die bereit sind, mit diesen Starthilfen das Wagnis eines Unternehmertums einzugehen und so Arbeitsplätze geschaffen haben.

Wenn wir zuerst bei der Aktuellen Stunde auch über die Grenzregionen gesprochen haben, muß man sagen, auch hier wirkt sich unsere Regionalisierung positiv aus. Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg hat es ja gesagt: Mit 1,3 und 1,5 Prozent Zuwachs an Beschäftigten in diesen Regionen sind das die Regionen mit dem meisten Zuwachs. Und hier ist zu nennen Gmünd, Heidenreichstein, Poysdorf. Hier haben wir viele Unternehmen unterstützt, die sich in diesen Regionen ansiedeln, weil wir glauben, daß ein besonderer Schub und eine besondere Unterstützung dort notwendig ist. Und ich darf der Frau Abgeordneten Rosenkranz sagen, was sich im Waldviertel getan hat, ist Ergebnis einer konstruktiven, positiven Regionalpolitik, die das Land Niederösterreich betreibt.

Als besonders erfolgreich und wirtschaftsbelebend hat sich auch das NÖ Beteiligungsmodell ausgewirkt. In 130 Betrieben konnte positiv abgeschlossen werden. Ein Beteiligungskapital von 788 Millionen ist dafür zur Verfügung gestellt worden. Es wäre jetzt verlockend, von den vielen erfolgreichen Abschlüssen zu berichten, die es hier gibt. Ich glaube, wir können diesen Damen

und Herren, die dafür Verantwortung tragen, die sich hier einbringen, ein aufrichtiges Dankeschön sagen.

Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Wenn Niederösterreich in den Wirtschaftsdaten in den letzten Jahren immer an erster Stelle aller Bundesländer gelegen ist, dann ist das sicher auf die konzeptive, weitblickende Wirtschaftspolitik und auf die besondere Berücksichtigung der Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Bundesland zurückzuführen. Wir wissen alle, daß die "Ware Arbeit zu wenig am Markt" ist. Ich habe schon öfter bei Landtagssitzungen diesen Ausspruch getätigt von der "Ware Arbeit". Umso wichtiger ist es, daß wir uns bemühen, hier auch vom Land her impulsgebend aktiv tätig zu sein. Ich darf der Frau Landeshauptmannstellvertreter Liese Prokop herzlich Danke schön sagen. Ob es die Lehrerbörse ist, die heuer 112 Junglehrern, die keine Anstellung finden konnten, eine Beschäftigung vermittelte - im nächsten Jahr wird das ausgedehnt auf 150 Personen - ob es der Verein "Jugend und Arbeit" ist, wo gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice die "Job 2000-Aktion" gestartet wird, die 200 jungen Leuten oder Langzeitarbeitslosen die Möglichkeit bieten wird, eine Beschäftigung zu finden, oder ob es die neue Aktion ist, die in Kürze starten wird, "Job-up", von der wir glauben, daß wir 400 jungen Akademikern oder Maturanten die Möglichkeit geben können, Berufserfahrung zu sammeln und in das berufliche Leben einzusteigen. Die Veränderung am Beschäftigungsmarkt zwingt uns glaube ich, neue Modelle zu finden. Nicht nur die Betriebe entsprechend zu unterstützen, sondern auch vom Land her Modelle zu unterstützen, wie eben die Maßnahmen im Rahmen des RIZ, wo wir junge Unternehmer ermutigen, sich hier einzubringen und das Wagnis der Selbständigkeit einzugehen. Wir liegen in Österreich in der Statistik mit 6,5 Prozent an Selbständigen am untersten Level aller Staaten Europas. Das heißt, hier braucht es viel Mut, daß wir junge Leute ermutigen und hier denke ich vor allem auch an Abgänger von Fachhochschulen, die hier als Unternehmer in Zukunft tätig sein werden. Wir glauben, daß es eine große Chance für Niederösterreich ist, von unserer geographischen Lage her zum europäischen Markt, zur EU, aber auch hin zu den neuen Demokratien im Osten, daß hier gerade das Unternehmertum und die Hilfe zur Gründung von neuen Betrieben eine besondere Bedeutung hat.

Der dritte Bereich in unserem Bericht über die Landesentwicklung ist der Dezentralisierung gewidmet. Ich glaube, daß diese Dezentralisierung

gerade für eine Neustrukturierung unserer Landesverwaltung ein wesentlicher Bereich ist. Allein im Jahre 1996 war es möglich, 154 Vertragsbedienstete und Beamte von Wien in die Bezirkshauptmannschaften hinaus zu verlegen, um hier eben näher beim Bürger, direkt am Bürger agieren zu können und dem Bürger auch in vielen Bereichen die Fahrt in die Landeshauptstadt zu ersparen. In den Bereichen Wohnbauförderung, Tourismus, Vermessung, Raumordnung, Wasserrecht, Umweltschutz, der Agrarbehörde oder der Gebietsbauämter haben wir, glaube ich, gezeigt, daß Bürgernähe uns ein Anliegen ist und daß die Verwaltung im Rahmen dieser Dezentralisierung näher beim Bürger voll erfüllt werden kann. Alle diese Abteilungen, glaube ich, haben auch bewiesen in ihrer Arbeit, daß Demokratie nicht etwas Langatmiges, etwas Schwieriges sein muß. Sondern daß es hier rasch zu entscheiden gilt. Und diesen Gedanken wurde auch im Rahmen dieser Dezentralisierung eben entsprochen.

Die hervorragenden Daten, die wir vorfinden, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, sollen uns nicht ruhen lassen. In dieser sicher sehr schwierigen Zeit ist Politik gefordert. Ist Mutmachen gefordert und nicht Miesmachen, wie es leider viel zu oft geschieht. Die Chance, unserem Bundesland Niederösterreich diesen hohen Lebensstandard, die hohe soziale Sicherheit, unseren Wohlstand zu erhalten, ist nur dann gegeben, wenn wir auch in Zukunft zusammenarbeiten, wenn wir das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Diesen Appell möchte ich hier bei meiner ersten Wortmeldung in diesem neuen, schönen Landtagssitzungssaal an Sie richten. Der vorliegende Bericht über die Landesentwicklung ist ein gutes Zeugnis für eine konzeptive, langfristige Planung, für eine zügige Umsetzung, für ein zukunftsorientiertes Projekt für unser Bundesland Niederösterreich. Die ÖVP wird diesen Bericht gerne zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als nächstem Redner erteile ich das Wort Herrn Klubobmann Gratzner.

Abg. GRATZER (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf ein paar Worte zur Landesentwicklung sagen. Der Herr Präsident Ing. Eichinger hat schon sehr viele salbungsvolle Worte eingebracht. Selbst der Übersiedlungstermin war zeitgerecht und pünktlich. Das ist natürlich schon gefährlich, wenn der Chef der NÖPLAN hier sitzt, der noch weitere Planungen vornimmt, wenn man ihm von hier aus sagt, daß er trotz eines Dreivierteljahres

Verspätung pünktlich war. (Abg. Präs. Ing. Eichinger: *Du hast voriges Jahr gesagt, der 21. Mai 1997 wird nicht halten!*)

Ich weiß, daß das mit dem Wetter und dem strengen Winter schwierig war. Aber wenn ein Dreivierteljahr Verspätung pünktlich ist und ein Planer hört das aus beruflichem Munde, nämlich vom Präsidenten, ist das gefährlich für zukünftige Projekte. Ich glaube, man sollte nicht von vornherein derartige Dinge als normal hinstellen. Das war doch eher die Ausnahme, daß es der 21. Mai 1997 geworden ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Nun, der Herr Abgeordnete Keusch hat ja schon sehr viel zu den Projekten selbst und zu den Zahlenangaben vorgetragen, sodaß ich mich auf wenig beschränken kann. Überhaupt einmal zur Gestaltung: Ich bin mir nicht sicher, ob alle diesen Beitrag zur Landesentwicklung auch durchlesen. Es ist wahnsinnig schwer, wenn man sich das anschaut, von Jahr zu Jahr, um jetzt wirklich vergleichen zu können. Man verwendet vor allem in den Teilen A und B unterschiedliche Vorgangsweisen. Einmal gibt es wieder einen Rückblick bis 1986 bei ECO-PLUS, im vergangenen Jahr war es nur ein Jahresbericht, dann wird er auf einmal wieder um viele Seiten dicker. Man hat es unheimlich schwer, wenn man hergehen möchte und Vergleiche ziehen. Doch Landesentwicklung heißt ja auch vergleichen mit dem vergangenen Jahr. Und wenn man sich jetzt die Berichte anschaut, dann ist es sehr schwer, wenn man sich als Abgeordneter die Zeit nehmen möchte, das wirklich zu vergleichen von einem Jahr auf das andere. Vielleicht könnte vor allem für die Teile A und B, also NÖPLAN und ECO-PLUS hier vielleicht eine neue Vorgangsweise gewählt werden. Denn die Beilagen C, D und E, muß man sagen, sind leicht lesbar und übersichtlich.

Da kommt es zum Beispiel vor, es ist ganz interessant, wenn man etwas sucht, das Kapitel "Übersiedlerwohnungen fertig". Das ist im Jahre 1995 unter der Überschrift "10. Wohnungsbau" dann als Unterkapitel "Übersiedlerwohnungen fertig". 1996 findet man dasselbe Kapitel unter Tourismus. Man weiß nicht, weshalb. Aber ich sage, es ist schwierig zu finden. Dafür finden wir heuer bei Tourismus eine sehr interessante Aussage, daß in St. Pölten der Tourismus so zugenommen hat im Jahre 1996 und daß das als großes Plus verzeichnet wird. Ich habe mich bei der zuständigen Abteilung erkundigt. Die sagen, selbstverständlich, weil die Bauarbeiter, die jetzt hier sind in St. Pölten, auch da drinnen sind und halt auch in die Tourismusstatistik fallen. (Abg. Lembacher: *Aber schon auch die Besucher!*)

1996 waren noch nicht so viele Besucher hier. Das hat heuer begonnen, 1996 noch nicht. Auf alle Fälle sind im Kapitel Tourismus selbstverständlich auch die Bauarbeiter, die da über lange Jahre, wir wissen es ja - gegenüber von unserer Geschäftsstelle haben immer die Italiener gegessen und auch gewohnt. Es waren sehr freundliche Menschen. Die haben da gewohnt und haben diese schönen, ich glaube zusätzlichen neun Prozent an Tourismuswachstum von St. Pölten zuwege gebracht. Ich glaube, das sollte man auch, wenn solche Berichte geschrieben werden, doch ein bißchen beherzigen, weil es ja nicht gerade Ausdruck der Landesentwicklung ist und Ausdruck der Landeshauptstadt.

Es ist überhaupt beim Thema Wirtschaftseffekte - es ist schon ein bißchen schwierig lesbar. Aber ich möchte den Satz nicht vorenthalten, weil der wirklich gut ist und man sofort versteht, worum es geht, wenn man sich um die Wirtschaftseffekte in St. Pölten bemüht: "Vor allem die intangiblen Effekte, das sind solche, die sich grundsätzlich der Rechenbarkeit entziehen, dürften - wie immer wieder behauptet - tatsächlich die rechenbaren - nicht erst in Zukunft - übersteigen." Auf Seite 9 nachzulesen, wer sich den Spaß machen will. Aber wenn man den Satz liest, man weiß wirklich nicht, worum es da gehen kann. Vor allem, man erkennt nicht den Wirtschaftseffekt, der hier erzielt wurde.

Was ich doch sagen möchte, ist, ein Entwicklungsbericht ist sicher notwendig, aber es muß nicht unbedingt eine bewußte Fleißaufgabe im Aufsatzschreiben sein. Man dient sicher damit nicht den Abgeordneten und schon gar nicht den Bediensteten, die diese Arbeit verrichten müssen, weil da ja auch sehr viele Arbeitsstunden drinnen stecken, die im Endeffekt dann wenig bringen.

Zu einigen Bereichen, wo wir ganz einfach die Meinung nicht teilen, die da drinnen preisgegeben wird: Das Festspielhaus ist sicher immer wieder ein Hauptkritikpunkt. Etwa der berühmte Einzugsbereich von den 300.000 Menschen, der da gerühmt wird. Und endlich - wie drinnen steht - wird die kulturelle Lücke zwischen Linz und Wien geschlossen. Wenn man sich die Besucherzahlen so anschaut, ich erinnere an den Bericht der Presse, wo irgendein Orchester sich so gefreut hat, weil es Studioqualität vorfand, weil kaum Besucher drinnen waren. Wir wissen, daß das, was man sich vorgenommen hat, bei weitem nicht eintritt, allerdings die Kosten hier sind.

Als nächstes - "Wiesel-Busse" - wird drinnen die großartige Behauptung aufgestellt, daß die

Wiesel-Busse mehr ausgelastet sind als prognostiziert wurde. Jetzt weiß jeder, der sich die Wiesel-Busse bei Ankunft und Abfahrt anschaut, daß das tatsächlich zutrifft auf die Linien von Wien her. Von Wien her ist das überhaupt keine Frage, da haben sich Bedienstete schon beklagt, weil sie zum Teil stehen müssen im Bus, weil das Platzangebot zu gering ist. Wobei wir da immer die Meinung vertreten haben, daß gerade die Linie, ich sage es einmal unter Anführungszeichen, die "unnötigste" ist, weil man damit der Westbahn Konkurrenz macht. Und es ist traurig, daß man genau mit der Linie, die der Westbahn Konkurrenz macht, die Wiesel-Busse rechtfertigt. Wogegen andere, wir beobachten das, weil sie ja bei unserer Geschäftsstelle vorbeifahren, kaum angenommen werden. Und wenn da aus Gänserndorf im ersten Bus drei drinnen sitzen und im zweiten Bus auch nicht viel mehr als vier, dann muß man sich halt die Frage stellen, ob da wirklich niemand draufkommt, daß man den sieben Leuten sagt, sie sollten vielleicht zur gemeinsamen Zeit fahren und man hätte dadurch eine großartige Einsparung. Nur so als Anhalt oder vielleicht als eine Idee. Weil es wirklich unverständlich ist für jeden, der diese Busse sieht und weiß, daß die ja doch mit Steuergeld auch bezahlt werden. Denn die Gesellschafterzuschüsse, die wir jährlich vom Land Niederösterreich dort hineinbuttern, die sind ja nicht unbeträchtlich. Und wir werden erst sehen, wie sich diese Angelegenheit weiter entwickelt.

Ein Bereich soll auch angesprochen werden, weil ich halt immer das Gefühl habe, wenn man Zahlen in einer gewissen Art darstellt, verfolgt man eine gewisse Absicht. Zum Beispiel ist im vergangenen Bericht bei der Regionalförderung bei den Projekten klar ausgeworfen gewesen der EU-Beitrag, die Kofinanzierung mit 44 Millionen Schilling. Heuer hat man interessanterweise das Jahr 1995 und 1996 zusammengefaßt und kommt auf 71 Millionen Schilling Kofinanzierung. Was natürlich bedeutet, daß im vergangenen Jahr um ein Viertel weniger Kofinanzierung erreicht wurde. Das ist so. Es gibt einen Bericht, es ist nachzulesen. Aber man faßt dann eben zusammen, so wie man eben dann beim Budget ja auch die eigentliche Zahlung an die EU, den EU-Beitrag nicht mehr herauslesen kann, so wie man es zumindest während der ersten zwei Jahre zahlmäßig ganz genau hier vorgetragen bekommen hat. Es scheint halt auch etwas Methode zu bekommen.

Wir werden daher auch diesem Bericht über die Landesentwicklung unsere Zustimmung nicht geben. Weil eben einerseits tatsächlich inhaltliche

Dinge dargestellt werden, wie sie sich für uns nicht darstellen. Und auf der anderen Seite mit einem großen Teil des Berichtes, so würde ich einmal sagen, den Abgeordneten, wenn sie wirklich die Landesentwicklung verfolgen möchten, nicht gedient ist. *(Beifall bei der FPÖ.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluß 1996 des Landes Niederösterreich gibt uns Mandatieren die Möglichkeit, den Budgetvollzug zu hinterfragen und er gibt bisweilen auch sehr interessante Aufschlüsse. Der Budgetvollzug des Jahres 1996 muß zwar unter einem realen Wirtschaftswachstum von etwa 0,7 bis 1 Prozent gesehen werden, wobei aber das Wachstum von den Wirtschaftsforschern etwas höher prognostiziert wurde. Im Budget 1996 waren im ordentlichen Haushalt Einnahmen in der Höhe von rund 41 Milliarden Schilling und Ausgaben in der Höhe von rund 48,5 Milliarden Schilling präliminiert. Es war daher im Voranschlag ein Abgang von S 7.686,331.000,- vorgesehen. Auf Grund des Rechnungsabschlusses ergeben sich Einnahmen in der Höhe von rund 49,7 Milliarden, das sind um rund 8,8 Milliarden Schilling mehr als veranschlagt, und Ausgaben in der Höhe von S 54.813,000.000,-, das sind um rund 6,2 Milliarden Schilling mehr als veranschlagt war. Es ergibt sich daher eine Minimierung des im Voranschlag vorgesehenen Abganges von S 7.086,000.000,- auf S 5.093,000.000,-. Das heißt, daß im Jahr 1996 unter Berücksichtigung der Erlöse aus Schuldauflagen und der Aufnahme einer inneren Anleihe eine Steigerung der Einnahmen erzielt werden konnte. Dem gegenüber steht aber auch im Vergleich zu 1995 ausgabenseitig eine Steigerung um 6,3 Milliarden oder 13 Prozent.

Eine Aufstellung der Mehreinnahmen und Mehrausgaben im ordentlichen als auch im außerordentlichen Budget ist den Damen und Herren in den Unterlagen ausreichend dargestellt. Auf Grund dieser Zahlen ist es unumgänglich notwendig, bei der Erstellung künftiger Budgets zu versuchen, den Abgang noch mehr zu minimieren, was ja, wie wir wissen, auch gemacht wird.

Es ist sicherlich einfach und auch zukünftig möglich, einen Ausgleich des Budgets durch Darlehensaufnahmen - dies ist im Gegensatz zu Städten und Gemeinden bei Bund und Land

möglich - herbeizuführen. Nur wird natürlich bei dieser Vorgangsweise der Schuldenstand beträchtlich erhöht. Man kommt dabei unweigerlich in Dimensionen, denen gegenüber man nicht kommentarlos zur Tagesordnung übergehen sollte. Betrag der Schuldenstand anfangs 1996 noch S 23.858,000.000,-, so wurde er durch Darlehensaufnahmen im Gesamtbetrag von drei Milliarden Schilling sowie durch die Aufnahme einer inneren Anleihe von S 2.093,000.000,- auf S 28.951,000.000,- erhöht. Durch die geleisteten Tilgungsraten in der Höhe von S 2.211,000.000,- vermindert sich der Schuldenstand allerdings wieder auf S 26.740,000.000,-, das sind etwa 48,8 Prozent des Gesamtausgabenrahmens 1996. Mir ist schon klar, daß die vielen Aufgaben, die das Land zu erfüllen hat, ihren Preis haben. Ich hoffe aber doch, daß wenn man den Prognosen der Wirtschaftsforscher Glauben schenken kann, die Konjunktur endlich wieder kräftiger anspringt, sodaß sich Mehreinnahmen über ein erhöhtes Wirtschaftswachstum hereinspielen. Natürlich ist es auch notwendig, ausgabenseitig den Sparstift anzusetzen. Und wie ich den Unterlagen zum Budget 1998 entnehmen konnte, wird dies auch getan. Aber auch hier sind nur gewisse Spielräume auf Grund von vorgegebenen Zwängen möglich. Gerade im Förderungsbereich müssen vermehrt Anstrengungen unternommen werden, um Sinnhaftigkeit und Effizienz noch intensiver zu hinterfragen.

Obwohl die Leasingverbindlichkeiten nicht dem Schuldenstand anzurechnen sind, stellten sie doch einen wesentlichen Faktor im Budgetvollzug dar. Nach Betrachtung der Leasingverbindlichkeiten aller Ressorts ergibt sich eine Summe von zirka 13,5 Milliarden Schilling, die es ab 1997 zu

bedecken gilt. Eine Leasingfinanzierung ist eine von mehreren Varianten zur Finanzierung von Vorhaben, wobei hier öfters die Tilgungsraten inklusive Zinsen günstiger sind als zum Beispiel eine Darlehensvariante. Und bei der Erstellung von Budgets sind auch diese Varianten dementsprechend positiv zu beurteilen.

Zusätzlich muß noch das aushaftende Kapital in den Landesfonds, wie NÖ Wasserwirtschaftsfonds mit 552 Millionen, NÖ landwirtschaftlicher Förderungsfonds mit S 1.253,000.000,- und NÖ Wohnbauförderungsfonds mit S 2.627,000.000,-, das bedeutet von insgesamt 4,4 Milliarden Schilling in Betracht gezogen werden. Aber gerade in diesem Bereich ist die Wirkung für die Baufortschritte bei Siedlungswasserbauten, Wohnbauten und landwirtschaftlichen Projekten keiner Einschränkung unterzogen. Durch diese Fonds wird im Bereich Umwelt, Landwirtschaft und Wohnbau Entscheidendes geleistet. Und ich glaube, hier sind diese Mittel äußerst gerechtfertigt.

Nun möchte ich in Verbindung mit dem Rechnungsabschluß auf das Thema Gemeindeförderung überleiten, das mir äußerst wichtig erscheint. Der Rechnungsabschluß des Landes Niederösterreich für das Jahr 1996 weist ohne Bedarfszuweisungen aus Finanzzuweisungen, Zuschüssen oder Beiträgen an Gemeinden oder Gemeindeverbände eine Summe von 2,7 Milliarden Schilling, und an sonstigen Ausgaben zugunsten oder im Interesse von Gemeinden und Gemeindeverbänden eine Summe von 1,4 Milliarden Schilling aus; insgesamt daher 4,2 Milliarden Schilling. Förderungen, die zur Erfüllung kultureller, sozialer, wirtschaftlicher sowie sonstiger staatspolitischer und gesellschaftspolitischer Aufgaben und sonstige Ausgaben, die aus dem Landeshaushalt zwar nicht direkt an Gemeinden oder Verbände erfolgen, aber durch die Finanzierung von Leistungen oder durch Förderungen eine finanzielle Entlastung und damit im weiteren Sinne eine Förderung bewirken, sind unumgänglich notwendig - auch in der Zukunft. Weiters wird den Gemeinden eine indirekte Förderung durch Verzicht des Landes auf Einnahmen aus den Gemeindeanteilen bei der gemeinsamen Finanzierung der Sozialhilfe zugute kommen. Außerdem wurden für das Jahr 1996 statt 8,3 Prozent nur mehr 2,5 Prozent an Landesumlage einbehalten. Den Gemeinden kamen dadurch 686 Millionen Schilling zugute. Hier wurde eine langjährige Forderung der Sozialdemokratischen Partei erfüllt, wobei 1997 auch diese 2,5 Prozent oder 296 Millionen Schilling

entfallen und den Gemeinden nichts mehr abgezogen wird.

Bei den Fonds mit Rechtspersönlichkeit darf ich den NÖ Schul- und Kindergartenfonds mit einer Summe von 416 Millionen Schilling hervorheben, durch den die Gemeinden in die Lage versetzt werden, durch nichtrückzahlbare Beihilfen und - unter Anführungszeichen - "billige Darlehen" - sie sind ja billig - den vielfältigen Aufgaben in den Kommunen im Schul- und Kindergartenbereich nachzukommen.

Auch im Rahmen der Regionalförderung, die als ein wesentlicher Bestandteil der sozialdemokratischen Landespolitik anzusehen ist, hat die ECO-PLUS-GesmbH im Jahr 1996 gemeinderelevante Regionalförderungsprojekte in der Höhe von 912 Millionen Schilling gefördert.

Die Entwicklungschancen Niederösterreichs liegen in der Vielfalt und Eigenständigkeit der Regionen. Diese zu stärken und zu fördern ist neben Eigeninitiativen der Regionen Gegenstand der Gemeindeförderungspolitik. Ein wichtiger Bestandteil sind ebenfalls durch das Land geförderte Innovations- und Technologiezentren. Alle diese Aspekte müßten zur Erarbeitung neuer Wirtschaftsstrategien herangezogen werden, um in der Zukunft wirklich prosperieren und bestehen zu können. Dazu gehören in Niederösterreich auch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, denen ein hoher Stellenwert beizumessen ist und der weitere Ausbau eines leistungsfähigen, öffentlichen Verkehrsnetzes und moderner Telekommunikationssysteme. Diese Maßnahmen wirken nicht nur auf die Beschäftigung, sondern werden auch die Wettbewerbsfähigkeit Niederösterreichs mitbestimmen. Neue Arbeitsplätze werden heute in zunehmendem Maße von kleinen und mittleren Betrieben geschaffen. Hier sind Förderungsmaßnahmen notwendig, um die Gründung neuer Unternehmen und das Wachstum bestehender Klein- und Mittelbetriebe in den Gemeinden zu fördern, wie etwa eine Verbesserung der Eigenkapitalstruktur durch verstärkte Beteiligungsgarantien und Haftungen für Beteiligungsfonds.

Selten zuvor haben sich die internationalen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens ähnlich stark verändert wie in den letzten Jahren. Diese Veränderungen sind auch an Niederösterreich nicht spurlos vorübergegangen. Nicht nur die Wirtschaftsstrukturen haben sich angepaßt und sie

werden sich noch weiter anpassen müssen. Auch die Institutionen und Instrumente der Wirtschaftspolitik des Landes stehen verstärkt im Wettbewerb. Wir wissen, daß im globalen Konkurrenzkampf auf lange Sicht nur die Leistungen der Menschen eines Bundeslandes zählen. Wir sollten unsere zukünftige Wirtschaftspolitik darauf aufbauen, um so Arbeit, Wohlstand und Stabilität zu sichern, wobei der soziale Zusammenhalt im Mittelpunkt zu stehen hat.

Meine Damen und Herren! Wir haben auf Grund des Rechnungsabschlusses eine Steigerung der im Voranschlag präliminierten Zahlen erfahren, und den Budgetausgleich unter Inkaufnahme der Steigerung der Verschuldung bezahlt. Wie gesagt, das ist auf die Dauer problematisch. Die Problematik dabei ist, daß das Budget in überwiegenden Teilen nicht verändert werden kann, da es sich um Fixausgaben handelt, die zu tätigen sind und die freie Finanzspitze, die dem Herrn Landesfinanzreferenten zur Verfügung steht, der sogenannte Ermessensbereich, relativ klein ist. Wir wollen unserer Bevölkerung natürlich auch weiterhin Leistungen anbieten, in verschiedenen Bereichen, wie im Gesundheitsbereich, Schul- und Kindergartenbereich, Sozialbereich, Ausbildungsbereich und in der Wirtschaftsförderung und vieles mehr. Wir werden nicht umhin können, darüber nachzudenken, wie wir das in der Zukunft zu finanzieren haben. Trotz fallweiser kritischer Anmerkungen darf ich seitens der sozialdemokratischen Fraktion feststellen, daß wir dem Rechnungsabschluß 1996 die Zustimmung geben werden. *(Beifall bei der SPÖ sowie den Abg. Klupper und Hoffinger und LR Mag. Freibauer.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Gansch.

Abg. Ing. GANSCH (ÖVP): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Landtages! Wenn ich heute zu der Thematik der jetzt schon vielfach besprochenen Berichte auch das Wort ergreifen darf, dann tue ich das wirklich sehr gerne. Auch deshalb - und das wurde von fast jedem Redner erwähnt - weil es doch eine Premiere ist, wenn man das erste Mal an diesem Rednerpult des neuen Landhauses steht. Und ich tue das wirklich gerne.

Wie auch in den vergangenen Jahren sind natürlich von den verschiedenen politischen Richtungen mehr oder weniger diese Berichte gelobt oder mehr oder weniger kritisiert worden. Ich habe das auch nicht anders erwartet. Der Herr Abgeordnete Dkfm. Rambossek behauptet, es sei

Schönfärberei und andererseits wird von Klubobmann Gratzner behauptet, ein Informationsüberfluß sei in diesen Berichten gegeben und die Berichte seien zu aufwendig. Wären sie anders, wäre das sicher ein Informationsmangel oder es wäre zu wenig aufwendig. Aber es ist halt so.

Ich glaube, daß die Berichte, die hier vorliegen zum Rechnungsabschluß, Regionalförderungsbericht, Kommunalförderungsbericht, gute Berichte sind. Zum Rechnungsabschluß ist festzustellen, daß ja die Dinge schon gelaufen sind. Der Voranschlag bildet sozusagen die Geleise, auf denen die Lokomotive steht und wir fahren das ganze Jahr mit diesem Fahrzeug darauf und achten möglichst genau, nicht aus den Schienen zu geraten. Und dazu möchte ich schon feststellen, daß unser Finanzreferent einer ist, der wirklich darauf schaut, daß die Lokomotive auf den Schienen bleibt und gerade fährt. Und wenn einmal eine Kurve sein muß, dann so gefestigt, daß die Lok nicht aus dem Geleise springt. *(Abg. Uhl: Nur keinen Tunnel bitte!)*

Das möchte ich hier auch festgestellt haben, ohne Tunnel. Du hast mir ein richtiges Stichwort gegeben. Wir brauchen keinen, höchstens hie und da.

Wir haben in unserer Fraktion eine Arbeitsteilung und meine spezielle Aufgabe ist heute über den Gemeindeförderungsbericht zu reden bzw. Stellung zu beziehen. Und da muß ich schon feststellen, daß die Entwicklung sehr positiv ist für unsere Gemeinden, ohne Schönfärberei. Natürlich sind durch das Sparpaket auch die Abgabenertragsanteile gewachsen, es sind ja Steuergelder. Wenn wir feststellen, daß in Niederösterreich die Abgabenertragsanteile um 15 Prozent gewachsen sind, dann können wir als Gemeindevertreter sagen, es soll uns so recht sein und es ist gut so. Denn das Geld wird ja wieder in die Wirtschaft gesteckt. Die Gemeinden sind ja die größten Auftraggeber in diesem Lande. Und dieser Aufwand, der ausgegeben wird multipliziert sich. Wenn in Niederösterreich diese Bedarfszuweisungen um etwa 15 Prozent höher sind, dann können wir uns wirklich darüber freuen. Natürlich haben auch ein paar Dinge mitgewirkt, die die Situation sich besser entwickeln ließen. Zum Beispiel die Landesumlage. Wir haben uns ja in vorangegangenen Jahren lange darüber unterhalten, wie das vor sich gehen soll: Ein abrupter Abbau oder ein sukzessiver Einbau in die Budgets. Ich glaube, daß der letztere Weg der bessere war. Das hat natürlich auch den Gemeinden, wenn man es so sagt, einen Betrag von 686 Millionen Schilling im Jahr 1996 gebracht.

In diesem Gemeindeförderungsbericht kommt klar zum Ausdruck, daß Gemeindeförderung eine sinnvolle Investition ist, eine wirtschaftliche Investition, aber auch eine Zukunftsinvestition. Synergieeffekte treten hier in sehr hohem Maße auf und das will man ja damit auch erreichen. Die Gemeindeförderung beträgt etwa 12 Prozent des Gesamtbudgets des Landes. Der vorliegende Bericht über die finanzielle Lage der Gemeinden unseres Landes gewinnt auf Grund der allgemeinen Wirtschaftslage für kommunalpolitische Entscheidungen immer mehr Gewicht. Es muß auch weiterhin Ziel der verantwortlichen Politiker sein, die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben entsprechend zu unterstützen.

Die Zahlen noch einmal, aus dem Budget, aus dem Rechnungsabschluß hervorgehend: Gemeindeförderung S 4.206.000.000,-, dazu kommen Bedarfszuweisung von 1,5 Milliarden Schilling und dann die Entlastung durch den schon vorhin von mir erwähnten Entfall der Landesumlage in der Höhe von 686 Millionen Schilling. Es sind in Wirklichkeit den Gemeinden zugute gekommen 6,5 Milliarden Schilling im Jahr für unsere Gemeinden. Und vieles wurde in diesem Jahr auch in Bewegung gebracht. Ein Beispiel: Unsere Gesundheits- und Krankenhausreform ist ja im vergangenen Jahr in die Wege geleitet worden, daß sie mit 1. Jänner 1997 dann auch sozusagen betrieben werden kann. Und es wurde dieser NÖGUS gegründet, der Landestopf, aus dem etwa 12 Milliarden Schilling Gesundheits- und Sozialgelder entsprechend gerecht verteilt werden. Im Gesundheitswesen ist halt eines festzustellen: Man kann hier nicht zu Tode sparen. Sparen würde, wenn es in manchen Bereichen so weitergeht, bedeuten, daß es auf Kosten oder zu Lasten des Patienten geht. Und da müssen wir ein bißchen aufpassen. Ich sage das sehr kritisch, denn so weit darf es halt ganz einfach nicht kommen.

Die Novellierung des Kindergartengesetzes war auch ein wesentlicher Beitrag, um hier zukunftsweisende Dinge zu schaffen. Die Regionalmanagementkonzepte wurden bereits angesprochen. Ich glaube, daß es auch hier zu greifen beginnt. Die vier Regionalmanager sind bestellt in den vier Vierteln und die Projekte, die jetzt tatsächlich schon in der Verwirklichungsphase sind, lassen sich auch von der Zahl her wirklich sehen. Ich kann aus unserem Mostviertel sagen, daß auch die Zusammenarbeit der politischen Kräfte in diesen Vereinen wirklich gut ist. Ich denke und ich stehe nicht an, es hier zu sagen, Edi Keusch ist wirklich ein ehrlicher Kämpfer. Wir sind gemeinsam im Vorstand und wir werden das auch mitein-

ander durchziehen. Ich sage das ganz bewußt, weil manchesmal auch ein bißchen Lob durchaus nicht schadet. Wenn in der konkreten Umsetzung bitte wir im Mostviertel 60 Projekte in der Ausführung haben und in Niederösterreich-Süd sind es 62, im Waldviertel 90 und im Weinviertel 40, dann kann man sagen, das ist ein Ergebnis, auf das wir stolz sein können. Gerade aus dieser Regionalentwicklung kommt sehr, sehr viel. Ich sage immer, daß diese Einrichtungen geschaffen wurden, um auch EU-Gelder zu lukrieren. Diese Regionalmanagements sollen ja der Kanal sein, in den alle Aktivitäten der Regionen zusammenfließen. Und von hier soll es mehr oder weniger gebündelt weitergegeben werden. Und ich glaube, das wird auch von der Bevölkerung verstanden.

Die Umsetzung der verschiedensten Konzepte, die ausgearbeitet werden durch oder mit den Regionalmanagern, spielt sich ja letztlich in den Gemeinden ab. Und da schließt sich wieder der Kreis. Die Regionalverbände müssen wie in vielen Dingen die Lokomotiven für die Planung, aber auch für die Umsetzung sein. Weiters haben die Regionalverbände in bezug auf EU-Projekte die Koordinierung vorzunehmen. Das muß einmal ganz klar festgestellt werden, um diesen Aufgabenbereich auch zu umreißen.

Ich glaube, daß die vorliegenden Berichte, vor allem der Gemeindeförderungsbericht wie auch die beiden anderen sehr deutlich zeigen, daß die Gemeinden durch die immer größer werdenden Anforderungen, vor allem auch im Umweltbereich, sowie bei der Errichtung und Erneuerung von kommunalen Einrichtungen wie Schulen und vor allem auch Kindergärten sowie durch die Folgekosten aus dem Betrieb von notwendigen, wirklich notwendigen, möchte ich sagen, Gemeinde- und Kommunaleinrichtungen an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Ein Beispiel: Es gibt Freizeiteinrichtungen, ein Hallenbad, ein Sportzentrum, 25 Jahre alt. Jetzt ist die Haustechnik kaputt, es muß eine Generalsanierung vorgenommen werden. Wir sind bei diesen Einrichtungen im Vorjahr gerade mit dem Schuldenzahlen fertig geworden - es betrifft unsere Freizeiteinrichtung - und jetzt müssen wieder 30 Millionen investiert werden. Oder man schließt diese Anlage. Ich habe dem Gemeinderat die Frage gestellt, liquidieren wir das, bauen wir dort Wohnhäuser hin oder beißen wir in den sauren Apfel? Irgend etwas muß geschehen. Und der Beschluß war dann auch einstimmig, daß diese Einrichtungen erhalten werden. Natürlich rechnen wir damit, und das ist in vielen Gemeinden so, daß von seiten des

Landes auch die entsprechende Unterstützung kommen kann. Und sie wird auch kommen.

Ich glaube, daß dieser Gemeindeförderungsbericht auch das Geschehen in unseren Gemeinden widerspiegelt. Und ich danke dem Landtag, daß eigentlich immer wieder Verständnis gezeigt wird, was die Probleme der Gemeinden betrifft. Und noch einmal herzlichen Dank an die Regierungsmitglieder, besonders aber an unseren Finanzlandesrat. Es soll auch hier einmal gesagt werden, und das möchte ich ganz bewußt tun von dieser Stelle aus, daß wir immer sehr gut mit Unterlagen versorgt werden von den Beamten, die die Aufbereitung dieser Dinge für uns erledigen. Und ich möchte von dieser Stelle wirklich Danke sagen. Es ist nicht so selbstverständlich, daß alles klappt. Man braucht nur zu sagen, bitte, ich benötige das, und man bekommt es. Herzlichen Dank unseren beamteten Mitarbeitern hier im Landtag.

Man kann stolz sein auf unser Heimatland, es wurde heute schon gesagt und ich möchte das wiederholen. Wir können wirklich stolz sein auf unser Heimatland. Tun wir alles, daß dieser Stolz auch weiterhin gerechtfertigt werden kann. Und ich bitte Sie, diesen Berichten, die dann zur Abstimmung kommen, zuzustimmen. Wir von der Österreichischen Volkspartei werden es sicher gerne tun. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Keusch.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Zum Wort gelangt die Frau Abgeordnete Lembacher.

Abg. LEMBACHER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe eine Information und zwar bezüglich der Straßenkarte Hollabrunn, die der Herr Kollege Uhl angesprochen hat. Ich habe mich jetzt mit den verantwortlichen Stellen, mit dem Herrn Vizebürgermeister und gleichzeitig auch Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Hollabrunn in Verbindung gesetzt und um Aufklärung gebeten. Es schaut so aus: Es ist eine private Kartenfirma an die Gemeinde, an den Bürgermeister herangetreten und hat um Unterstützung gebeten, diese Karte aufzulegen. Er hat gesagt Nein, es gibt bereits eine andere Firma, die für Hollabrunn die Pläne erzeugt. Der hat das dann trotzdem gemacht, ist an die verschiedensten Wirtschaftsbetriebe herangetreten und hat Inserate gekeilt, unter anderem auch von dem Herrn Seunig. Er hat die Gegebenheiten nicht gekannt. Mittlerweile hat sich herausgestellt, die Wirtschaftstreibenden waren erbost darüber und haben gesagt, sie zah-

len das ganz einfach nicht. Es hat einen Wirbel gegeben. Mittlerweile hat sich auch herausgestellt, daß die Karte sowieso nicht richtig ist, weil etwa die Sparkassegasse - der Herr Kollege Dr. Bauer kennt die Gegebenheiten - als Durchzugsstraße eingezeichnet ist. Also wenn jemand hinkommt und sich nach der Karte richtet, steht er einmal vor dem Problem, er kann ganz einfach nicht durchfahren.

Der Verlag hat dann einbekannt, daß verschiedene Dinge den Hollabrunnern nicht gefallen. Und er hat jetzt ein Angebot gemacht und hat bereits tausend Karten in berichtiger Form ohne Inserat dieser besagten Firma der Gemeinde kostenlos zur Verfügung gestellt. Es ist also somit, glaube ich, die Angelegenheit im Interesse der Hollabrunner und sicher auch der Wirtschaftstreibenden erledigt worden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Bauer: Und das Inserat von der Handelskammer? Bei der Hollabrunner Messe gab es im offiziellen Presseteil der Handelskammer genau dieses Inserat "stop und shop"!)* Das weiß ich nicht, darüber habe ich mich nicht erkundigt. Das weiß ich nicht. Aber das Inserat auf der Karte ist geklärt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Als vorläufig letzter Redner ist Herr Landesrat Mag. Freibauer am Wort.

LR Mag. FREIBAUER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht gleich vorweg eine Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Rambossek. Und auch ein Wort dazu, was außerhalb dieses Hauses geschieht. Immer wieder gibt es Aussendungen der Freiheitlichen, zum Beispiel den "Freiheitlichen Gemeindegewerkschaftler", wo dem Finanzreferenten des Landes Niederösterreich vorgeworfen wird, er verbreite die Unwahrheit. Das ist ein bißchen nobel ausgedrückt, man könnte auch sagen, der Freibauer lügt. Und das ist etwas, was ich nicht auf mir sitzen lasse. Das geschieht vor allem im Zusammenhang mit der Hauptstadtfinanzierung. Und heute wurde wieder in den Raum gestellt, der Hauptstadtfonds sei in Luft aufgelöst. Es ist also jetzt sozusagen offen dargelegt und ich möchte noch einmal dazu sagen: Der Hauptstadtfonds besteht und ist nicht in Luft aufgelöst. Und er hat mit Ende 1996, damit wir dann nicht über ein Datum streiten - ich kenne auch den Stand von Ende April oder welchen immer Sie wollen - mit Ende 1996 hat dieser Hauptstadtfonds folgenden Stand:

S 5.156,974.093,23. Das ist der Stand im Hauptstadtfonds. Das wird also dem Herrn Abgeordneten Rambossek immer noch nicht genügen. Ich weiß, da kann man immer noch verwirren damit. Den Existenzbeweis, daß es ihn gibt, den Hauptstadtfonds und daß er auch leistungsfähig ist, werden wir erbringen. Und zwar dadurch, daß Jahr für Jahr unsere Verpflichtungen, nämlich die Leasingraten aus diesem Hauptstadtfonds bezahlt werden. Pünktlich und zur Gänze aus dem Hauptstadtfonds. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und daher werden wir halt noch 25 Jahre miteinander darüber debattieren. Ich habe schon einmal gesagt, ich wünsche mir dann nur, daß das, was übrig bleibt nach den 25 Jahren eigentlich mir gehören sollte. Das wäre nämlich ein "Batzen" Geld. Aber dieses Geld wird investiert werden für weitere Investitionen in unserem Land. Aber beim Nachzählen hätten Sie es dann leichter, Herr Abgeordneter. Jetzt müssen Sie noch fünf Milliarden zählen, am Schluß brauchen Sie dann nur mehr ein paar Millionen zu zählen. Da sind wir dann schneller fertig damit.

Nun, dem Hohen Landtag werde ich, um eine weitere Anstrengung zu unternehmen, damit das alles transparenter wird, aus freien Stücken - es hat mich ja niemand dazu aufgefordert - beim nächsten Rechnungsabschluß 1997 einen schriftlichen Nachweis bringen über die Einnahmen und Ausgaben des Hauptstadtfonds. Und wir werden das dann ab dem Jahr 1997, so hoffe ich, jedes Jahr unserem Rechnungsabschluß als Nachweis anschließen. Das schlage ich vor. Das mache ich aus eigenem. Und vielleicht machen wir das auch in Zukunft so.

Die Hauptstadt, oder besser gesagt, der Regierungs- und Kulturbezirk hier in St. Pölten - das weiß doch jeder schon, aber ich sage es halt noch einmal - wird durch Vermögensumschichtung so finanziert, daß das Land und vor allem die Bevölkerung damit sogar einen Vermögenszuwachs erzielt, also einen Gewinn erzielt. Die Bevölkerung und die Gemeinden werden für dieses Projekt St. Pölten weder mit Abgaben, noch mit Umlagen, noch mit Steuern belastet. Und es wird auch jede Leasingrate aus dem Landeshauptstadtfonds bezahlt werden und nicht aus dem Budget des Landes Niederösterreich. Das ist im Jahr 1992 als Auftrag des Landtages an die Regierung so beschlossen worden und so wird es von uns auch gehalten. Es gibt daher in ganz Österreich kein Bauvorhaben, kein Projekt dieser Größenordnung, das so solide finanziert ist und so gut kontrolliert ist wie das Projekt Hauptstadt St. Pölten. Und das sage ich noch einmal, damit Sie es sich

ins Stammbuch schreiben. Und ich glaube, Sie sollten endlich damit aufhören in Ihren Zeitungen zu schreiben, der Landesrat für Finanzen verbreitet Unwahrheiten über die Hauptstadtfinanzierung. Schreiben Sie einmal in Ihrer Zeitung, was ich hier gesagt habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein weiterer Vorwurf des Herrn Abgeordneten Rambossek zur Budgetentwicklung. Er hat also gesagt, der Landesrat Freibauer hat einmal gesagt, jetzt tätigen wir Vorgriffe und später werden wir das wieder hereinbringen. Das haben wir natürlich auch getan. Nun rechnen Sie wieder mit der Vergeßlichkeit mancher Leute. Denken Sie zurück ins Jahr 1993 und 1994, welche Aufgaben wir damals hatten. Wir haben gesagt, "erster Schwerpunkt Arbeitsplätze" in unserem Budget. Da hat es Konjunkturprobleme gegeben, daher haben wir eine Konjunkturmilliarde finanziert, um mehr zu investieren im ganzen Land. Und das haben wir sehr wohl wieder hereingebracht. Und das darf man nicht vermengen und verwirren mit den Dingen, die ab 1995 auf uns zugekommen sind. Mit neuen Verpflichtungen. Den EU-Mitgliedsbeitrag etwa, den man natürlich nicht findet in unserem Budget, weil ja der Bund uns den vorher bei den Ertragsanteilen abzieht. Daher gibt es den nie als Ausgabenposten. Trotzdem macht er rund eine Milliarde aus. Weit über eine Milliarde beträgt die EU-Landwirtschaftsförderung. Und dann natürlich unser Vorhaben der Entlastung der Gemeinden durch Abschaffung der Landesumlage. Das alles zusammen macht mehr als drei Milliarden im Jahr aus. Und wenn wir jetzt den Rechnungsabschluß 1996 hernehmen und nicht einmal drei Milliarden Nettoabgang haben, dann kann ich sagen, ohne diese Belastungen hätten wir bereits ein ausgeglichenes Budget. Nicht nur 1996, sondern auch 1997 und 1998. So muß man die Budgetsituation des Landes betrachten und nicht durch Additionsübungen, wie in der Hauptschulklasse, wo man zusammenzählt und zusammenzählt und sich freut, wenn dann eine möglichst hohe Zahl von Milliarden herauskommt. Damit ist niemandem geholfen, Herr Abgeordneter! Schauen wir lieber, wie die Tatsachen sind und wie wir die Aufgaben bewältigen.

Das Landesbudget 1996 ist unter dem Motto gestanden "Niederösterreich sichert seine Zukunftschancen". Und wir haben diese doppelte Aufgabe, die uns gestellt wurde, nämlich einerseits konsolidieren und andererseits investieren im Land zur Sicherung von Arbeitsplätzen, vorbildlich erfüllt. Und das ist auch in den meisten Diskussionsbeiträgen so festgestellt worden.

Dieses Budget 1996 hat deutliche Impulse ausgelöst. Schwerpunktmäßig im Bereich der Wirtschaft und der Arbeitsplatzsicherung, aber genauso in der Wohnbauförderung, in der Sozial- und Familienpolitik, im Gesundheitswesen. Auch hat Niederösterreich als Agrarland Nummer I eine starke Berücksichtigung gefunden. Und vor allem, worüber ich mich besonders freue, funktionieren unsere partnerschaftlichen Finanzierungsinstrumente in der Zusammenarbeit Land und Gemeinden. Ob im Schulbaufonds oder im Wasserwirtschaftsfonds, wir haben dort nirgends finanzielle Probleme. Wenn Sie die Sitzungen dort besuchen, dann werden Sie das in den Berichten dort auch hören.

Das Landesbudget 1996 war das erste im Reigen des Budgetprogrammes 1996 bis 1998. Wir haben es erstellt mit dem Ziel einer Schuldenbegrenzung, einer Konsolidierung und Erfüllung der Maastricht-Kriterien und auf der anderen Seite vor allem um die Zukunftschancen in Niederösterreich zu sichern. Der Rechnungsabschluß 1996 zeigt, daß unser Budgetvollzug vorbildlich war. Und dafür möchte ich mich beim Hohen Landtag ausdrücklich bedanken. Denn der hätte das alles wesentlich anders lenken können mit zusätzlichen Belastungen oder wie immer. Der Landtag hat mit dazu beigetragen, daß dieses Konsolidierungsziel erreicht werden konnte. Und auch alle Regierungsmitglieder haben diese Arbeit vorbildlich erfüllt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist nachgewiesen, daß unsere Einsparungsziele erreicht wurden. Auch das, was ich beim Nachtragsvoranschlag gesagt habe, ist eingetroffen, ja mehr als das ist eingetroffen. Der Abgang des Nachtragsbudgets 1996 in der Höhe von 577 Millionen Schilling konnte durch Einsparungen im Ermessensbereich, das heißt also durch Nichtaufhebung bestehender Kreditkürzungen im Ausmaß von 317 Millionen und durch Minderausgaben, vorwiegend im Personalbereich, in Höhe von 263 Millionen voll finanziert werden. Also keine Belastung des Abganges. Auf der anderen Seite war das die Voraussetzung, daß dann allfällige Mehreinnahmen - und sie sind Gottseidank gekommen - und weitere Einsparungen für die Senkung des Abganges verwendet werden konnten. Die weiteren Einnahmenssteigerungen haben ungefähr eineinhalb Milliarden ausgemacht, aber wir haben darüber hinaus auch Einsparungen in der Größenordnung von einer weiteren Milliarde zustande gebracht. Dennoch haben wir eine Rücklage gebildet im Bereich der Wohnbauförderung, weil dieses Förderungssystem es ganz einfach verlangt, daß man für zukünftige Verpflichtungen vorsorgt. Wir

haben ab dem Jahr 1996 uns freiwillig auferlegt, jedes Jahr diesen sechsfachen Betrag usw. der Basisförderung als Rücklage zu bilden. Erstmals haben wir das im Jahr 1996 getan mit S 1.270.000.000,-. Und das wird genauso auch geschehen im Jahr 1997, obwohl es da noch nicht budgetiert war, weil wir ja erst im November 1996 den Beschluß gefaßt haben. Es wird aber möglich sein, das kann ich jetzt schon voraussagen. Und im Budget 1998 ist diese Rücklage ja bereits budgetiert in der Größenordnung von 1,3 Milliarden Schilling. In Summe ist es damit gelungen, gegenüber dem Voranschlag den Abgang von S 6.728.000.000,- netto auf S 2.882.000.000,- netto abzusenken. Er wurde also mehr als halbiert. Das konnte nur in gemeinsamer Anstrengung gelingen. Da kann man nicht sagen, das hat der Finanzreferent zusammengetragen. Das hat der Landtag gemeinsam mit der gesamten Regierungsmannschaft zustande gebracht. Natürlich ist einer verantwortlich. Aber ich freue mich, daß alle hier an einem Strang ziehen. Doch wir können uns alle miteinander noch so anstrengen, der Freiheitlichen Partei wird das nie gefallen und nie passen. Denn Sie suchen das Negative, Sie suchen den Skandal. Den finden Sie nicht bei der Hauptstadtfinanzierung, den finden Sie nicht beim Budget, den finden Sie im ganzen Land nicht! Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Rechnungsabschluß 1996 ist für uns das Maß auch für die Jahre 1997 und 1998. Auch 1997 und 1998 wollen wir die Neuverschuldung in Grenzen halten und gleichzeitig die wichtigen Aufgaben im Bereich der Investitionen und der Arbeitsplatzsicherung in Niederösterreich nicht vernachlässigen. Die heutige Diskussion, und ich danke Ihnen allen dafür, hat deutlich gemacht, daß das Landesbudget des Jahres 1996 in seinen wichtigen Punkten voll erfüllt werden konnte. Und es kann zusammenfassend gesagt werden, der Konsolidierungskurs unseres Landes stimmt. Seitens des Landes Niederösterreich wurde ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Maastricht-Kriterien geleistet und Niederösterreich sichert tatsächlich seine Zukunftschancen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluß noch ein Dankeschön und das möchte ich nicht vergessen. Der Dank gilt wieder allen Bediensteten, die am Zustandekommen dieses Rechnungsabschlusses mitgewirkt haben. Mein besonderer Dank gilt dem Herrn Vortr. Hofrat Dr. Höbart mit seinen Mitarbeiterinnen, der Landesbuchhaltung, den Damen und Herren der Datenverarbeitung, der Hausdruckerei, der Buchbinderei. Durch ihre Mitwirkung und durch

ihren Einsatz konnte der Rechnungsabschluß auch heuer wieder fristgerecht vorgelegt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke für Ihre Anregungen auch im Rahmen dieser Diskussion und ersuche Sie nochmals, dem Rechnungsabschluß 1996 Ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, die Rednerliste ist daher geschlossen. Die Herren Berichterstatter haben das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. HOFFINGER (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatter Abg. MOSER (ÖVP): Ich verzichte!

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Wir gelangen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 596/R-1/4, Rechnungsabschluß 1996):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 595/B-38/2, Bericht über die Darlehensaufnahmen der verschiedenen Landesfonds und Leasingverbindlichkeiten des Landes): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 593/B-32/4, Bericht über die Landesentwicklung): Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 594/B-33/3, Gemeindeförderungsbericht 1996): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 601/B-40/1, Tätigkeitsbericht 1996 der Regionalmanagements): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Breininger, die Verhandlungen zu Ltg. 597/S-5/16 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP):
Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich berichte zur vorliegenden Landtagszahl 597/S-5/16. Diese Landtagsvorlage berichtet von der Entwicklung des Kulturbezirkes, der insgesamt das NÖ Landesmuseum mit Landesgalerie, die Sonderausstellungshalle, jetzt Shed-Halle, den Festsaal mit der Leitfunktion Konzertsaal, jetzt Festspielhaus, die NÖ Landesbibliothek und das Landesarchiv beinhaltet. Dieser Bericht spricht von den Stufen der Entwicklung in den einzelnen Bauabschnitten und ich darf die Berichterstattung zusammenfassen im Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend die Errichtung und Finanzierung des Regierungsviertels in der Landeshauptstadt - Kulturbezirk, 3. Baustufe - Museum (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Im Rahmen des Gesamtprojektes Landeshauptstadt wird auf der Grundlage der Projekte für den Kulturbezirk genehmigt:

Der Projektteil (Kostenträger) 'Kulturbezirk' und zwar 3. Baustufe mit Gesamtinvestitionskosten von S 360.000.000,-
Gesamtinvestitionskostenangaben exklusive Valorisierung, Zwischenfinanzierung und Mehrwertsteuer.

2. Der außerbudgetären Finanzierung in Sonderfinanzierungsform nach dem Hauptstadtmodell mit Vermögensumschichtung und Zuführung der Verkaufserlöse bis zur Höhe der Gesamtinvestitionskosten zuzüglich Valorisierung, Zwischenfinanzierung und Umsatzsteuer in den 'Hauptstadtfonds' wird grundsätzlich zugestimmt.
3. Die konkrete Festlegung der umzuschichtenden Vermögensteile des Landes sowie die Zuführung der Verkaufserlöse im Rahmen des Landesvoranschlages in den 'Hauptstadtfonds' bleiben der gesonderten Entscheidung von Landesregierung und Landtag vorbehalten.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Beschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Herr Präsident! Ich bitte um Einleitung der Debatte und um Abstimmung.

ZWEITER PRÄSIDENT KOCZUR: Ich danke dem Herrn Berichterstatter, eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Ing. Dautzenberg.

Abg. Ing. DAUTZENBERG (*LIF*): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, daß die Vorlage wirklich zum Denken Anlaß geben sollte. Nämlich zum Denken in die Richtung, die wir in der Aktuellen Stunde besprochen haben. Auf der einen Seite bejammern wir Menschen, die sich allein - wie es der Herr Klubobmann Dr. Bauer gesagt hat - nicht helfen können, wo eine Hilfe erforderlich sein wird. Was man wirklich versteht. Auf der anderen Seite werden hunderte Millionen für ein Museum ausgegeben, 170 Millionen, 15 Millionen Einrichtungskosten und so fort. Obwohl dieses Land von alten, ehrwürdigen Bauten strotzt, die wirklich einer Verwendung als Museum besser zugeführt werden können als ein Glaspalast.

(Dritter Präsident Ing. Eichinger übernimmt den Vorsitz.)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch darauf verweisen, daß es derzeit gerade wieder eine Auseinandersetzung gibt über den Ankauf eines Schlosses in Seisenegg durch die Scientology. Und ich verstehe eigentlich nicht, wenn man dort ein Schloß kaufen kann, das wirklich schön ist, renoviert ist und vielleicht 60, 70 Millionen kostet und weitaus mehr Atmosphäre als Museum bietet als es hier je möglich sein wird, daß man sich dieser Überlegung nicht unterzieht und versucht, dem Steuerzahler Geld zu sparen.

Es ist eine Aufgabe von uns Politikern, zu überlegen und vom Weg umzukehren wenn man erkennt, er ist falsch. Der Herr Landesrat für Finanzen hat wieder sein Modell gelobt, das sicher in Ordnung ist. Nur, wenn man dieses Modell jetzt gnadenlos auf alles anwendet, nur weil es einmal als gut bezeichnet wurde, dann muß ich sagen, daß man dabei doch einen schweren Fehler macht. Die Gelder, die hier investiert werden, sind irreversibel. Alle Grundstücke, die wir verkaufen, kann man verkaufen und die Gelder wieder für andere Sachen verwenden. Diese Umschichtung ist sicher eine den Steuerzahler nicht belastende Finanzierung, sie kann aber nicht jetzt auf alles ausgedehnt sein, was sich Landesfürsten wünschen. So kann es nicht gehen. (*Beifall bei Abg. Marchat und Abg. Preiszler.*)

Es muß wirklich eine klare Linie bezogen werden, schließlich handelt es sich um das Vermögen unserer Landesbürger, das hier herumgeschoben wird. Und zwar verschoben wird in eine Einbahnstraße; es gibt kein Zurück. Daher würde ich mir schon vorstellen, daß man sich überlegt, ob man das auch betreiben kann beispielsweise. Davon wird ja nie gesprochen, das findet man auch im neuen Budget nicht, das wir nächste Woche besprechen werden. Wir finden nirgends die Betriebskosten dieser riesigen Bauten ausgeworfen. Und diese laufenden Kosten für den Steuerzahler, die auch beim Museum dann anfallen, die werden mich besonders interessieren. Und sie werden auch den Steuerzahler interessieren. Ich darf daher anregen, daß man überlegt, ob das wirklich notwendig ist. Ich weiß, daß das jetzt nur eine Aussage von mir ist, die protokolliert wird und keine weiteren Folgen haben wird. Ich fühle mich aber trotzdem verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß es so nicht gehen kann. Das Modell der Hauptstadtfinanzierung ist kein Freibrief für Investitionen, die sparsamer durchgeführt werden können. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Preiszler.

Abg. PREISZLER (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Ich könnte eigentlich jetzt nahtlos anknüpfen an meinen Vorredner Ing. Dautzenberg. Sie werden ja hoffentlich von mir oder von uns nicht erwarten, daß wir eine Lobrede über das geplante Museum, über den Kulturbezirk halten werden, weil wir diejenige Partei waren - auch wenn der Herr Landesrat Freibauer gesagt hat, uns Freiheitlichen wäre eigentlich nie etwas recht, einmal ein bißchen mehr, dann wollen wir weniger, wenn es weniger ist, dann wollen wir mehr. Natürlich, so kann man es auch sagen. Nur, wir haben schon zu Zeiten, da wir selbst noch nicht im Landtag vertreten waren, die Sinnhaftigkeit aller dieser Dinge in Frage gestellt, die mittlerweile hier geschehen sind. Und der Vorhang ist ja jetzt schon aufgegangen, sehr oft aufgegangen. Wir kommen ja aus den Festivitäten gar nicht heraus. Heute findet erstmalig eine Arbeitssitzung hier im Landtag statt, wo wirklich produktiv gearbeitet wird. Ich meine jetzt nicht, daß das andere nicht produktiv ist, aber es war doch bis jetzt so, daß ein halbes Jahr hindurch eigentlich nur gefeiert wurde und hergezeigt. Daß Kommissionen hergekarrt wurden, um zu zeigen, was man hier mit den Steuergeldern unserer Bevölkerung macht.

Ich darf dazu nur kurz zitieren die letzten NÖ Kulturberichte. Und zwar heißt es hier: Die Landesregierung beschloß den Bau des NÖ Landesmuseums. Als letzter Bau des Kulturbezirkes in der Landeshauptstadt St. Pölten wird nunmehr auch das NÖ Landesmuseum realisiert. Dies beschloß kürzlich die NÖ Landesregierung einstimmig. Der Bau ist gegenüber dem ursprünglichen Projekt reduziert. Und das, meine ich, ist wirklich erfreulich, weil ich habe vor zwei Jahren das bereits kritisiert. Hier habe ich noch die Unterlagen. Aber nicht nur von mir, sondern auch von Zeitungen wurde das groß angeprangert. Eine große Delegation unter Federführung des Hauptstadtplaners Dipl.Ing. Steiner hat Exkursionen gemacht und es hatte fast den Anschein, als wenn uns Mitteleuropa gar nicht genügen würde, um niederösterreichische Verhältnisse darzustellen. Es war eine, ich habe damals gesagt, eine Gigantonomie. Und ich bleibe nach wie vor dabei. Ich meine, wir können es nicht verhindern. Die Hauptstadt gibt es jetzt, aber man hätte sie kleiner bauen können. Doch man hat eine gewisse Gigantonomie in allen Bereichen beibehalten und ist nicht davon abgewichen.

Meine Damen und Herren, wie heißt es aber weiter und das ist wirklich sehr lustig: Die Finanzierung wird möglich, weil bei der Realisierung des Regierungsviertels bisher beträchtliche Einsparungen erzielt wurden. Ja, meine Damen und Herren, ich frage jetzt, wie wäre es denn gewesen, wenn es keine Einsparung gegeben hätte, nachdem es noch größer projektiert war. Und jetzt auf einmal heißt es hier in den Kulturberichten, wie glücklich wir eigentlich sein müssen: "Lieber Bürger, warum regst du dich überhaupt auf? Wir haben ja Millionen oder Abermillionen eingespart. Und wir können uns jetzt das auch noch leisten" usw. Es erhebt sich wirklich jetzt die Frage, was wäre gewesen, Herr Finanzlandesrat, wenn dem nicht so gewesen wäre? Und eigentlich darf man ja nicht unbedingt alles für bare Münze nehmen. Es wurde heute schon gesagt, es wird sich erst bei der Endabrechnung herausstellen, ob wirklich alles so geschehen ist wie hier getan, gesagt und geschrieben wird.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist zwecklos, jetzt zu reden über diese gigantischen Ausmaße, wo man kleiner hätte sein können, was man einsparen könnte. Ich weiß es nicht, so genau kenne ich die Planungen nicht, vielleicht kommt noch irgend etwas dazu, ein europäisches Gebäude oder wie immer - man weiß es ja nie - um ganz mitteleuropäisch zu wirken. Aber vorläufig dürfte es das letzte oder vorletzte größere

Bauvorhaben sein. Und das kostet uns immerhin noch 360 Millionen Schilling - eine schöne Stange Geld. Und es stellt sich schon die Frage über alle diese Dinge. Und wie man hört vom Kulturbezirk, Festspielhaus etc., daß ja dem nicht so ist, wie man geglaubt hat, oder wie man angekündigt hat. Vorhersagen sind immer gut und schön. Nur die Realität, die Wirklichkeit ist eine andere, das wissen wir. Nur eines betrübt mich eigentlich schon: Wir wissen, wenn ich diesen Bericht richtig gelesen habe, eigentlich noch nicht so recht, was wollen wir mit diesem Museum? Wir haben Wien ausquartiert, unsere Kunstschatze sind deponiert, das kostet eine Stange Geld. Und jetzt muß man versuchen, so schnell wie möglich und damit die Kosten nicht zu hoch werden, ein Quartier dafür zu finden. Was jetzt wirklich 'reinkommt, weiß man nicht. Also dieser Bericht ist eine sehr vage Andeutung. *(Abg. Dr. Bauer: Das weiß man schon!)* Na gut, das ist so ein Rechenbeispiel nach Adam Riese. Was ich meine, Herr Kollege Dr. Bauer, ist eigentlich das, daß man konkret jetzt noch nicht weiß eigentlich, wie man es gestalten soll. *(Abg. Dr. Bauer: Konkret wissen wir, daß wir der Öffentlichkeit alle unsere Bestände, die noch ein wenig "aufgefettet" werden, präsentieren wollen!)*

Das ist mir auch klar. Aber das ist mir trotzdem ein bißchen zu wenig. Mich wundert aber vielmehr eines. Das heißt, ich habe da eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll gerichtet vom 23. Jänner 1997 und zwar betreffend der Einrichtung eines Gendarmeriemuseums in St. Pölten. Ich lese Ihnen jetzt nicht den Text vor, ich hoffe, Sie kennen ihn alle. *(Abg. Dr. Bauer: Nein, ich kenne ihn nicht!)* Bitte, ich bin gerne bereit, ihn vorzulesen:

"Im Bereich der Rennweg-Kaserne in Wien befindet sich ein s.g. Gendarmeriemuseum, welches dem Gendarmeriezentralkommando unterstellt ist und zur Zeit für die Öffentlichkeit leider unzugänglich und ständig geschlossen ist. Es wäre auch der Besuch dieses Museums von gendarmeriefremden Personen ein Sicherheitsrisiko, da sich dieses im Kasernenbereich befindet und somit auch die Gendarmeriekaserne für die Öffentlichkeit zumindest fallweise geöffnet werden müßte. Mit den derzeit auf diesem Areal lagernden Utensilien kann zwar noch kein Gendarmeriemuseum vollständig betrieben werden, aber mit Unterstützung des BM für Inneres und des Landes NÖ müßte es möglich sein, ein richtiges Museum zu gestalten, welches der Bevölkerung die Entwicklung und die gesellschaftspolitische Zuordnung dieses Wachkörpers präsentiert." Letztendlich ist ja die Gendarmerie der Wachkörper, der am Lande ja be-

kannt ist und auch unsere Sicherheit in Niederösterreich und Grenzen schützt. "Der Gefertigte stellt daher an Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll folgende Anfrage:

1. Wie stehen Sie zu einer möglichen Einrichtung eines Gendarmeriemuseums im Kulturbezirk?
2. Ist es möglich, daß Sie oder auf Ihre Weisung die Fachabteilung Kontakt mit den zuständigen Stellen aufnehmen wird, um die Errichtung eines solchen Museums zu betreiben?
3. Da dieses Museum sicherlich eine Bereicherung des musealen Angebotes im Kulturbezirk sein wird, werden Sie dieses Projekt in die Wege leiten und dementsprechend fördern?"

Die Antwort ist relativ schnell, nachdem es sonst ja üblicherweise nicht so schnell geht, am 27. Februar 1997 erfolgt. Und da heißt es drinnen:

"Für die Errichtung eines Gendarmeriemuseums im Kulturbezirk St. Pölten fehlen einerseits die räumlichen Voraussetzungen, andererseits fehlt hierfür die Voraussetzung einer landeseigenen Sammlung." Ich lese Ihnen nicht alles vor. Es heißt hier lediglich vielmehr: "In der Bundeshauptstadt Wien befinden sich zahlreiche von Bundesdienststellen getragene Museen mit Spezialsammlungen. Diese sind nur sehr eingeschränkt oder gar nicht zugänglich. Es kann jedoch - und das ist jetzt für mich die Aussage, der springende Punkt - es kann jedoch nicht Aufgabe des neuen Kulturbezirkes bzw. des zukünftigen Landesmuseums St. Pölten sein, die diesbezüglichen Versäumnisse des Bundes zu korrigieren."

Ich habe heute schon etwas anderes gehört vom Herrn Landeshauptmann Pröll. Nachdem er sonst immer mir gesagt hat vor Jahren auch, ob ich nicht wisse, daß die Sicherheit Bundeszuständigkeit wäre und mit der Landesverfassung nichts zu tun hat. Und ich wundere mich jetzt, daß eigentlich die ÖVP jetzt mit riesigen Schritten - warum weiß man ja, man riecht es ja förmlich - sich bemüht, bei jeder kleinsten Veranstaltung, die die Sicherheit betrifft, ja nicht nur einen Abgeordneten, sondern der Herr Landeshauptmann persönlich und die Herren Landesräte ziehen heran mit Gendarmeriegeleit usw. Man hat den Eindruck eines Staatsbesuches mit "Weißen Mäusen" und so, richtig staatsmännisch. *(Abg. Dr. Bauer: Unerlaubterweise, das muß man auch dazu sagen!)*

Was mir aber der Herr Landeshauptmann Dr. Pröll nicht geschrieben hat, und ich wundere mich schon, man weiß eigentlich noch nicht so recht, wie man das füllen wird, dieses neue Museum. Daß man vielleicht daran denkt, auch eine Institution, die sich sehr viele Verdienste für das Land Niederösterreich erworben hat - es ist ja nicht irgendjemand, es ist die Gendarmerie, die im Land bekannt ist, die für das Land zuständig ist - daß man der vielleicht einen kleinen Platz dafür einrichten würde.

Meine Damen und Herren! Aber es ist ja noch nicht aller Tage Abend, vielleicht gibt es hier auch noch ein Umdenken bei Herrn Landeshauptmann Pröll. Und man weiß ja nicht, wie es nach den nächsten Wahlen ausschauen wird, die ganze politische Szenerie. Ich hoffe, daß es hier doch noch ein Umdenken geben wird. Herr Kollege Bauer, bitte. *(Abg. Dr. Bauer: Also, dieser Brief ist ja höchst interessant, und vor allem die Antwort darauf!)* Ich gebe Ihnen den dann. Er war nicht

sehr freundlich gehalten, muß ich schon sagen. *(Unruhe im Hohen Hause. - Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege! Aus Ihrer Argumentation heraus müßten Sie dem Antrag ja zustimmen und vor allem für ein noch größeres Museum eintreten, weil es ja bisher dafür noch keinen Platz gibt!)*

Nein, das glaube ich nicht! Wir werden sicherlich ein Platzerl finden dafür. Meine Damen und Herren! Danke für die Aufmerksamkeit. Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Wöginger.

Abg. WÖGINGER (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um meine Position zur Museumserrichtung in der Landeshauptstadt von vornweg klarzustellen, möchte ich in Anlehnung an einen bekannten Ausspruch sagen: Ich bin ein St. Pöltener! *(Beifall bei Abg. Gruber, Abg. Dr. Michalitsch und Abg. Rupp.)*

Ich sage das, meine Damen und Herren, weil ich der Überzeugung bin, daß ein an Kunstschatzen derart reiches Land wie Niederösterreich ein Museum unbedingt braucht. Bereits in der ersten Landtagsvorlage vom Juni 1992 war die Errichtung eines eigenen Museums mit einer Landesgalerie in St. Pölten vorgesehen. Es war dies schon damals eine Selbstverständlichkeit, da ja das in Wien in der Herrengasse 9 sehr beengt untergebrachte Museum mit dem Amt der NÖ Landesregierung nach St. Pölten übersiedeln sollte. Das Museum in Wien wurde zwar sehr attraktiv geführt und die zahlreichen Sonderausstellungen waren weit über die Stadt hinaus bekannt. Ein Großteil der Kunstgegenstände konnte jedoch damals mangels geeigneter Räumlichkeiten nicht präsentiert werden. So wurden wertvolle Gemälde in den Depots in Wien gelagert, die Öffentlichkeit hatte keinen Einblick.

Mit dem Landtagsbeschluß vom Dezember 1993 wurde die zweite Baustufe für den Kulturbezirk, nämlich das Archiv und die Landesbibliothek vom Landtag genehmigt. Zur Vollendung des im ersten Landtagsbeschluß enthaltenen Programmes hat nur noch die Errichtung des Museums gefehlt. Und dieses sollte in einer dritten Baustufe später, um 2000, behandelt und realisiert werden.

Inzwischen sind Festspielhaus und Ausstellungshalle in Betrieb, Landesarchiv und Landesbibliothek werden im September 1997 eröffnet und damit die beiden ersten Bauabschnitte fertiggestellt sein. Als letzte große bauliche

Maßnahme steht die Realisierung des NÖ Landesmuseums an. Viele Gründe sprechen nun dafür, daß dieses Museum, dessen Schließung in Wien Anlaß zu Protesten gegeben hat, schon jetzt und auch wie vorgesehen im Landhausviertel errichtet wird. Das Landesmuseum als unverzichtbarer Bestandteil des Kulturbezirkes ist, wenn die Neuplanung noch 1997 erfolgt, bis 2001 zu realisieren. Als Planer wurde im Wettbewerb 1992 Architekt Professor Hollein ausgewählt, der auch große Erfolge und Erfahrungen bei der Errichtung von Museen im In- und Ausland nachweisen kann. So könnte auch in Niederösterreich ein Museum von internationalem Rang entstehen. Das Landhausviertel, meine Damen und Herren, soll kein Beamtenghetto sein. Das Festspielhaus, die Ausstellungshalle und der Landhausboulevard beleben, wie erwähnt, zwar schon heute das Areal, doch ein Landesmuseum in St. Pölten wäre zweifellos ein weiterer Schritt, die Attraktivität des Landhausbezirkes zu erhöhen. Auch die Stadt St. Pölten besitzt ein Museum, sodaß eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet denkbar wäre.

Ein weiterer Grund, der dafür spricht, daß hier schnell mit der Planung und mit dem Bau des Museums begonnen werden sollte, ist der Umstand, daß derzeit einerseits die Baupreise sehr niedrig sind, andererseits durch einen Großauftrag die Konjunktur, insbesondere die Bauwirtschaft im niederösterreichischen Zentralraum belebt werden sollte.

Obwohl das Landhausviertel noch nicht zur Gänze fertiggestellt ist, wird es schon täglich von rund 700 Interessenten besucht, denen die Zweckmäßigkeit der Architektur, der Erholungswert der Außenanlagen rund um das Landtagschiff, ein modernes Festspielhaus und nicht zuletzt eine attraktive, überdachte Einkaufsmeile nahegebracht werden. Das Interesse am Landhausviertel ist also vorhanden und ein funktionelles Museum, in das auch die Ausstellungshalle eingebunden wird, ist sicherlich im Interesse aller Landesbürger.

Zur räumlichen Konzeption ist festzustellen, daß das Landesmuseum in unmittelbarer Nachbarschaft und baulich verbunden mit der Ausstellungshalle, jetzt wegen der besonderen sägeblattähnlichen Dachform auch Shed-Halle genannt, südlich des Festspielhauses realisiert werden

soll. Gegenüber dem bisherigen Raumprogramm hat es, wie es schon angeklungen ist, Verkleinerungen gegeben. So wurden wegen der erforderlichen Schließung des Museums in Wien - der Verkauf des Hauses Herrngasse 9 ist ja geplant - schon vorweg die Mitarbeiter der Kulturabteilung und die Depotstücke, nicht wie ursprünglich vorgesehen, im Landesmuseum, sondern im Landhaus, und zwar im Haus 1 und 8 untergebracht. Insgesamt werden nur mehr 40 Prozent des ursprünglichen Konzeptes im neuen Landesmuseum realisiert. Ergänzend können die umgebenden Freiflächen in den Ausstellungsbereichen einbezogen werden. Der inhaltlichen Konzeption des Landesmuseums ist voll und ganz zuzustimmen. Diese sieht eine klare Aufgabenteilung mit der Kunsthalle Krems vor. Besondere Bedeutung kommt ja erwartungsgemäß der Museumspädagogik und der Zielgruppe Schüler und Kinder zu.

Die umfangreiche naturwissenschaftliche Sammlung des Landes soll hier gezeigt werden. Ebenso soll auch die Kunstsammlung des Landes von der Donauschule bis zur Gegenwart als Landesgalerie hier zur Schau gestellt werden. Museumslabor und Landeskunde ergänzen den Sammlungsbereich. Das Museum soll als zentrale Informationsstelle für naturkundliche, ökologische, Kunst- und kunsthistorische Fragen für die breite Öffentlichkeit da sein.

Da der Bau des Museums, um in der Sprache der Bauleute zu bleiben, fugenlos an die Bautätigkeit des Landhausviertels anschließt, können die Kosten für die notwendigen Baustelleneinrichtungen der einzelnen Firmen besonders niedrig gehalten werden. Auch der Betrieb schließt an die bereits bestehenden technischen Anlagen an. So müssen Heizung, Lüftung und Brandmeldeanlagen nur erweitert werden. Auch die Garage und das gemeinsame Kopfbauwerk, die Welle, welche bereits von Architekt Hollein als Eingang zur Ausstellungshalle errichtet wurde, können mit benutzt werden. Nur durch diese Synergieeffekte können die Baukosten von 360 Millionen so niedrig gehalten werden. Und von diesen 360 Millionen Schilling, das muß man auch wissen, entfallen 150 Millionen Schilling auf die schon getätigten Investitionen im Landhaus für die Unterbringung der Mitarbeiter der Kulturabteilung und der Depots, und 210 Millionen Schilling auf den Neubau. Und dieser Betrag von 360 Millionen Schilling ist nicht wesentlich mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, als die Errichtungskosten für die beiden Bezirkshauptmannschaften ausmachen, die heute im Landtag noch behandelt werden. Der alte Grundsatz "wer rasch baut - baut billig" gilt auch hier im wahrsten Sinn des Wortes. Ein Hin-

ausschieben dieses Projektes hätte neben den zusätzlichen Kosten auch den Nachteil, daß zu einem späteren Zeitpunkt im Landhausviertel wieder eine Baustelle mit all ihren Belästigungen eröffnet werden müßte.

Zur Bedeckung der Kosten ist folgendes anzumerken: Die 1992 und 1993 vom Landtag bewilligten Kredite wurden so bewirtschaftet bzw. nur soweit in Anspruch genommen, daß die Investitionskosten für das Landesmuseum noch aus dem alten Kreditbeschluß heraus bedeckt werden können. Die Finanzierung soll in der Weise erfolgen, daß das NÖ Sonderfinanzierungsmodell anzuwenden ist, um das Landesbudget nicht zu belasten.

Durch die Schaffung des Museums soll dokumentiert werden, daß das Landhausviertel nicht nur aus Verwaltungsgebäuden besteht, sondern der Servicegedanke der Verwaltung zum Ausdruck kommt. Das Landhausviertel soll nicht nur der Verwaltung die Arbeit erleichtern, sondern insbesondere den Bürgern des Landes offenstehen und ihnen die Kultur des Landes näherbringen. Anspruchsvolle Architektur, Außenanlagen, die zur Erholung einladen, ein Klangturm, eine für die Bürger offene Bibliothek, eine Ausstellungshalle, ein kulturell hochstehendes Festspielhaus, allgemein zugängliche Sportstätten und das nunmehr geplante Museum werden das Landhausviertel zu einer Attraktion machen, die auch international beachtet werden wird. Ohne diesen letzten Baustein wäre das Landhausviertel und die Landeshauptstadt St. Pölten nicht vollständig. Ich freue mich schon jetzt auf die Eröffnung des Museums, das sicherlich ein zukunftsweisender Beitrag des Landes für die Jahrtausendwende werden wird. Meine Fraktion wird der Vorlage zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Dr. Michalitsch.

Abg. Dr. MICHALITSCH (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ein Traum wird wahr, der Landtag von Niederösterreich arbeitet im eigenen Land! Er hält eine Arbeitssitzung hier ab und ich freue mich, daß ich hier an dieser Stelle heute in dieser ersten Sitzung als Abgeordneter für die Region St. Pölten ein Projekt vertreten darf, das eine Investitionsentscheidung ist. Ein Projekt, das zeigt, daß die produktive Arbeit für dieses Land Niederösterreich weitergeht. Daß wir weiter kulturelle und wirtschaftliche Impulse setzen, um

die positive Entwicklung in unserem Land weiter voranzutreiben.

Gestatten Sie mir, daß ich in einer Zeit, in der ganz Europa an das Schaffen und Sichern von Arbeitsplätzen denkt, zunächst den Aspekt der Arbeitsplätze und der Konjunkturbelebung in den Vordergrund stelle. Es geht, der Herr Kollege Wöginger, ein "Ehren-St. Pöltener", hat es bereits ausgeführt, um 360 Millionen Schilling, von denen 150 Millionen Schilling bereits in sinnvoller Weise im Regierungsviertel, so wie wir es bis jetzt sehen, ausgegeben wurden. Das betrifft die Kulturabteilung, die ja nach dem alten Konzept im Museum sein sollte, die jetzt in den Häusern 1 und 2 Platz gefunden hat. Das betrifft die Depots im Haus Nr.8, die gekühlt sind. Und wer sich das anschauen will, kann sich das auch sehr gerne ansehen. Man findet dort eine wunderbare Sammlung von Insekten, zum Teil noch zurückgehend auf das letzte Jahrhundert, wirkliche Raritäten, 500.000 Stück; Herbarien aus dem Land Niederösterreich, auch zurückgehend in das vorige Jahrhundert. Und es sind neben diesen Depots auch andere Funktionsbauten, wie etwa die Erschließung der Garage, bereits getätigt worden, sodaß also 150 Millionen Schilling bereits ausgegeben sind, aber diese Investitionen erst sinnvoll werden durch den Konjunkturimpuls, den es heute zu beschließen gilt.

Haben wir denn dieses Geld? Der Herr Kollege Ing. Dautzenberg hat das angesprochen. Er hat gesagt, sollten wir nicht in der heutigen Zeit dieses Geld anders verwenden? Ich glaube, da ist ein Satz der Regierungsvorlage ganz bedeutend, der ein bißchen trocken klingt, aber der zeigt, welche Leistungen bei der Realisierung dieses Regierungsviertels verwirklicht wurden: "Bei der bisherigen Realisierung des Hauptstadtprojektes ist es durch die sparsame und wirtschaftliche Vorgehensweise" - nämlich das schnellere Bauen, das Kostenmodell - "in Verbindung mit einer Einsparungsvorgabe gelungen, die vom Landtag bereits mit Beschlüssen vom 2. Juli 1992 und 16. Dezember 1993 genehmigten Kostenobergrenzen in einer Größenordnung zu unterschreiten und damit Einsparungen zu erzielen, welche in etwa den Gesamtinvestitionskosten der dritten Baustufe des Kulturbezirkes entspricht." Der Satz ist ein bißchen lang und klingt ein bißchen trocken.

Was heißt das? Das heißt, daß dieses Museum nicht grundsätzlich genehmigt ist. Das haben wir ja noch nicht beschlossen. Aber daß dieses Museum in den Kostenrahmen hineinpaßt, den wir schon bisher für das Regierungsviertel, so wie wir es heute sehen, bewilligt haben. Das heißt, es ist durch Sparsamkeit gelungen, dieses Museum in dem bisherigen Rahmen unterzubringen. Wir bekommen sozusagen als Zuckerl noch drauf - und ich glaube, es ist eine richtige und sinnvolle Entscheidung - diese Möglichkeit zu einer weiteren Bauinvestition zu nutzen, um für die Wirtschaft nach dem Abschluß dieser gewaltigen Investitionen weitere Impulse zu geben. Das ist auch dank des Finanzierungsmodells, das die Vermögensumschichtung vorsieht, ohne Belastung der Haushalte möglich.

Ich glaube, daß ein Blick in die jüngst vorgelegte Studie des Österreichischen Institutes für Raumplanung über volks- und regionalwirtschaftliche Auswirkungen der Landeshauptstadt St. Pölten, das wurde jetzt im Aufsichtsrat der NÖPLAN vorgelegt, ganz entscheidend schwarz auf weiß und nachprüfbar belegt, was hier in Niederösterreich gelungen ist. (*Abg. Dr. Michalitsch zeigt Konvolut.*) Die Errichtung der Landeshauptstadt löste ein Investitionsvolumen von 14 Milliarden Schilling aus. 81 zuordenbare Bauprojekte, 9 Milliarden Schilling der öffentlichen Hand und - was jetzt in letzter Zeit noch viel stärker kommt - die private Hand zieht nach. Es sind bereits fünf Milliarden Schilling private Investitionen dem gefolgt. Banken 140 Millionen, Versicherungen 847 Millionen Schilling, Tor zum Landhaus 350 Millionen. Also das sind lauter Beträge, die man natürlich spürt. Und wir freuen uns, und wenn wir mit den Unternehmern in der Region reden, dann sehen wir das. Und das sind nicht nur die Italiener, die der Herr Klubobmann Gratzner hier herausgreift, ich muß sagen, leider. Das sind vielmehr hunderte und tausende niederösterreichische und österreichische Bauarbeiter und österreichische Firmen, die hier tätig waren. Und ich glaube, das muß man auch sagen. Es ist doch schade, daß wir an einem solchen Tag dazu übergehen, nur irgendwelche Details herauszupicken. Natürlich hat es auch eine ausländische Wertschöpfung gegeben, aber die beträgt - der Bericht sagt das schwarz auf weiß - 6,5 Prozent. Das heißt, 93,5 Prozent der Investitionsausgaben sind der österreichischen Wirtschaft zugute gekommen. Sagen wir doch das einmal! Weil das ist es, was wir wollten, das war beabsichtigt und das wurde auch verwirklicht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt dann noch eine Reihe von anderen Dingen, Vorleistungs- und Zulieferverflechtungen

etwa bzw. eine Multiplikatorwirkung. Das bedeutet insgesamt auf Preisbasis 1994 eine regionale Wertschöpfung von 21,7 Milliarden Schilling. Und das Entscheidende für mich: Wenn man die Arbeit jetzt hernimmt, so sind das 15.900 Personennarbeitsjahre. Das heißt, fast 16.000 Menschen haben durch dieses Projekt ein ganzes Jahr Arbeit gehabt. Das ist ein zusätzlicher Effekt. Wenn ich an Landeshauptmann Ludwig denke und an seinen Impuls im Jahr 1984, dann an die gemeinsame Verwirklichung 1986, da muß ich sagen, Herz, was willst du mehr: So vielen und in der Hauptsache Österreichern Arbeit gegeben! Ich glaube, das ist wirklich ein Grund zur Freude und ein Punkt, den man fortsetzen sollte. Wir tun das heute mit dem Beschluß, das ist ja den Vorreden und dem Regierungsbeschluß zu entnehmen, ein Landesmuseum zu bauen.

Das NÖ Landesmuseum ist ja das jüngste im Reigen der österreichischen Bundesländer. Schon im 19. Jahrhundert haben alle anderen Kronländer ein Landesmuseum gegründet: 1802 die Ungarn, 1811 die Steirer, 1817 die Mährer, 1918 in Prag, 1921 in Laibach, ja sogar 1881 in Schlesien, 1883 in Galicien und 1893 in der Bukowina. Nur in Niederösterreich gab es keines. Es gab verschiedene Anläufe. 1890 entstand in Baden, Herr Bürgermeister, der Wunsch, ein Museum zu errichten, 1903 oder 1904 im Landtag von Niederösterreich, bis es dann 1911 so weit war und dieses Landesmuseum als jüngstes geschaffen werden konnte. 1925 hat es dann seine heutige Heimstatt im Haus Herrengasse 9 gefunden. Und, man muß sagen, wenn man so jung ist, hat man natürlich nicht Sammlungen, die bis ins 17. Jahrhundert zurückreichen. Aber man hat kluge Schwerpunkte gesetzt. Man hat sich konzentriert auf die Kunst des 19. Jahrhunderts und dann auf die zeitgenössische Kunst und auf die Natur des Landes Niederösterreich. Und ich glaube, daß hier doch einiges gelungen ist. Wer je mit einer Schul- oder Kindergartenklasse in dem Landesmuseum war, der sieht, daß die Kinder hier durch die Lebtierhaltung einen ganz anderen Zugang zu ihrer eigenen Heimat bekommen haben. Alles, was da erklärt wurde, ist in wirklich vorbildlicher museumspädagogischer Art und Weise den Kindern nahegebracht worden. Der Unterschied zwischen Amphibium und Reptil und wie man sich den Tieren nähert und wie sie sich anfühlen, das war wirklich faszinierend. Ich habe das ein paar Mal gemacht mit Kindergruppen. Und ich glaube, hier hat das Landesmuseum schon jetzt Pionierarbeit geleistet.

Die Sonderausstellungen hat der Herr Kollege Wöginger ja schon erwähnt. Aber ein

Punkt scheint mir doch noch wichtig, und der ist heute noch nicht erörtert worden: Das NÖ Landesmuseum ist ja schon seit den fünfziger und sechziger Jahren ein Musterbeispiel, wie wir uns auch die Landesentwicklung vorstellen. Es gab immer das Haus in der Herrengasse, im damaligen Landeszentrum, und es gab und gibt mittlerweile 12 Außenstellen des niederösterreichischen Landesmuseums. Das heißt, daß hier der Gedanke eines starken Herzens und einer blühenden Region verfolgt wurde in vielen praktischen Beispielen. Hier ist das schon verwirklicht seit vielen Jahren. Ob das die blühende Region im Alpengarten auf der Rax ist, oder das Afrikamuseum in Marchegg, die Strafrechtssammlung in Pöggstall, in der Rotunde wunderbar untergebracht. Der archäologische Park in Carnuntum steht jetzt gerade mit den römischen Aktivitäten sehr im Mittelpunkt. Aber auch das Hanak-Museum in Langenzersdorf, das Haydn-Museum in Rohrau, nicht zu vergessen das Museum für Ur- und Frühgeschichte in Traismauer, wo römisches Mauerwerk bis zum Dachstuhl ragt, ein spätrömisches Kastell, jetzt mit einem Kulturprogramm, das sehr floriert. Also hier passiert in der näheren Umgebung der Landeshauptstadt und in der Peripherie Kultur vor Ort mit den jeweiligen regional-typischen Eigenheiten. Weißenkirchen, Asparn und, und, und. Also hier ist wirklich etwas Zukunftsweisendes schon passiert.

Zukunftsweisend soll es natürlich auch weitergehen. Und da gibt es ein klares Konzept für unser Landesmuseum. Wobei diese Dezentralisierung weiter aufrecht erhalten wird, der Schwerpunkt Naturkunde weiter erhalten bleiben wird, wo Umwelt- und Naturschutz weiter in den Mittelpunkt rücken sollen und Neugierde, Interesse und Verständnis für die Natur geweckt werden soll. Im kulturellen Bereich wird eine Zusammenarbeit mit den anderen Außenstellen, insbesondere mit der Kunsthalle Krems gesucht werden, sodaß auch hier ein sehr schlankes Konzept verwirklicht werden kann. Das eigentliche Landesmuseum ist nur mehr 800 Quadratmeter groß, die Landesgalerie steht ja wie auch die Ausstellungshalle, die Shed-Halle, für Sonderausstellungen zur Verfügung. Besonders interessant erscheint die Möglichkeit, in diesem relativ großen Areal zwischen dem Festspielhaus und der jetzigen Shed-Halle eine Außengestaltung vorzunehmen. Ich glaube, daß das Ineinanderfließen von Innen und Außen hier neue Chancen bietet. Gerade wenn man innen Natur präsentiert, so soll auch die Umgebung eine parkähnliche Landschaft sein, mit Steinen aus Niederösterreich, mit typischen Pflanzen, mit Bio-

topen. Etwas, was die Distanz zwischen dem Besucher und dem Museum, die vielleicht irgendwo noch gegeben ist, abbauen hilft.

Ich glaube, daß dieses Museum Chancen bietet, auch in der Landeshauptstadt eine zukunftsorientierte Darstellung der Kunst und der Kultur Niederösterreichs vorzunehmen. Und ich bedaure es, daß ich mich auf Grund der Wortmeldungen der FPÖ fragen muß, warum sie es hinterfragen, daß Niederösterreich als großes, als wichtiges Bundesland sich in seiner Landeshauptstadt auch mit seinem kulturellen Erbe präsentiert. Wir haben gesehen, daß das alle Länder der Welt machen. Es gibt überall Nationalmuseen, Landesmuseen. Ich glaube nicht, daß es ein besonders zukunftsorientierter Gedanke ist, auf diese Präsentation unseres wunderschönen Heimatlandes gerade in der Landeshauptstadt zu verzichten. Wir haben ein Maximum an Dezentralisierung, an Einbindung der Regionen. Aber es ist unverzichtbar, daß in blühenden Regionen, um das Wort noch einmal zu gebrauchen, auch ein kräftiges, kulturelles Herz schlägt. Und ich wundere mich nur über den Zwiespalt. Der Kollege Schimanek - jetzt ist er nicht mehr da - der stimmt in der Landesregierung dafür. Ich denke mir, fein, die F hat doch etwas gelernt. Jetzt sind Sie hier. Ich war ja bei der Eröffnung Ihres Klubs, da hörte ich im internen Gespräch, es ist eigentlich "super" hier, die Arbeitsbedingungen sind gut, es ist ein Fortschritt, es macht uns Freude, es gefällt uns. Ich würde das doch auch gern hier einmal hören. Ich frage mich auch, was der Kollege Schimanek sagt. In der Regierung ist er dafür und hier ist er offenbar nicht Manns genug. *(Abg. Uhl: Er umschreibt das mit PR!)*

Hier könnte er einmal PR machen, weil ich glaube, daß dieses Museum für Niederösterreich wirklich etwas bringt, wie das gesamte Viertel. Nicht nur eine "Beamtenburg", um das Vorurteil, das vielleicht vor Jahren noch geherrscht hat, einmal anzusprechen, sondern ein kulturelles Zentrum. Es ist auch ein sportliches Zentrum. Man kann die Radfahrer hier sehen, Skater, man wird im Winter eislaufen können hier drunter. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Wenn das Becken unter dem Schiff zufriert, wird man hier 180 Meter wunderbar eislaufen können. Das Regierungsviertel bietet einiges. Kulinarisch und auch für den Einkauf. Es soll immer schöner werden, es soll immer mehr akzeptiert werden im ganzen Land. Es soll seine Wirkung voll entfalten können. Das Museum ist ein wesentliches Teilstück, das letzte Teilstück, der fünfte Bau in diesem Kulturbezirk. Es wird dann eine runde Sache, wenn der ORF auch noch fertig ist. Dann ist die-

ses Viertel wirklich funktionsfähig. Wir wünschen uns, daß dieses Viertel für alle Niederösterreicher da ist, daß es immer mehr akzeptiert wird. Und um den Spruch vom Gulasch und Saft noch einmal zu strapazieren, das Gulasch hat Saft und die Wirtschaftszahlen zeigen, das Land Niederösterreich hat Kraft. Und in diesem Sinne ein Glückauf unserem schönen Bundesland aus der Landeshauptstadt St. Pölten! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Wöginger.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter
Dkfm. Rambossek.

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK *(FPÖ)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte einmal zunächst eingehen auf den Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch, der gemeint hat, wir picken uns nur einzelne Sachen heraus. Entweder wurde von Ihnen der Herr Klubobmann Gratzler mißinterpretiert, denn wir haben damals folgendes gesagt: Es kann nicht österreichische Wertschöpfung sein, wenn ein Auftrag in der Größenordnung, soweit ich mich erinnern kann, von 50 Millionen Schilling an eine österreichische Firma vergeben wird, die den gleichen Auftrag dann um 45 Millionen Schilling an eine italienische Firma weitergibt. Das kann nicht Sinn und Zweck sein, weil dann hätten wir ihn gleich an eine italienische Firma vergeben und dem Herrn Mag. Freibauer letzten Endes fünf Millionen Schilling erspart. Das haben wir gesagt. Also bitte, picken Sie sich nicht aus unseren Behauptungen etwas heraus. Ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört, Herr Dr. Michalitsch, und ich muß schon eines sagen: Allein, was Sie hinsichtlich der Finanzierung gesagt haben, schaut für mich der Antrag, der heute beschlossen werden soll, doch ein bißchen anders aus als für Sie. Vielleicht wollten Sie bewußt oder unbewußt über ein paar Fakten hinwegsehen. Ich möchte aber auch dem Herrn Finanzlandesrat, und ich bin froh, daß er hier ist, noch sagen: Die Freiheitlichen suchen absolut keinen Skandal. Wir sind froh, wenn es keinen Skandal gibt. Denn die Skandale, die wir in dieser Republik schon miterlebt haben, vom AKH angefangen und so weiter, brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen, haben alle nur ein Ergebnis gehabt: Daß gewaltige Steuermittel einfach vernichtet worden sind.

Jetzt komme ich einmal zum eigentlichen Thema. Da bin ich geradezu herausgefordert, doch ein bißchen die Fakten der bisherigen Be-

schlüsse in Erinnerung zu bringen. Mit der Landtagsvorlage vom 2. Juli wurde der Landtag über die Pläne zur Entwicklung der Landeshauptstadt St. Pölten informiert, ich betone, informiert. Vom Landtag wurde damals genehmigt der Projektteil Landhausbezirk, also Landtag, Regierung, Amt der NÖ Landesregierung, die Projektteile Fremdnutzung, Büros, Lokale, sonstige Fremdprojekte sowie die Errichtung der Shed-Halle, wie sie jetzt heißt, des Festspielhauses, und der Um- und Ausbau der Bühne im Hof. Gesamtinvestitionskosten für alle diese Objekte wurden mit rund 5,4 Milliarden beschlossen. Hohes Haus! Gegenstand der zweiten Baustufe war die Errichtung des Landesarchivs und der Landesbibliothek und eines Kopfbauwerkes zur Ausstellungshalle, an welches als dritte Ausbaustufe ein Landesmuseum angebaut werden kann. So lautete es damals. Ich betone also, "kann". Für all diese Bauwerke wurden vom Landtag die Gesamtinvestitionskosten am 16. Dezember 1993 mit rund 359 Millionen beschlossen. *(Zwischenruf bei Abg. Dr. Bauer.)*

Für die zweite Ausbaustufe wurden am 16. Dezember 1993 weitere Gesamtinvestitionskosten von 359 Millionen beschlossen. Es entspricht daher, wenn man sich die Beschlüsse angeschaut hat, absolut nicht den Tatsachen, wenn in der heutigen Landtagsvorlage ausgeführt wird, und ich darf das zitieren, daß in den bisherigen Landtagsbeschlüssen jeweils dezidiert festgehalten wurde, daß das NÖ Landesmuseum ein unverzichtbarer Bestandteil des Kulturbezirkes ist. Sie können alle Beschlüsse durchlesen, alle Vorlagen, das ist nirgends angeführt. *(Abg. Dr. Bauer: Aber bei der Modelldiskussion Kulturbezirk war immer das Landesmuseum dabei. Bei dieser Jury war ich dabei. Und da war das Landesmuseum dabei, der Hollein-Entwurf und Hollein selbst auch eingeladen. Also man ist davon ausgegangen, daß das Museum gebaut wird!)*

Ja gut, das ist seinerzeit eine Planung gewesen. Nur, Herr Klubobmann, es ist nirgends festgehalten, weder im Grundsatzbeschuß vom 2. Juli 1992 noch am 16. Dezember 1993. Dann, sage ich schon, dann soll man das aber prinzipiell nicht so darstellen. Und ich glaube, ich weiß ja auch, warum. Wahrscheinlich wird diese weitere Baustufe von der NÖPLAN sicherlich forciert. Und das ist ja auch ganz selbstverständlich. Ich habe auch sehr aufmerksam die Presseaussendungen der NÖPLAN gelesen. Die NÖPLAN pflegt sich hier so auszudrücken, daß durch die Errichtung weiterer Objekte eine große Lücke im Kulturbezirk geschlossen wird. Aber es geht, glaube ich, der NÖPLAN sicherlich auch um etwas anderes: Daß

das Betätigungsfeld für sie um fünf Jahre verlängert wird. Ich sage hier für die Freiheitlichen klipp und klar, wir sagen Ja zu Kultur und Kunst. Wir meinen aber, daß man sich Kultur und Kunst auch leisten können muß. Ich glaube, wir haben nicht eine so rosige Budgetsituation, wir werden ja nächste Woche noch darüber diskutieren. Und ich glaube und das ist halt unsere Meinung, daß man mit einem derartigen Brocken Steuergeld wichtigere anstehende Probleme lösen könnte. Ich meine auch, daß durch eine 360 Millionen Schilling-Investition in die Infrastruktur unseres Landes ein weit größerer wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Impuls ausgelöst werden könnte als dies durch die Errichtung von weiteren Objekten im Landhausviertel der Fall sein wird.

Es gibt aber noch weitere Fakten, warum wir dieser Landtagsvorlage nicht zustimmen werden. Der Herr Dr. Michalitsch hat wiederholt, was ich am 14. Mai 1997 in der Landeskorrespondenz gelesen habe: Daß die Finanzierung des Landesmuseums möglich wird, weil bei der Realisierung des Regierungsviertels bisher beträchtliche Einsparungen erzielt wurden. Hohes Haus! Wenn ich dem Quartalsbericht der NÖPLAN Glauben schenke, und das möchte ich, dann kann ich in diesem Quartalsbericht die vom Herrn Landeshauptmann artikulierten Einsparungen ganz einfach nicht finden. Ich finde in diesem Quartalsbericht der NÖPLAN eine Prognose Bauende ohne Skonto und auf Grund der bisherigen beiden Landtagsbeschlüsse, daß die Errichtung des Landhausviertels rund 6,564 Milliarden Schilling erfordern wird. Diesen Betrag finde ich auch in diesem Quartalsbericht. Diesem Betrag steht ein valorisiertes Gesamtbudget in Höhe von 6,610 Milliarden gegenüber. Das heißt, die Einsparung beläuft sich laut NÖPLAN-Darstellung derzeit auf rund 45 Millionen Schilling. Die Skonti sind mit rund 170 Millionen Schilling zu werten. Das bedeutet für mich aber auch, daß die Einsparungsvorgabe, die die Regierung oder Teile der Regierung der NÖPLAN vorgegeben haben, von 350 Millionen noch gar nicht erreicht ist. Das heißt für mich, daß bisher rund 215 Millionen Schilling vorgezeigt werden können als Einsparungen, aber die Einsparungsvorgabe, die gegeben wurde, ist nicht erreicht.

Ein weiterer Punkt, weshalb wir dieser Landtagsvorlage nicht zustimmen werden, ist, daß diese Vorlage dem einstimmig beschlossenen Resolutionsantrag der Herren Abgeordneten Buchinger und Icha vom 5. Dezember 1990 absolut nicht Rechnung trägt. Mit diesem Antrag, und das hat Herr Kollege Ing. Dautzenberg schon hervorgehoben, wurde beschlossen, daß bei ei-

nem derartigen Vorhaben dem Landtag nicht nur die Gesamtkosten des Projektes darzustellen sind, sondern auch die Folgekosten, die Laufzeit sowie die jährlich den Landeshaushalt belastenden Leasingraten. Hohes Haus! Ich kann die Vorlage drehen und wenden, wie ich will. Über Folgekosten, über künftige Betriebskosten, über Finanzierungskosten kann man in der Vorlage nichts lesen. *(Abg. Hiller: Wir haben ja auch derzeit ein Museum geführt mit Technik, mit Personal etc. Das wird übergeführt, das amortisiert sich ja!)* Herr Klubobmannstellvertreter! Dann hätte man dem voll Rechnung tragen sollen. Das ist ja ein anderes Bauwerk. Das wird mit einer anderen Haustechnik gebaut. Das können Sie nicht überleiten von den jetzigen Kosten.

Verwunderlich ist als dritter Punkt, den ich auch aufzeigen möchte, daß bei der Darstellung der Sonderfinanzierung in der heutigen Landtagsvorlage, sich diese Darstellung ganz einfach nicht unwesentlich von jener unterscheidet, die die Grundlage für die zweite Baustufe, Landesarchiv und Landesbibliothek etc., am 16. Dezember 1993 war. Unter anderem fehlt mir in der heutigen Vorlage die Feststellung, daß das Landesbudget von den Finanzierungsmaßnahmen für die Hauptstadt entlastet wird. Das fehlt heute. Es ist eigentlich unverständlich: Wenn alles aus dem Wundertopf des Hauptstadtfonds finanziert wird, sollte man schon auf einen gewissen Gleichklang in der Antragstellung schauen.

Ein weiterer Grund, weshalb wir der Vorlage nicht zustimmen werden - und das ist auch ein Faktum - ist, daß der Landtag heute ganz einfach informiert wird, daß in einer Größenordnung von 150 Millionen Schilling Vorleistungen für eine dritte Baustufe bereits getätigt wurden. Es gibt aber zur Finanzierung keinen Landtagsbeschluß. Da stimme ich mit dem Dr. Michalitsch wirklich nicht überein. Wäre das alles gedeckt durch die zwei bisherigen Beschlüsse, wäre das alles, Herr Doktor, gedeckt durch die zwei bisherigen Beschlüsse, dann könnten wir uns ja in der heutigen Beschlußfassung die Punkte 2 und 3 absolut sparen! Und ich glaube, das war wieder einmal ein Alleingang der Landesregierung. Und der Landtag ist eigentlich, Herr Dr. Michalitsch, doch auch zu einer Kontrolle der Regierung aufgefordert. Und solche Maßnahmen, daß 150 Millionen Schilling, bitte, ohne einen Beschluß des Landtages bereits ausgegeben sind, widersprechen dem Grundsatz der Budgethoheit: Und deswegen werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ. - Abg. Dr. Bauer: Herr Kollege Rambossek! Die 150 Millionen werden nicht an das Landes-*

museum angebaut. Es wird kein Körper um 150 Millionen hier angebaut!)

Das ist mir schon klar. Das sind die bereits ausgegebenen Beträge für die Vorleistungen. Das habe ich jetzt klargestellt für Dich, Du willst mich scheinbar nicht verstehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. BREININGER (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Mit Mehrheit angenommen! *(Zustimmung ÖVP, SPÖ; Ablehnung FPÖ, LIF.)*

Hohes Haus! Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 603/S-5/17 und Ltg. 604/S-5/18 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln, Berichterstattung und Abstimmung sollen jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Dr. Mautner Markhof, die Verhandlungen zu den genannten Geschäftsstücken einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich berichte zuerst zum Geschäftsstück Ltg. 603/S-5/17, Bezirkshauptmannschaft Bruck a.d. Leitha, Neubau eines Amtsgebäudes.

Der Baubeirat hatte vorerst 1991 einen anderen Standort vorgeschlagen. Auf Grund der schweren Realisierbarkeit des Projektes an diesem Standort hat 1994 der Baubeirat den Standort der landwirtschaftlichen Fachschule zur Unterbringung der Bezirkshauptmannschaft empfohlen. Es ist auch beabsichtigt, das Bezirksgendarmeriekommando und den Gendarmerieposten Bruck a.d. Leitha in einem eigenen Trakt zu unveränderlichen Gesamtherstellungskosten von S 16,848.000,- zuzüglich Ust. in Form einer Mietvorauszahlung durch den Bund auf 99 Jahre, zahlbar in drei gleichen Teilbeträgen bis Bezug des Objektes, unterzubringen.

Das nunmehr vom Architekten erstellte Projekt unter Zugrundelegung des neuen Personalstandes der Bezirkshauptmannschaft sowie unter Berücksichtigung der Schaffung von Telearbeits-

plätzen mußte auf 91 Arbeitsplätze ausgelegt werden, um den Erfordernissen gerecht zu werden. Die daraus resultierenden aktuellen Gesamtbaukosten von S 91,428.000,- zuzüglich Umsatzsteuer errechnen sich wie folgt: Aufschließung S 2,067.000,-, Bauwerk S 66,050.000,-, Einrichtung 10 Millionen, Außenanlagen 2,9 Millionen. Dies ergibt Gesamtbaukosten von 81 Millionen. Mit Honoraren (9 Millionen) und Reserven (1,3 Millionen) ergeben diese S 91,428.000,-.

Mit der Finanzierung des Bauvorhabens soll gemäß Beschluß der Landesregierung vom 8. April 1997 die NÖ Hypo LeasinggesmbH beauftragt werden. Die vorliegende Kostengarantie stützt sich auf Erfahrungswerte von bereits abgerechneten vergleichbaren Bauvorhaben, zum Beispiel den Neubauten der Bezirkshauptmannschaften Mödling, Baden und Gmünd. Ich darf daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses stellen *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das Vorhaben 'Bezirkshauptmannschaft Bruck/Leitha, Neubau eines Amtsgebäudes' mit einer garantierten Gesamtsumme von S 91,428.000,- exkl. Ust., Preisbasis 1/97, wird genehmigt. Der Anwendung eines Sonderfinanzierungsmodelles wird zugestimmt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Das wäre das erste Geschäftsstück. Das zweite Geschäftsstück, Ltg. 604/S-5/18, behandelt die Bezirkshauptmannschaft Wr. Neustadt, Neubau eines Amtsgebäudes. Hiezu darf ich folgendes berichten: Im Hinblick auf die Raumnot sowie die im Sinne des Dezentralisierungskonzeptes zu verlegenden Dienststellen von Wien nach Wr. Neustadt, wie zum Beispiel Gruppe Wasser mit 19 Bediensteten, Buchhaltungsabteilung mit 10 Bediensteten, und auf die Sanierungsbedürftigkeit des Amtsgebäudes der BH Wr. Neustadt wird die Errichtung eines Neubaus vorgeschlagen.

Die Kostenermittlung der Abteilung Landeshochbau A ergibt Gesamtkosten von 232 Millionen Schilling exklusive Umsatzsteuer. Die schlüsseln sich so auf: Grundkosten fallen keine an, Aufschlüsselung S 2,500.000,-, Bauwerk 174 Millionen, Einrichtung 27,8 Millionen und Außenanlagen 4,6 Millionen. Das ergibt Gesamtbaukosten von 209 Millionen Schilling, zuzüglich Honoraren und Nebenkosten von 23 Millionen sind das 232 Millionen Schilling. Mit der Finanzierung dieses Bauraumes soll ebenfalls gemäß Beschluß der Landesregierung die NÖ Hypo LeasinggesmbH beauftragt werden. Ich möchte noch dazu sagen, im Hinblick auf eine rasche Projektabwicklung sowie auf eine Belebung der Bauwirtschaft sollte mit dem Bau noch im Spätsommer 1997 begonnen werden. Ich darf daher den Antrag stellen des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Das Vorhaben 'Bezirkshauptmannschaft Wr. Neustadt, Neubau eines Amtsgebäudes' mit einer garantierten Gesamtsumme von S 232 Mio. exkl. MWSt. (Preisbasis Jänner 1997) wird genehmigt. Der Anwendung eines Sonderfinanzierungsmodelles wird zugestimmt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Ich darf Sie, Herr Präsident bitten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Danke für beide Berichte und für die gestellten Anträge. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Pietsch.

Abg. PIETSCH (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren!

Dieser Tagesordnungspunkt ist es wert, einige Bemerkungen positiver Art darzulegen. Für den Neubau der Bezirkshauptmannschaften von Wr. Neustadt und Bruck a.d. Leitha, welcher durch den Landtag in einem Grundsatzbeschuß im Februar 1996 beschlossen wurde, soll heute der dazu notwendigen Finanzierung zugestimmt werden.

Beide Bauvorhaben beenden sowohl in Wr. Neustadt als auch in Bruck a.d. Leitha eine vorherrschende Raumnot für etwa 205 Beschäftigte und es werden moderne und zeitgemäß ausgestattete Arbeitsplätze geschaffen. In beiden Städten wird es auch für die Altgebäude eine für das Land günstige Folgeverwendung geben.

Ich darf für die Stadt Wr. Neustadt sagen, daß hier seitens der Stadt ein konkretes Interesse am Erwerb des Amtsgebäudes der Bezirkshauptmannschaft zur Unterbringung von Dienststellen des Magistrates besteht. Und es wurde auch ein Tausch der gegenständlichen Liegenschaften als geeignetste Form der Transaktion angesehen. Zu diesem Zweck wurden Schätzgutachten von allgemein beeideten, gerichtlichen Sachverständigen eingeholt. Entsprechend der Verhandlungen zwischen der Stadt Wr. Neustadt und dem Land Niederösterreich ist als Wertausgleich für den Tausch unter Zugrundelegung der gutächtlichen Stellungnahme der Abteilung Bau-, Agrar- und Verkehrstechnik zu den Gutachten ein Differenzbetrag von 15 Millionen zugunsten des Landes Niederösterreich vorgesehen.

Im Bereich der Stadt Bruck gibt es eine Liegenschaft an der Fischamenderstraße. Von der Abteilung Landeshochbau wurden dafür im Einvernehmen mit der Bezirkshauptmannschaft Bruck a.d. Leitha und der Abteilung Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten Varianten hinsichtlich Umbau und Adaptierung bestehender Objekte, Abbruch und Neubau ausgearbeitet. Vom Baubeirat wurde einstimmig ein Teilabbruch der bestehenden Objekte und die Errichtung eines Neubaus empfohlen. Der Vorteil bei diesem Standort liegt darin, daß keine Grundkosten anfallen und daß genügend Kfz-Abstellflächen vorhanden sind. Außerdem kann dem Raum- und Funktionsprogramm der Bezirkshauptmannschaft unter Bedachtnahme auf allfällige Reserven entsprochen werden. Die Liegenschaft der Lagerhausstraße 4 kann nach Fertigstellung des Neubaus veräußert werden. Daher sind in

beiden Städten Nachfolgeverwendungen für die im Landesbesitz stehenden Realitäten gegeben. Und ich glaube, daß eine sehr gute Verwertung dieser Liegenschaft vorhanden ist.

Gesamtkosten von 232 Millionen Schilling in Wr. Neustadt und 91,429.000,- Schilling in Bruck a.d. Leitha exkl. MWSt., das sind insgesamt 323 Millionen, werden Teilen der Wirtschaft dieser beiden Regionen Arbeit und Beschäftigung bieten. Auf Grund der vorhandenen Bauzeitpläne wird es möglich sein, den Baubeginn im Jahre 1997 so zu gestalten, daß beide Baustellen Winterbaustellen werden. Das heißt, der Rohbau sollte vor Winterbeginn 1997/98 stehen und daher den an der Errichtung beteiligten Firmen eine Beschäftigung auch im Winter gewährleisten. Beide Bezirkshauptmannschaften sollen im Frühjahr 1999 in Betrieb genommen werden und den Beschäftigten ein modernes und ein den Sicherheitsbedürfnissen der Bediensteten entsprechendes Amtsgebäude bieten.

Sehr positiv muß angemerkt werden, daß für beide Bauvorhaben Kostengarantien vorliegen. Dies zeigt wiederum, daß die Unterlagen für diese Vorhaben von den Beamten des Landes äußerst solide aufbereitet wurden. Eine Förderung der Wirtschaft durch Errichtung von Amtsgebäuden, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten sind Aspekte, die äußerst positiv anzusehen sind. Und daher wird die sozialdemokratische Fraktion den Sonderfinanzierungsmodellen beider Bauvorhaben die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort ist gemeldet der Herr Abgeordnete Mag. Schneeberger.

Abg. Mag. SCHNEEBERGER (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus!

Geschätzte Damen und Herren! Wenn wir den Tagesordnungspunkt, der bereits abgehandelt wurde und den jetzigen uns vor Augen führen, dann geht es um ein Investitionsvolumen des Landes Niederösterreich in der Größenordnung von nahezu 700 Millionen Schilling. Und das sollte man in aller Deutlichkeit sagen: Daß die hervorragenden Wirtschaftsdaten, ob es die Abnahme der Arbeitslosenzahlen oder die Zunahme in den Beschäftigtenzahlen in diesem Lande ist, auch und überwiegend von den Wirtschaftsimpulsen der öffentlichen Hand, des Landes ausgehen. Das heißt, daß hier die Motorfunktion der öffentlichen Hand entsprechend

vorhanden ist, und - und das sage ich auch als Mandatar der Südregion, als Vizebürgermeister der Stadt Wr. Neustadt - daß es eine Ausgewogenheit gibt zwischen den Investitionen, die logischerweise hier in St. Pölten durchgeführt werden, und den Investitionen, die auch notwendigerweise und logischerweise in den Regionen Platz greifen.

Wenn wir 360 Millionen zur Vervollständigung des Kulturbezirkes investieren, dann ist es genauso legitim und notwendig, daß wir in unseren Regionen, und hier eben in Bruck a.d. Leitha 90 und in Wr. Neustadt 232 Millionen investieren und damit dort auch für die heimische Wirtschaft die entsprechenden Impulse setzen. Ich kann mir ersparen, auf die Notwendigkeiten des Neubaus einzugehen. Sie wurden sowohl vom Berichterstatter, als auch von meinem Vorredner bereits im Detail gebracht. Ich gehe einmal davon aus, daß die Notwendigkeit unbestritten ist. Ich gehe davon aus, daß die daraus resultierenden positiven Effekte für die heimische Wirtschaft genauso unbestritten sind. Und ich gehe davon aus, daß damit gerade, was die Bezirkshauptmannschaften anlangt, der Reigen fürs erste als geschlossen anzusehen ist, wenn wir uns vor Augen führen, daß Mödling, Gmünd und Baden mit einer Summe von über einer halben Milliarde schon abgeschlossen sind und dort die Arbeitsbedingungen für die dort Arbeitenden dadurch bereits verbessert wurden.

Die Konjunkturimpulse müssen unverzüglich erfolgen, daher ist es auch für mich eine legitime Art und Weise, wie hier vorgegangen wird. Das Positive ist die Garantiesumme, daß man davon ausgeht, nicht das böse Erwachen im Nachhinein zu haben, sondern daß wir eben wissen, daß jene Beträge auf Preisbasis 1997, die hier zur Beschlußfassung vorliegen, auch eingehalten werden. Schnell deswegen, weil es in unserem Interesse sein muß, daß gerade in der Winterzeit die entsprechenden Arbeiten möglich sind und damit auch die entsprechende Beschäftigung gewährleistet ist. Alles in allem ein Arbeitsmarkimpuls, ein Investitionsimpuls, eine Wirtschaftsbelebung. Aber auf der anderen Seite etwas, von dem wir als Land Niederösterreich sagen, wir müssen für unsere Mitarbeiter draußen in den Regionen, in den Bezirken die Arbeitsplätze so gestalten, daß zum einen das Service verbessert, zum anderen die Arbeitsbedingungen verbessert werden können und damit natürlich auch die Motivation für unsere Mitarbeiter sich verbessert. So gesehen ist dieser heutige Landtag ein Landtag, der wieder einmal unter Beweis stellt, daß das Land Niederösterreich jede Möglichkeit nützt, um nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeit hier

entsprechende Investitionen zu setzen. In diesem Sinne ist es nicht nur ein Freudentag, wie es der Kollege Martin Michalitsch gesagt hat, für St. Pölten, sondern auch für die Südregion. *(Beifall bei der ÖVP.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. Dr. MAUTNER MARKHOF (ÖVP): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 603/S-5/17, BH Bruck a.d. Leitha, Neubau eines Amtsgebäudes):* Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 604/S-5/18, BH Wr. Neustadt, Neubau eines Amtsgebäudes): Einstimmig angenommen!

Ich beabsichtige, die Geschäftsstücke Ltg. 336/G-2/3, 337/G-3/3 und 338/G-4/4 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung soll jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Abgeordneter Sivec hat sich krankheitshalber für die heutige Sitzung entschuldigen müssen und kann daher auch nicht, wie vorgesehen, zu den genannten Geschäftsstücken berichten. Besteht ein Einwand dagegen, daß dies Herr Abgeordneter Uhl übernimmt? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich ersuche daher den Herrn Abgeordneten Uhl, die Verhandlungen zu den genannten Geschäftsstücken einzuleiten.

Berichterstatter Abg. UHL (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Für etwa 23.000 Mitarbeiter in den Gemeinden Niederösterreichs wurde zu den Landtagszahlen 336/G-2/3, 337/G-3/3 und 338/G-4/4 in vielen Verhandlungsrunden, Ausschüssen, Unterausschüssen unter Einbindung der Gewerkschaft, der Gemeindevertreterverbände und der zuständigen Fachabteilungen ausverhandelt. Die Grundzüge, Sachverhalte dieser Vorlagen sind: Für Beamte und Vertragsbedienstete, sowohl Arbeiter als auch Angestellte, gilt ein gemeinsames einheitliches Entlohnungssystem. Die Einreihung bei der Aufnahme erfolgt in eine von sieben Grundverwen-

dungsgruppen, wobei neben den beruflichen Ausbildungen das Festlegen im Dienstpostenplan Grundlage der Einreihungen ist. Ein Solldienstpostenplan ist zu erstellen.

Bei einer überdurchschnittlichen Leistung ist eine Beförderung in Leistungsverwendungsgruppen möglich. Für Bedienstete, die eine im Dienstpostenplan vorgesehene Funktion ausüben, gibt es Funktionsverwendungsgruppen. Sowohl für die Beförderung in die Leistungs- als auch in die Funktionsverwendungsgruppen ist eine Leistungsbeschreibung und ein Gemeinderatsbeschluß zwingend erforderlich.

Das Gehalt in den neuen Verwendungsgruppen darf nicht geringer sein als in dem bisherigen Gehalt. Die Vorrückungsbeträge in den Grundverwendungsgruppen dürfen nicht geringer sein als die bisherigen Biennalzuwächse. Die Überleitung hat grundsätzlich in die Grundverwendung zu erfolgen. Derzeitige Leistungs- und Funktionsverwendungen müssen aber bewahrt bleiben. Das heißt, im Zuge der Überleitung hat eine Zuerkennung der Leistungs- oder Funktionsverwendung durch den Gemeinderat zu erfolgen. Bisher gewährte leistungsbezogene Zulagen bleiben grundsätzlich unverändert. Der Dienstgeber kann aber im Einvernehmen mit dem Dienstnehmer und der Personalvertretung diese leistungsbezogenen Zulagen in das Gehalt einrechnen. Funktionen können zeitlich begrenzt werden. Die Funktionsverwendungsgruppe ist nur für die tatsächliche Funktionsausübung maßgeblich. In Hinkunft soll es nur mehr Funktionsbezeichnungen, aber keine Amtstitel geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Gesetzesvorlage ist eine der umfangreichsten, aber auch tiefgreifendsten. Ich darf daher im Namen des Kommunal-Ausschusses folgende Anträge stellen *(liest)*:

"Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Zum zweiten Geschäftsstück, Ltg. 337/G-3/3, Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Und schließlich den Antrag zur Landtagszahl 338/G-4/4, Antrag des Kommunal-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 wird in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Darf ich, Herr Präsident, bitten um Debatte und Abstimmung.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter, für Berichterstattung und Antragstellung. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hrubesch.

Abg. HRUBESCH (*FPÖ*): Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kommunal-Ausschuß hat sich in mehreren Sitzungen mit den Regierungsvorlagen, die Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung, die Änderung der NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung und die Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes betreffend, beschäftigt und beschlossen, mit einer weiteren Behandlung der Geschäftsstücke bis zur Vorlage einer bundesgesetzlichen Regelung als Orientierungshilfe zuzuwarten. Diese ist allerdings nie gekommen. Ziel dieser beabsichtigten Reform war es, für die zirka - ich habe in meinen Zahlen 15.000 Gemeindebedienstete, Kollege Uhl, Du hast gesagt 23.000 Gemeindebedienstete, aber vielleicht kann man das im Laufe der Debatte noch in Erfahrung bringen, ob es zirka 15.000 oder 23.000 sind - ein neues Dienst- und Besoldungsrecht zu schaffen. Aus diesen Gründen wurde ein neues Dienstrecht erarbeitet, das von folgenden Eckpfeilern getragen ist: Erstens soll eine Beseitigung des Dienstklassensystems in der derzeitigen Form nach dem derzeitigen System erfolgen. Und zwar sind derzeit sowohl die Dienstnehmer als auch der Dienstgeber mit einigen Nachteilen konfrontiert.

Der zweite Eckpfeiler dieser Reform war es, einheitliche Verwendungsgruppen zu schaffen. Derzeit ist es so, daß eine höhere Verwendungsgruppe nur durch eine höhere schulische Ausbildung erreicht werden kann. Zum Beispiel kann ein Maturant nur im Falle des Abschlusses eines Hochschulstudiums in die nächsthöhere Verwendungsgruppe überstellt werden. Eine Beförderung ist in die nächsthöhere Verwendungsgruppe auch dann nicht möglich, wenn der Maturant ständig A-wertiger Beschäftigung nachgeht. Dritter und vierter Eckpfeiler dieser Reform war es, neue Funktionsverwendungen und Leistungsbeförderungen zu schaffen.

Im Detail möchte ich auf die einzelnen Funktionsverwendungen, Leistungsbeförderungen, Dienstklassensysteme sowie Verwendungsgruppen nicht eingehen. Man kann ja jederzeit in den Vorlagen nachlesen und nachvollziehen, welche Änderungen diesbezüglich ins Haus stehen. Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Daß aber das alles sehr viel Geld kosten wird, war uns klar. Und so forderte der Kommunal-Ausschuß Herrn Landeshauptmannstellvertreter Höger auf, eine Berechnung der Mehrkosten vorzunehmen über die geplante Besoldungsreform, wieviel das aus-

machen wird. Nach den uns zugegangenen ersten Berechnungen würden die Mehrkosten in zehn Jahren insgesamt zirka 412 Millionen Schilling ausmachen. Und zwar setzen sich die so zusammen: In den ersten beiden Jahren entstehen Überleitungskosten in der Höhe von 98 Millionen Schilling, im dritten und vierten Jahr Überleitungskosten von 31,4 Millionen Schilling, im fünften und sechsten Jahr Überleitungskosten von 63,8 Millionen Schilling, im siebten und achten Jahr von 94,2 Millionen Schilling und im neunten und zehnten Jahr von 125,6 Millionen Schilling. Wie gesagt, das würde bedeuten, innerhalb von zehn Jahren Überleitungskosten, Mehrkosten in Form der Besoldungsreform von insgesamt 412 Millionen Schilling.

Diese Unterlagen sind uns vergangenes Jahr zugegangen. Der Ausschuß hat sich mit diesen Zahlen befaßt und ist eigentlich gar nicht zum Tag gekommen, weil so eine hohe Zahl, so eine hohe Summe haben wir uns gar nicht zu bearbeiten getraut. Und so wurde eine neuerliche Berechnung Anfang 1997 angestellt. Doch ergab das, wenn ich das noch einmal im Detail sagen kann, ebenfalls eine Erhöhung nach 10 Jahren von insgesamt 407 Millionen Schilling. Und zwar ist man ausgegangen von diesen Mehrkosten der Reform bei Überleitung nach individuellem Stichtag unter Berücksichtigung einer zu erwartenden Bezugserhöhung ab 1. Jänner 1998 um drei Prozent, das muß man natürlich dazu sagen. Basis der Berechnung sind 21 Entlohnungsstufen und Annahme ist gewesen, daß zu jedem Vorrückungstichtag ein Viertel aller überzuleitenden Bediensteten vorrückt. In diesem Zeitraum, wie gesagt, wären 407 Millionen Schilling in zehn Jahren zu leisten gewesen. Es wurde aber auch diesbezüglich eine zweite Kostenrechnung, ein zweiter Kostenvergleich mit angeboten. Der liegt ja auch als Beilage bei. Hier kann ich mich kurz fassen. Nach zehn Jahren würde das nach der zweiten Berechnungsgrundlage einen Betrag von 783,9 Millionen Schilling ausmachen. 783 Millionen Schilling sind natürlich ein ganz gewaltiger Preis, den so eine Besoldungsreform ausmachen würde.

Meine Damen und Herren! Wir sind eigentlich davon ausgegangen, daß die Einführung des neuen Besoldungsschemas weitgehend kostenneutral sein sollte. Wie jedoch die Berechnungen ergaben, bedeutet die vorliegende Besoldungsreform eine wesentliche Besserstellung für den Dienstnehmer und für den Dienstgeber eher eine Schlechterstellung, eher nur Nachteile. Der Dienstgeber hat die Möglichkeit - ich habe es so herausgelesen - lediglich diesen Funktionsdienst-

postenplan zu bewerten und auch dann bei Neueintritten die Leute dementsprechend zu bewerten. Für die bestehenden Gemeindebediensteten sehe ich einen Vorteil für den Bediensteten, aber nicht für den Dienstgeber. Das muß man klipp und klar aussprechen. Und deswegen stellt sich schon, meine Damen und Herren, für mich persönlich die Frage, ob in Zeiten von Belastungspaketen, höherer Arbeitslosigkeit, geplanten Änderungen des Pensionssystems eine Neuordnung wie in der dargelegten Form des Dienstrechtes zum jetzigen Zeitpunkt sinnvoll ist. Wir haben jetzt zwei Jahre zugewartet, die Berechnungen sind hier. Von Bundesebene haben wir, hat der Ausschuß nichts bekommen, und trotz allem sollen nun diese Gesetzesvorlagen per 1. Jänner 1989 wirksam werden. Da jedoch die Mehrkosten von den Gemeinden nicht alleine getragen werden können - das war von Anfang an klar - einigten sich die Gemeindevertreterverbände von ÖVP und SPÖ sowie die Gewerkschaften, bei der kommenden Lohnrunde auf 1,35 Prozentpunkte der Gehaltserhöhung zu verzichten.

Ein Detail am Rande, das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Ich bin jetzt beim Studium draufgekommen, daß der Verband der Gemeindevertreter der ÖVP und der Verband der Sozialdemokratischen Gemeindevertreter schon ein gemeinsames Briefpapier benützen. Das ist für mich eher verwunderlich. Aber bitte, ich möchte nichts dazu sagen. (*Heiterkeit im Hohen Hause.*) Ich stelle es nur fest. Schlecht ist nichts dran, Herr Kollege. Nein, es ist nichts dagegen einzuwenden. Ich stelle es nur fest. Jeder kann sich seinen Reim darauf machen. Ich sage nichts dazu. (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Hoher Landtag! Ob nun das Ziel der Reform, für diese 15.000 Gemeindebediensteten oder 23.000 Gemeindebediensteten ein neues Dienst- und Besoldungsrecht zu schaffen, erreicht wurde und den Vorstellungen der Betroffenen entspricht, wird sich meines Erachtens erst in einigen Jahren beurteilen lassen. Auf Grund dieser Tatsache, dieses Beobachtungszeitraumes, werden wir diesen Vorlagen unsere Zustimmung geben, sind aber sofort gerne bereit, sollte man draufkommen, daß hier eventuell falsche Berechnungsgrundlagen - man hat ja hier keine Erfahrungswerte - vorliegen, eine sofortige Novellierung unsererseits mit zu unterstützen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Feurer.

Abg. FEURER (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

In nicht weniger als 30 Verhandlungsrunden wurde die vorliegende Besoldungsreform für die NÖ Gemeindebediensteten von den Vertretern der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, den Gemeindevertreterverbänden und natürlich unter Mitwirkung der zuständigen Abteilung der Landesregierung erarbeitet. Das Ergebnis, meine sehr geehrten Damen und Herren: Die rund 15.000 Vertragsbediensteten und tausend Gemeindebeamten erhalten ein gemeinsames, einheitliches Entlohnungssystem.

In diesem Zusammenhang stellt man sich natürlich die Frage, was war ausschlaggebend, daß man das bestehende System so groß angelegt reformieren will. Einige Punkte sind ja von den Vorrednern heute schon angeschnitten worden. Für mich ist das wesentliche Merkmal auf der einen Seite der Unterschied zwischen dem Monatsentgelt der Vertragsbediensteten und dem Gehalt der Gemeindebeamten. Dieser Unterschied ist dann nicht gerechtfertigt, wenn zwei Bedienstete in unterschiedlichem Dienstverhältnis an und für sich die gleiche Arbeit erledigen. Damit man sich das ein bißchen vorstellen kann, möchte ich Ihnen ein kurzes Beispiel bringen. Ein Maturant, als Vertragsbediensteter in der Entlohnungsgruppe B eingereiht, kann am Ende seiner Berufslaufbahn in der höchsten Entlohnungsstufe ein maximales Grundgehalt von S 31.546,- erreichen. Ein Beamter kann, sofern ihm ein Dienstposten der Dienstklasse 7 zugewiesen wird, das ist die höchste momentan für einen B-Beamten erreichbare Dienstklasse, ein Endgehalt von S 50.463,- bekommen. Nun könnte man ja sagen, man soll alle pragmatisieren. Aber wir wissen ganz genau, daß das die Gemeinden vor unlösbare Finanzprobleme stellen würde. Und aus diesem Grund schrecken natürlich die meisten Gemeinden vor der Pragmatisierung zurück. Wenn wir heute diese ganze Szene betrachten, müssen wir feststellen, daß nur mehr vier Prozent der Gemeindebediensteten sich in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis befinden. Und daher flüchtete man in den Gemeinden natürlich in Zulagen-

systeme bzw. in Sonderdienstverträge, um eben qualifizierte Leute auf ihren Posten absichern zu können.

Der zweite Punkt, der, glaube ich, doch entscheidend ist, vor allen Dingen im Hinblick auf die Gemeindebeamten, ist die Tatsache, daß die Beamten erst im letzten Drittel ihrer Berufslaufbahn in höhere Bezüge gelangen. Der dritte Punkt, der mir auch wesentlich ist und der auch schon von meinem Vorredner angeschnitten worden ist: Daß es de facto ohne höhere schulische Ausbildung nicht möglich war für einen Gemeindebediensteten, in eine andere Verwendungsgruppe bzw. Entlohnungsgruppe zu kommen. Und der vierte Punkt ist der, daß mit der Berufung zu einem leitenden Dienstposten eigentlich unmittelbar keine finanzielle Besserstellung verbunden war, wenn man von der höheren Personalzulage vielleicht absehen möchte.

Meine Damen und Herren! Auf den Punkt gebracht kann man daher sagen, daß das gegenwärtige Dienst- und Besoldungsrecht aus den von mir genannten Gründen eigentlich leistungshemmend und demotivierend und halt wenig attraktiv für die Gemeindebeamten ist. Und eine Reform war daher Aufgabe sowohl der Gewerkschaft als auch der Gemeindevertreter. Und da kann ich den Ausführungen meines Vorredners nicht ganz folgen. Es ist natürlich nicht nur für den Bediensteten wichtig, daß er genau weiß, welche Berufslaufbahn er da vor sich hat und welche Möglichkeiten der Entlohnung er vor sich hat, sondern es ist auch wichtig für den Dienstgeber, daß er leistungsgerecht bezahlen kann und damit letzten Endes auch qualifizierte Leute absichern kann.

Meine Damen und Herren! Diese Fragen wurden bereits seit 1991 von den zuständigen Verhandlern beraten und schon 1994 hatte man sich über die wesentlichen Fragen geeinigt. Man wollte nach der endgültigen Formulierung der Gesetzesanträge eigentlich bereits im ersten Halbjahr 1995 die Beschlußfassung im Landtag herbeiführen und vom zuständigen Regierungsmitglied, Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger, wurden auch die entsprechenden Regierungsvorlagen zeitgerecht eingebracht. Es hat aber, wie schon heute angeschnitten worden ist, im Kommunal-Ausschuß noch Diskussionen gegeben. Es wurden hier einige Fragen gestellt. Und zwar, wie schon gesagt wurde, die Frage der Kosten der Überleitung, des Verstoßes gegen das Homogenitätsprinzip und letzten Endes war die

Besserstellung für die Gemeindebediensteten den Ausschußmitgliedern nicht erkennbar. Und sie wollten natürlich auch wissen, welche Kosten damit verbunden sind. Es hat nach diesem Kommunal-Ausschuß natürlich wieder Verhandlungen gegeben, um diese offenen Fragen schließlich zu lösen. Und um hier vor allen Dingen im Hinblick auf die Finanzierung eine Lösung herbeizuführen. Und ich möchte hier eines klar sagen: Daß es vor allen Dingen unserem Landeshauptmannstellvertreter Ernst Höger zu danken ist, daß dieser offene Punkt auch noch überwunden werden konnte. Ich möchte hier zwei Beispiele anführen. Vor allen Dingen muß uns bewußt sein, so eine Überleitung wird nie kostenneutral durchführbar sein. Da ist hier, glaube ich, eine moderate Lösung gefunden worden, daß nämlich bei zukünftigen Bezugserhöhungen die Ansätze für die Gemeindebediensteten um 1,35 Prozentpunkte niedriger angesetzt werden. Auch die Frage des Homogenitätsprinzips war natürlich doch eine sehr ernsthafte Frage. Und auch da war es Ernst Höger, der letztlich mit der Bundespolitik hier das Einvernehmen hergestellt hat. Vor wenigen Tagen wurde ja von beiden Klubobmännern der Regierungsparteien erklärt, daß noch vor der Sommerpause im Nationalrat ein entsprechender Gesetzesantrag eingebracht wird.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Novelle kurz nennen:

1. Für Beamte und Vertragsbedienstete, sowohl Arbeiter als auch Angestellte, gilt ein gemeinsames, einheitliches Entlohnungssystem.
2. Die Einreihung bei der Aufnahme erfolgt in eine der sieben Grundverwendungsgruppen, wobei neben der beruflichen Ausbildung die Festlegung im Dienstpostenplan Grundlage der Einreihung ist.
3. Ein Solldienstpostenplan ist vom Gemeinderat zu erstellen.
4. Bei einer überdurchschnittlichen Leistung ist eine Beförderung in Leistungsverwendungsgruppen möglich.
5. Für Bedienstete, die eine im Dienstpostenplan vorgesehene Funktion ausüben, gibt es Funktionsverwendungsgruppen.
6. Sowohl für die Beförderung in die Leistungs- als auch in die Funktionsverwendungsgruppe ist eine Leistungsbeschreibung und ein Gemeinderatsbeschluß zwingend erforderlich.
7. Für die Überleitung der Gemeindebediensteten aus dem bisherigen in das neue Besoldungs- und Dienstrecht gelten folgende

Grundsätze: Das Gehalt in der neuen Verwendungsgruppe darf nicht geringer sein als das bisherige Gehalt. Die Vorrückungsbeiträge in der Grundverwendungsgruppe dürfen nicht geringer sein als die bisherigen Biennalzuwächse. Weiters hat eine Überleitung grundsätzlich in die Grundverwendungsgruppen zu erfolgen. Bisher gewährte leistungsbezogene Zulagen bleiben grundsätzlich unverändert. Und der Dienstgeber kann im Einvernehmen mit dem Dienstnehmer und der Personalvertretung die leistungsbezogenen Zulagen in das Gehalt einrechnen.

8. Funktionen können zeitlich begrenzt werden.
9. In Hinkunft soll es nur mehr Funktionsbezeichnungen, aber keine Amtstitel mehr geben. Der leitende Gemeindebeamte in einer Stadt heißt eben dann Stadtamtsdirektor. Bisher war das ein Amtstitel, jetzt gilt das auch, wenn das ein Vertragsbediensteter beispielsweise wäre.
10. Das neue Besoldungsrecht tritt, Herr Kollege, nicht mit 1. Jänner 1999, sondern mit 1. Jänner 1998 in Kraft. Das möchte ich hier nur sagen, damit wir die Gemeindebediensteten nicht verschrecken. Die erwarten ja schon, daß diese Regelung herbeigeführt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann sagen, diese Besoldungsreform ist eine komplette Neuordnung der Gemeindedienstrechtsgesetze. Mit dieser Reform können die Gemeindebediensteten, aber auch die Gemeinden zufrieden sein. Die Bediensteten, weil hier klare Voraussetzungen für die Entlohnung geschaffen werden. Und für die Dienstgeberseite besteht doch die Möglichkeit, Leistungen und Funktionsausübungen entsprechend finanziell abzugelten. Ich glaube daher, daß hier vor allen Dingen diese leistungsbezogene Entlohnung zu mehr Motivation und Leistungsförderung beitragen wird. Der Dank für diese zukunftsorientierte Reform gilt vor allen Dingen Dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter Höger. Du bist heute von einem hohen Gewerkschaftsfunktionär als Motor und Vater dieser Reform bezeichnet worden. Und ich weiß, daß Du als starker Motor manche Steigung in dieser Frage überwunden hast. So kann diese Beschlußfassung heute hoffentlich auch zustande kommen. Es ist aber auch, glaube ich, den Gewerkschaften und den Gemeindevertreterverbänden zu danken. Und natürlich auch den Beamten des Gemeindeferates, die viele Erhebungen, Beratungen und Formulierungen vor allen Dingen der Gesetzesanträge herbeigeführt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann auf dieses Geset-

zeswerk, das, wie ich meine, sich in der Praxis bewähren wird, mit Recht stolz sein. Und wir Sozialdemokraten werden daher diesen drei Anträgen gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter
Nowohradsky.

Abg. NOWOHRADSKY (ÖVP): Sehr geehrter
Herr Präsident! Hoher Landtag!

Auch ich möchte Stellung nehmen zu den drei Änderungen Gemeindebeamtendienstordnung, -Gehaltsordnung und Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz. Ich möchte aber nicht all diese Dinge, die heute schon erläutert wurden, noch einmal in den Vordergrund stellen. Denn ich glaube, wir haben das jetzt durch den Berichterstatter und auch durch die Vorredner gehört.

Ich möchte zunächst einmal einige Worte zum Zustandekommen sagen. Es wurde heute bereits erwähnt, nach langen Verhandlungen in den Ausschüssen haben wir dieses Paket vorgelegt bekommen. Und wir haben doch ein bißchen gezweifelt an dem Satz, der im Motivenbericht gestanden ist, daß dies kostenneutral sei. Daher hat der Ausschuß berechtigterweise diese Sache hinterfragt. Es hat sich dann gezeigt, daß bei der Erhebung in den Gemeinden herausgekommen ist, daß eben die Kostenneutralität nicht hundertprozentig gegeben war. Und daher diese langwierigen Verhandlungen. Und wir bekennen uns auch dazu. Ich bin heute froh, daß diese Sache mehr oder weniger über die Bühne gegangen ist. Wir stehen ja heute praktisch vor dem Beschluß hier im Hohen Haus. Und daher auch die Bestrebungen von allen Seiten, einen Gleichklang gefunden zu haben, sei es jetzt von den Vertretern der Gewerkschaft, aber auch seitens der Gemeinden. Und ich finde nichts dabei, wenn sich zum Beispiel die Sozialpartner finden und einen gemeinsamen Briefkopf oder egal was hier gemeinsam haben, wie das hier der Herr Abgeordnete Hrubesch kritisiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dieses Gesetz oder diese Gesetze legen eine Flexibilität an den Tag, die wir in anderen Bereichen vielleicht auch noch notwendig haben. Und wenn hier heute schon dieses Homogenitätsprinzip zwischen Bund, Land und Gemeinden bzw. überhaupt zwischen den Gebietskörper-

schaften, wenn dieses Wort gefallen ist, so hoffen wir, daß auch der Bund hier nachzieht. Er hat ja angekündigt, daß eben dort, wo man die Regelungen besser machen kann, sprich in den Gemeinden oder im Land, man diese Ansätze ohne weiteres unternehmen kann und das nicht von oben her diktiert wird. Und ich hoffe auf diese Bundesstaatsreform. Sie wurde uns zumindest versprochen, ob das dann gehalten wird, wissen wir ja heute noch nicht. Denn einige Dinge sind ja nach wie vor seitens des Bundes offen bezüglich der Gemeinden. Etwa, daß hier spezielle Dienstrechte ausgehandelt werden können. Ich glaube, das sollte der zukünftige Weg sein. Und daß das Recht des öffentlich Bediensteten trotzdem gewahrt bleibt, zwischen Bund, Land und Gemeinden wechseln zu können. Das einmal dazu.

Es ist eine echte Reform, mit der wir, glaube ich, alle leben können, diese Punkte, die heute schon genannt wurden, wo wir vielleicht noch nicht hundertprozentig genau wissen, wie sich das wirklich in den Gemeinden auswirken wird. Aber es wurde sehr gut verhandelt und sehr lange verhandelt. Wie man so sagt, gut Ding braucht Weile. Hier hat es schlußendlich zu einem Erfolg geführt. Für mich ist es aber noch wesentlich mehr. Und es ist heute in diesem Bereich ein Danke zu sagen. Nicht nur den Verhandlern, sondern auch ein Danke an die Gemeindebediensteten als solche. Hätten wir nicht diese Personen, die vor Ort sehr viele Dinge - und ich sage das jetzt bewußt - aus dem Weg räumen. Denn wir haben draußen eine bürgernahe Verwaltung. Die Leute kommen gerade in den kleinen Gemeinden direkt zum Gemeindegemeinsekretär oder zu den Gemeindebediensteten. Und auf kürzestem Wege werden Dinge erledigt, die nicht immer selbstverständlich sind. Ich glaube, da wird in den Gemeinden sehr viel gemacht und von den Gemeindebediensteten sehr viel geleistet. Und das nicht nur in der Verwaltung, sondern in allen Bereichen, sei es jetzt vom Klärwärter über Gemeindegemeindefacharbeiter bis darüber hinaus zu Spitzenkräften usw. Wir können uns auf unsere Gemeindebediensteten draußen in den Gemeinden verlassen. Dieser Dank soll hier einmal gesagt werden. Auf der anderen Seite wollen wir, gerade in einer Zeit, da über die Beamten als solches in der Öffentlichkeit eher unter negativen Aspekten diskutiert wird, das ein bißchen ins rechte Licht rücken. Denn ich glaube, diesen negativen Beigeschmack, den haben sich gerade diese Bediensteten nicht verdient. Sie erledigen ihre Aufgaben hervorragend. Und wenn man immer wiederum auf die Beamten gerade in letzter Zeit mit Klischeevorstellungen reagiert, dann sollten wir hier im NÖ Landtag jene vertreten, die sich vielleicht nicht zu Wort melden können. Daher bin

ich sehr froh, daß wir heute diese Sache erledigen können, gemeinsam mit den Gemeindebediensteten und den Gemeinden. Diese Sozialpartnerlösung hat uns ein Stück weiter gebracht und ich freue mich, daß auch wir diesen Vorlagen zustimmen können. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP und einzelnen Abg. der SPÖ.)*

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Die Rednerliste ist erschöpft, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. UHL (SPÖ): Ich verzichte!

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Er verzichtet. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 336/G-2/3, NÖ Gemeindebeamtendienstordnung):* Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 337/G-3/3, NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung): Einstimmig angenommen!

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Kommunal-Ausschusses, Ltg. 338/G-4/4, NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz): Einstimmig angenommen!

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Klupper, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 583/A-11/1 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KLUPPER (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 583/A-11/1, eine Änderung der NÖ Abgabenordnung 1977.

Die Zuständigkeit des Landes zur Erlassung der vorliegenden Novelle gründet sich auf Art.11 Abs.2 des Bundes-Verfassungsgesetzes. Der Abteilung Finanzen wurde der Beschluß des Verfassungsgerichtshofes, wonach unter anderem § 198 der NÖ Abgabenordnung 1977 von Amts wegen auf seine Verfassungsmäßigkeit geprüft wird, übermittelt. Dieser Beschluß wurde zum Anlaß genommen, eine relativ umfangreiche Novellierung der Abgabenordnung vorzubereiten. Im Zuge der Erstellung des Entwurfes wurden zahlreiche Bestimmungen des geltenden Gesetzestextes auf ihre Verfassungsmäßigkeit, auf ihre Zweckmäßigkeit und auf ihre Übereinstimmung mit anderen Abgabenordnungen, insbesondere

der Bundesabgabenordnung überprüft und versucht, eine Anhebung an den Standard dieser Verfahrenssysteme zu erreichen, ohne daß damit wesentliche Inhalte verändert werden mußten. Insgesamt sieben Paragraphen wurden nun verändert und es soll dieses Werk nunmehr in der neuen Form die mit 30. Juni 1997 auslaufende Abgabenordnung ersetzen. Ich darf namens des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses folgenden Antrag stellen *(liest)*:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der NÖ Abgabenordnung 1977 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen."

Ich darf den Herrn Präsidenten ersuchen, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER: Danke für den Bericht und Antrag. Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Ich ersuche die Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 573/A-3/37 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. DORFMEISTER-STIX (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich habe über den Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger und Cerwenka zum Antrag der Abgeordneten Grätzer u.a. betreffend Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher, Ltg. 573/A-3/37, zu berichten.

Der Antrag der Abgeordneten Grätzer u.a. zielt darauf ab, daß für jene niederösterreichischen Studenten und Studentinnen, die ihr Studium an der Johannes Kepler-Universität in Linz absolvieren, eine Semesterkarte unter Mitfinanzierung des Bundes und des Landes Niederösterreich analog der oberösterreichischen Vereinbarung eingeführt wird. Dazu ist festzuhalten, daß mit der Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes 1996 die Freifahrt von Studenten auf öffentlichen Verkehrsmitteln gestrichen wurde.

Diese Gesetzesänderung wurde vom Land Niederösterreich abgelehnt, jedoch trotz ablehnender Haltung Niederösterreichs vom Bund beschlossen. Die ablehnende Haltung Niederösterreichs gegen die Streichung der Freifahrten von Studenten resultiert unter anderem aus dem Bewußtsein, daß einerseits niederösterreichische Studenten durch die Streichung der Freifahrten besonders hart getroffen sind, andererseits das Land Niederösterreich finanziell nicht in der Lage ist, den an sich vom Bund zu tragenden Aufwand zu übernehmen und aus eigenen finanziellen Mitteln Förderungen in vergleichbarer Höhe zu gewähren.

Das Land selbst leistet insofern seinen Beitrag, als durch verschiedene Einrichtungen Stipendien vergeben werden. So werden unter anderem durch den Siegfried Ludwig-Fonds für universitäre Einrichtungen in Niederösterreich speziell Stipendien vergeben, wenn Studierenden besondere Erschwernisse durch die Entfernung zwischen dem Wohnort in Niederösterreich und dem Studienort in einem anderen Bundesland erwachsen. Aus diesen Gründen erscheint es nicht gerechtfertigt, den Antrag der Abgeordneten Gratzer u.a. betreffend Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher zu beschließen. Namens des Schul-Ausschusses stelle ich daher folgenden Antrag zum Antrag der Abgeordneten Gratzer u.a. betreffend Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher (*liest*):

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Antrag der Abgeordneten Gratzer u.a. betreffend Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher, Ltg. 573/A-3/37, wird abgelehnt.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung zu prüfen bzw.

Bemühungen zu setzen, daß bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch Erschwernisse, die durch die große Entfernung zwischen dem Wohnort und dem Studienort hervorgerufen werden, bei der Vergabe von Stipendien berücksichtigt werden."

Ich bitte, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

DRITTER PRÄSIDENT Ing. EICHINGER:
Frau Abgeordnete, ich bedanke mich für Antrag und Bericht. Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dkfm. Rambossek.

(Präsident Mag. Romeder übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Dkfm. RAMBOSSEK (*FPÖ*): Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Der Antrag des Schul-Ausschusses, der ja auf einen Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger und Cerwenka zurückzuführen ist, hat für mich wohl einen Baumeister. Der Baumeister ist das Motto der ÖVP, was in diesem Land nicht von uns kommt, darf nicht geschehen. Auch die Frau Berichterstatterin, Frau Abgeordnete Dorfmeister-Stix, hat bei der Verlesung des Antrages wohl die Interpretation einiger Abgeordneter oder Sekretäre übernommen und hat verlesen, daß der Antrag der Abgeordneten Gratzer darauf abzielt, daß eingeführt wird. Das heißt für mich ein bißchen eine rechthaberische Meinung der Interpretation. Das ist für mich wirklich, daß wir selbst im Interesse und für unsere Jugend ganz einfach nicht sehen können, daß hier ein Wollen einer Gemeinsamkeit oder einer Zusammenarbeit besteht.

Dem Herrn Abgeordneten Mag. Schneeberger, der ja einer der Antragsteller ist, dem muß ich aber schon sagen, daß ich ein bißchen verwundert bin. Denn Herr Magister, Sie dürften das - wie heißt es so schön - das neue "Arbeitsprogramm" der ÖVP offensichtlich nur unzureichend kennen. (*Abg. Mag. Schneeberger: Aber Sie werden mich aufklären!*)

Wenn Sie mir zuhören gerne. Denn sonst hätten Sie entsprechend Ihrer eigenen Parteithese zur Bildung - und ich darf sie zitieren: "Talente, die uns gegeben sind, dürfen nicht vergeudet und verpraßt werden" - sonst hätten Sie sich wahrscheinlich mit unserem freiheitlichen Antrag doch etwas mehr auseinandergesetzt. Denn ich kann diese These nur unterschreiben, die in Ihrem neuen Arbeitsprogramm steht. Wenn Sie sich mit

unserem Antrag etwas mehr auseinandergesetzt hätten, dann wüßten Sie auch, was der Klubobmann Gratzner und ich beantragt haben. Da ich annehme, daß das doch nicht so sehr der Fall war, darf ich, auch für alle jene, die unseren Antrag nicht gelesen haben, ihn doch wiederholen:

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert" - und jetzt kommt's - "mit dem Bund im Sinne der Antragsbegründung Verhandlungen aufzunehmen mit dem Ziel..." und so weiter. (Abg. Mag. Schneeberger: Und jetzt definieren Sie dieses Ziel doch bitte! Nennen Sie das Ziel!)

"... mit dem Ziel..."! Und wenn Sie es, Herr Magister, nicht verstanden haben, dann muß ich Ihnen sagen, daß es darum gegangen ist, daß bitte einmal verhandelt wird. Mit Ihrem Antrag, bin ich der Meinung, daß Sie eigentlich unserer Regierung nicht zutrauen, mit einem positiven Verhandlungsergebnis vom Bund nach Hause zu kommen. Erst auf Grund dieses Verhandlungsergebnisses wäre eigentlich zu entscheiden gewesen, ob das Land Niederösterreich irgendwelche Mittel für eine Förderung der Fahrtkosten jener Studentinnen und Studenten bereitstellt, die täglich eben aus den Bereichen Amstetten, Melk, Scheibbs zur Linzer Johannes Kepler-Universität pendeln. Und so war bitte unser Antrag gemeint. Ich sehe aber daraus, daß Sie eigentlich Ihren eigenen Regierungsmitgliedern nicht zutrauen, ein positives Verhandlungsergebnis nach Hause zu bringen.

Bedenken Sie aber auch weiters noch, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP und der SPÖ: Es wurde heute beim Rechnungsabschluß herausgestrichen, daß wir auf Grund des Strukturanpassungsgesetzes rund 1,5 Milliarden Schilling Steuermehreinnahmen bekommen haben für das Land. Unserer Meinung nach ist allein auf Grund dieser Tatsache das Land bitte gefordert, in Härtefällen und bei Chancenungleichheit die Auswirkungen des Sparpaketes auf die Familien doch etwas abzufedern. Wir meinen auf jeden Fall, und das ist für uns Freiheitliche, auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, die Grundlage, daß die Bildung Humankapital bedeutet, daß Bildung daher eine sehr große gesellschaftspolitische Herausforderung ist. Denn wir meinen ganz einfach, die Saat, die wir jetzt säen, wird das Schicksal der zukünftigen Generationen deutlich beeinflussen. (Abg. Böhm: Lesen Sie den Antrag, damit Sie wissen, wum es geht!)

Herr Klubobmann! Bei unserem freiheitlichen Antrag geht es darum, daß Verhandlungen geführt werden sollen, daß eventuell die

Möglichkeit gegeben ist, die studentische Mobilität dann zu fördern. (*Unruhe bei der ÖVP.*) Für diesen Bereich und dann kann man auch weiterverhandeln. Aber das war die Grundlage unseres Antrages, Herr Klubobmann. Und wissen Sie, wenn ich den Antrag der Herren Abgeordneten Mag. Schneeberger und Cerwenka analysiere, der ja zum Antrag des Schul-Ausschusses geworden ist, wissen Sie, wum es da geht? Da geht es um irgendwelche Bemühungen, nicht mehr definierte Erschwernisse gegebenenfalls bei der Vergabe einiger Stipendien zu berücksichtigen. Das ist für mich absolut auf das vorliegende Problem, das auch an den Klub der ÖVP, an den Klub der SPÖ herangetragen wurde, sicherlich keine Antwort. Wenn irgend welche Bemühungen gesetzt werden, ist der Antrag sicherlich keine Erledigung mit Antwortcharakter. Ich glaube, wir sollten hier raschest Taten setzen und nicht nur Worthülsen in den Raum stellen. Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Cerwenka.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Ich werde nicht politisch, sondern sachlich dieses Thema behandeln. Denn gute und ausgewogene Ideen sehe ich über Parteigrenzen hinweg. Dem Antrag der freiheitlichen Abgeordneten betreffend Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher können wir unsere Zustimmung nicht geben, da dieser einerseits gegen den Gleichheits- und Gleichbehandlungsgrundsatz spricht und andererseits in den Bereich des Konsultationsmechanismus hineinspielt, da Kosten vom Bund auf das Land übertragen würden. Die in der Antragsbegründung angesprochene Chancengleichheit trifft nur partiell zu, nämlich auf in Linz studierende Niederösterreicher und Niederösterreicherinnen. Und das stellt für mich keine Chancengleichheit für alle niederösterreichischen Studenten und Studentinnen dar, die derzeit außerhalb der Landesgrenzen, sei es in Wien, Graz, Salzburg oder anderen Standorten ihr Studium absolvieren. Wenngleich Herr Kollege Rambossek im Schul-Ausschuß und auch heute den Nebensatz geprägt hat, daß das eigentlich nur der Anfang von seiten der Freiheitlichen war, dann meine ich, eine seriöse Auseinandersetzung mit einem Thema verlangt eine möglichst ganz

heitliche Betrachtung und Behandlung und nicht Vorteile für einzelne Gruppierungen, jedoch keine für den gesamten Bereich der Betroffenen.

Zu sehen ist durch eine derartige Vorgangsweise auch der Arbeitsanfall für die öffentliche Hand und die Kosten, die damit für den Steuerzahler verbunden sind, wenn das Land Niederösterreich nach mehreren Plenarsitzungen mit Teilanträgen vorstellig wird und damit die Kosten in die Höhe getrieben werden. Grundlegend ist mit der Materie einfach auch verbunden, daß eine Art Konsultationsmechanismus durch die Hintertüre negative finanzielle Auswirkungen auf Niederösterreich zeitigt, da das Land Niederösterreich Mittel zu kompensieren hätte, die eigentlich der Bund nicht mehr zur Verfügung stellt. Niederösterreich hat die Bundesgesetzgebung im Jahre 1996 ablehnend beurteilt, da gerade niederösterreichische Studenten und Studentinnen auf Grund fehlender Bildungseinrichtungen im Hochschulbereich besonders betroffen sind. Niederösterreich ist aber finanziell kaum in der Lage, diese Mittel aufzubringen.

Man muß noch einen Teilaspekt in dieser Angelegenheit sehen. Linz und Wien zum Beispiel fördern mit Ermäßigungen auch gleichzeitig ihre Verkehrsbetriebe. Für Niederösterreich geht diese Philosophie nicht auf. Daher ist eine gerechte und sinnvolle Lösung auf allen möglichen Ebenen gefragt. Und hier bieten sich eben Stiftungen und Fonds an, zu denen teilweise das Land Niederösterreich seinen Beitrag leistet. Und damit wird es sicher auch möglich sein, einen Ausgleich für viele der betroffenen Studierenden herbeizuführen. Für uns bedeutet dies Satzungsänderungen im Bereich der Stipendien wo nötig, damit dieses Kriterium - soweit nicht bereits vorhanden - Eingang bzw. Gewichtung bekommt.

Oberösterreichische und niederösterreichische Voraussetzungen sind, wie bereits erklärt, nicht direkt vergleichbar. Die Problematik, deren wir uns sehr wohl bewußt sind, würde nur einen Teil der niederösterreichischen Studenten bevorzugen, was uns Sozialdemokraten keinesfalls als solidarische und gerechte Maßnahme erscheint. Aus diesen Begründungen bekennen wir uns zu dem vorliegenden Antrag des Schulausschusses. *(Beifall bei der SPÖ und Abg. der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Strasser.

Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte meinen Debattenbeitrag gerne sachlich und politisch gestalten und möchte ein wenig auf die Vorgeschichte dieses Antrages eingehen. Mag. Günther Steinkellner ist Abgeordneter zum oberösterreichischen Landtag und Klubobmann der Freiheitlichen Partei im oberösterreichischen Landtag. Mag. Günther Steinkellner hat am 13. Februar 1997 an den Herrn Universitätsprofessor Dr. Franz Strehl an der Johannes Kepler-Universität Linz ein Schreiben gerichtet, in dem er diesem schreibt, er antwortet ihm auf das Schreiben und das Anliegen der Jungen ÖVP Amstetten betreffend Studentenfreifahrt. Er erklärt dann einige Dinge und sagt dann, und ich zitiere wörtlich aus dem Schreiben des Mag. Günther Steinkellner vom 13. Februar: "Ich leite daher Ihr Schreiben an den freiheitlichen Landtagsklub in Niederösterreich mit dem Ersuchen weiter, die erforderlichen Schritte einzuleiten." 13.2. geschrieben. Am 17. Februar ist dieser Brief mit der Post gelandet und am 19. Februar stellen die Abgeordneten Gratzner, Dkfm. Rambossek, Marchat, Rosenkranz, Hrubesch, Haberler, Preiszler einen Antrag auf Einführung einer Semesterkarte für in Linz studierende Niederösterreicher, der am 20. Februar 1997 im Landtag von Niederösterreich eingetroffen ist. Der Klubobmann der F Oberösterreich ersucht, die entsprechenden Schritte einzuleiten und die Abgeordneten - ich habe sie zuerst erwähnt - machen drei Tage später einen Antrag im NÖ Landtag. Ich war bis jetzt immer der Meinung, daß Veranlassungen in der F von der Bundeszentrale aus Kärnten kommen. Aber jetzt kommen sie nach Niederösterreich auch schon aus Oberösterreich. Das ist interessant. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Nicht nur, daß diese Initiative aus Oberösterreich gekommen ist, sondern noch dazu haben die Oberösterreicher - und ich weiß, wovon ich rede - Sie in diesem Fall wirklich nicht gut beraten. Die Veranlassung war nicht optimal. Denn das, was Aufgabe der Jungen ÖVP Amstetten ist, für ihre Freunde, Kollegen in ihrer Region zu kämpfen und einzutreten, das ist eine Sache. Aufgabe des NÖ Landtages, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es, für das Gesamte zu denken. Nicht nur für eine Region, einen Bezirk eine Aufgabenstellung zu erledigen, sondern ganz Niederösterreich im Auge zu behalten und entsprechende Initiativen und entsprechende Vorgaben, entsprechende Eingaben zu setzen bzw. zu erledigen. Wieso, fragt sich der Student aus

Neunkirchen, sagt die F, der Student aus Amstetten soll Hilfe bekommen, wenn er nach Linz fährt, doch wieso soll ich aus Neunkirchen, wenn ich nach Graz fahre, keine Unterstützung bekommen? Da ist doch irgend etwas nicht im Lot.

Der Antrag ist vordergründig, er ist undurchdacht, er ist abgeschrieben. Er ist gemacht, ohne das Ganze zu sehen. Jemand hat gesagt, als er den Antrag gesehen hat, das ist Politik mit Scheuklappen. Ich möchte Ihnen auch gerne sagen, meine Damen und Herren von der F, was Sie wirklich und wie Ihr Gesamtprogramm ist. Was die studentischen Organisationen wollen und wie die Unterstützung der Studenten in Ihrem Programm aussieht, damit Sie auch wissen, was Ihre Forderungen sind. Damit Sie auch wissen, was Ihre Leute in Ihrem Programm fordern und was Ihre Praxis ist. Ich habe hier vor mir eine Unterlage vom Juni 1996, von Ihrer Studentenorganisation. Die verlangt, es sind Stipendien im Ausmaß von 30.000,- bis 40.000,- Schilling zu geben. Das würde schätzungsweise, so schreibt der Vorsitzende dieses freiheitlichen Studentenverbandes, es würde schätzungsweise 50.000 Stipendiaten betreffen, die dem Staat ungefähr 3,5 Milliarden Schilling kosten würden. Ihr eigener Studentenverband - und das sollten Sie auch wissen, und ich möchte das dem Landtag nicht vorenthalten - verlangt aber genauso Studiengebühren. Und zwar für jene, die überdurchschnittlich langsam studieren, die lange brauchen. Und zwar sollen die bis zu 10.000,- Schilling pro Semester beitragen. Ich zitiere wörtlich. Das heißt, Sie sagen, und das ist Ihre Programmatik, es sollen für Stipendiaten, die das benötigen, etwa 3,5 Milliarden Schilling pro Jahr aufgewendet werden, doch eine Milliarde davon sollen sich die Studenten selber bezahlen. Ich sage Ihnen das alles, damit Sie wissen, was Ihr Programm eigentlich ist und in welche Richtung hin Sie da von Oberösterreich manchmal beraten werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage Ihnen sehr offen, Studiengebühren, Strafgebühren, so wie Sie das vorschlagen, das ist unsere Sache nicht! Halbe Vorschläge übernehmen wir nicht im Landtag! Denn das, was für eine Region richtig sein mag, was aber unausgegoren für das ganze Land ist, das können wir nicht übernehmen.

Und weil wir schon bei der heutigen Debatte sind, auch noch eine Kleinigkeit: Sie haben heute am Beginn der Landtagsdebatte eine Absenkung von Steuern und Gebühren verlangt, heute waren es wieder einmal die Lohnnebenkosten. Auf der anderen Seite verlangen Sie die Anhebung von

Transferleistungen, wie hier in diesem Bereich. Wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, konstruktive Politik für das Land bedeutet nicht, gleichzeitig zu sagen, man sorgt dafür, daß die Leute weniger einzahlen müssen, aber dafür wird der Staat ihnen mehr geben. Solche Vorschläge, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind keine Vorschläge, die dem Land etwas bringen, die insgesamt das Landeswohl fördern, die insgesamt positive Beiträge für eine NÖ Landespolitik sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir von der NÖ Volkspartei, wir haben dafür gesorgt, daß Studenten aus Niederösterreich eine 30prozentige Ermäßigung auf den normalen ÖBB-Tarif erhalten. Die Sozialdemokraten haben hier mitgewirkt. Wir glauben, daß das eine gute Sache ist. Wir halten es auch grundsätzlich für sinnvoller, die Unterbringung der Studenten an den Studienorten zu gewährleisten. Und dafür gibt es mehrere Einrichtungen und wir sorgen auch dafür, daß die Studenten dort in das studentische Leben eingegliedert werden. Daher lehnen wir als Volkspartei den Antrag der F ab und unterstützen den Antrag des Schul-Ausschusses. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, die Berichterstatterin hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. DORFMEISTER-STIX (ÖVP): Ich verzichte!

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Wir kommen daher, Hohes Haus, zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Schul-Ausschusses):* Mit Mehrheit angenommen! Für das Protokoll darf ich feststellen, die Mandatäre der F haben hier nicht die Zustimmung gegeben. *(Zustimmung ÖVP, SPÖ, LIF; Ablehnung FPÖ.)*

Ich ersuche nun den Herrn Abgeordneten Dr. Strasser, die Verhandlungen zur Zahl Ltg. 599/D-1/6 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. Dr. STRASSER (ÖVP): Hoher Landtag! Ich berichte zur Zahl Ltg. 599/D-1/6 betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972. Gegenstand ist die Erhöhung des Kilometergeldes, die jährliche Mehrkosten von rund 4,5 Millionen Schilling zur Folge haben wird. Unter Bedachtnahme auf § 178 Abs.4 DPL 1972 wird auch eine Änderung der Ansätze der täglichen Fahrtkostenzuschüsse wirksam werden, was jährliche Mehrkosten von 2,5 Millionen Schilling betragen wird. Ich stelle den Antrag des Verfassungs-Ausschusses *(liest):*

"Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL-Novelle 1997) wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen."

Ich ersuche den Vorsitzenden, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Ich danke für Bericht und Antrag. Zu Wort ist niemand gemeldet, wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Verfassungs-Ausschusses):* Einstimmig angenommen!

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung der Anfragebeantwortung zu Ltg. 575/A-5/62 betreffend Förderung des Schiffahrtsunternehmens Wilhelm Stift zur Erhaltung und Attraktivierung der NÖ Donau-Personenschiffahrt. Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Cerwenka. Ich erteile es ihm.

Abg. CERWENKA (SPÖ): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Mit der Anfragebeantwortung durch Landesrat Gabmann vom 26. bzw. 27. März 1997, Abgang bzw. Eingang beim Landtag, auf die Anfrage von Kollegen Keusch und mir bezüglich Förderung des Schiffahrtsunternehmens Wilhelm Stift zur Erhaltung und Attraktivierung der NÖ Donau-Personenschiffahrt können wir uns nicht zufriedengeben. Da den Abgeordneten sowohl Anfrage als auch Beantwortung schriftlich zugegangen sind, kann ich mir einen Prolog ersparen und direkt auf den Kern der Thematik eingehen.

Frage 1 bezogen auf die Ausschöpfung des Förderrahmens ist eher buchhalterischer Natur und bedarf eigentlich keinerlei weiterer Anmerkungen.

Bei Frage 2, die da lautet: "Sehen sie die Verpflichtungserklärung der Förderungsvereinbarung mit den erfolgten Aktivitäten des Schiffseigentümers erfüllt?" drängen sich Zusatzfragen auf.

Landesrat Gabmann bejaht diese Frage mit dem

Zusatz, daß 1996 nur eine Rumpfsaison zur Verfügung stand und Marketingmaßnahmen zur Frequenzsteigerung wie Themen- und Ausflugsfahrten erst 1997 wirksam werden können. Ich muß dazu feststellen, die Fragen 3 bis 5 stehen mit der Grundsatzfrage 2 in engstem Zusammenhang und haben auch Auswirkungen auf diese Grundsatzfrage. Denn auf die Frage, "wie lange befand sich die 'Stadt Wien' seit der Förderungszusage am Liegeplatz Aggsbach Dorf?", gab Landesrat Gabmann, der leider nicht anwesend ist, folgende Antwort: "Da auf der Stadt Wien bis Jahresende 1996 Umbau- und Installationsarbeiten in Tulln vorgenommen wurden, waren die Liegezeiten in Aggsbach Dorf sehr gering". Meine Anmerkung dazu: Wie passen die jüngsten Medienberichte in mehreren Zeitungen vom ersten offiziellen Anlegen und Empfang durch den dortigen Bürgermeister Draxler samt Blasmusik hier herein?

Wie folgt, ging es in der Beantwortung weiter: "Auch wenn in Zukunft die Anfahrtsfrequenz von Aggsbach Dorf als ständiger Anlegeplatz sprunghaft steigen wird, liegt es üblicherweise im Interesse eines erfolgreichen Schiffsbetriebes, Liegezeiten zu minimieren. Diese Strategie soll nach Angaben des Schiffseigentümers auch auf die 'Stadt Wien' Anwendung finden." Ich muß ein bißchen zurückgreifen. Denn in der Antragsbe gründung für die Sitzung der Landesregierung vom 25. Juni steht eindeutig: "Das Schiff steht sowohl für Ausflugs- und Themenfahrten als auch als Restaurationsbetrieb mit fixem Liegeplatz in Aggsbach Dorf zur Verfügung. Mit der Wahl des fixen Liegeplatzes wird insbesondere das touristische Angebot des rechten Donauufers aufgewertet." Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was bedeutet "fix"? In der Förderungsvereinbarung heißt es, und ich zitiere wieder wörtlich: "Das Schiffahrtsunternehmen Wilhelm Stift verfügt über einen ständigen Anlegeplatz in der Gemeinde Schönbühel-Aggsbach". Da sagen mir persönlich für unsere Region Tullnerfeld die Zeitungsaussagen eigentlich mehr zu. So entnehme ich einer APA-Meldung vom 31. Mai des vergangenen Jahres, fast einen Monat vor der Behandlung in der Landesregierung, daß das Schiff seine neue Heimat an der Donaulände beim Minoritenkloster in Tulln gefunden hat, wo es im Regelfall auch fest verankert sein wird. In der gleichen Meldung ist

vom Vorhandensein eines Concord Card Casinos die Rede. In der Förderungsvereinbarung scheint dieses Thema nicht einmal auf, genausowenig in der Antragsbegründung für die Regierungssitzung. Aber die Casino-Angelegenheit ist eine Frage der Ethik, ist auch schon passé und daher will ich mich gar nicht mehr näher damit beschäftigen.

Zurück zu dem, was uns der Landesrat in der Anfragebeantwortung mitteilt. Nämlich, daß die Anfahrtsfrequenz von Aggsbach Dorf als ständigem Anlegeplatz in Zukunft sprunghaft steigen wird. Wenn ich mich von meinem Heimathafen oder von meinem Heimatort oder von zu Hause entferne, dann fahre ich ab und nicht an. Der Hinweis auf Minimierung von Liegezeiten erscheint mir von geringerer Bedeutung, da aus den Schiffsaufzeichnungen ja ohnehin eindeutig herauszulesen sein müßte, wann, wo, wie oft und wie lange das Schiff vor Anker lag. Bezüglich der Umbauarbeiten in der ersten Phase habe ich vollstes Verständnis. Aber ich frage Sie, warum wurde wirklich nicht Tulln als Liegeplatz gewählt, was der bisher sichtbaren Realität weitaus mehr entsprechen würde? Für die Region des Tullner Donauraumes und für den Tourismus in unserer Region ist das sicher ein Gewinn. Ich würde es begrüßen, das Schiff, die "Stadt Wien" in der Region beheimatet zu wissen.

Interessant wird es dann noch einmal bei Frage 5: "Welche Maßnahmen haben Sie auf Grund der Tatsache, daß die 'Stadt Wien' seit Anfang Februar nach Linz verlegt wurde, gesetzt, oder beabsichtigen Sie zu setzen?" Und hier die verbrieftete Antwort im Wortlaut: "Nach Rücksprache der zuständigen Fachabteilung mit dem Schiffseigentümer wurde von diesem bestätigt, daß die Stadt Wien am 15. April 1997 wieder die NÖ Donau befahren wird. Der Aufenthalt in Linz ist durch die behördlich vorgeschriebene Druckkesselüberprüfung notwendig geworden, die bei der Schiffswerft und German Lloyd in Linz vorgenommen wurde." In den Medien stellt sich die Angelegenheit wieder ein bißchen anders dar. Ich zitiere die "NÖN", Ausgabe Tulln vom 10. Dezember 1996: Die Übersiedlung nach Linz ist ziemlich sicher, meint Stadtoberhaupt Wilhelm Stift. Weiters ist zu lesen: Die Anregung zur Übersiedelung habe das Concord Card Casino gegeben. Der Schiffseigner wird neuerlich zitiert: Kein Problem; habe nichts dagegen. Zum Glück ist das Schiff kein Haus und kann wegfahren. Ich glaube, daß das Geschäft in der Wintersaison ohnehin

nicht so attraktiv gewesen wäre. Bei all diesen Ausführungen kein Wort von einer Druckkesselüberprüfung. Im "Kurier" vom 1. Februar 1997 stehen Aussagen vom Concord Card Casino-Chef Zaroni, wie: Der Wechsel des Standorts sei ausschließlich aus saisonbedingten Gründen erfolgt. Derzeit ist in Tulln absolut nichts los, darum haben wir uns entschieden, bis Ende März den Spielbetrieb probeweise in Linz weiterzuführen. Um den tatsächlichen Grund des Standortwechsels zu ergründen, wären in diesem Zusammenhang die Aufzeichnungen in den Logbüchern interessant. Wieviele Tage ist das Schiff wirklich in einer Werft gelegen? Wie hat es mit dem Spiel ausgeschaut? Ich war nicht in Linz, ich kann das nicht persönlich beurteilen.

Und da haben wir eben das Problem, daß auf der einen Seite die Anfragebeantwortung und auf der anderen Seite die mediale Darstellung total auseinanderklaffen. Nachdem ich aber annehme, daß auch der Herr Landesrat die Medien und die Zeitungsberichte verfolgt - und die Medienpräsenz des Wilhelm Stift ist ja keine geringe - wundere mich die gegebene Antwort und ich kann sie nicht zur Kenntnis nehmen. Vielleicht noch eine Anmerkung dazu: Wenn der Tullner Bezirkshauptmann im "Kurier" vom 28. Oktober des vergangenen Jahres bezüglich der Einleitung eines Strafverfahrens wegen Glücksspiels feststellt, daß ein Politiker verwickelt sei, darf keine Rolle spielen, alle Staatsbürger sind gleich, kann ich dem eigentlich nur vollständig beipflichten. Es geht auch nicht um bestimmte Personen. Es geht auch nicht um politisches Kleingeld. Es geht um Steuermittel und die Gleichheit der Bürger. Vereinbarungen sind nun einmal Vereinbarungen und müssen auch eingehalten werden. Denn das Fördergeld stammt aus der Tasche der Steuerzahler. Oder Vereinbarungen sind so aufzusetzen, daß sie auch eingehalten werden können. Und die Steuerzahler haben ein Recht darauf, zu erfahren, ob ihr Geld vereinbarungsgemäß verwendet wurde oder wird. Aus diesem Grund beantrage ich, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Friewald.

Abg. FRIEWALD (ÖVP): Herr Präsident! Hoher Landtag! Der Herr Kollege Cerwenka hat hier die Fragen über die Förderung des Schiffes von Bürgermeister Stift erläutert und dazu ergänzt, wo er Verständnisprobleme hat. Die Erklärungen von Landesrat Gabmann liegen jedem vor in schriftlicher Form und es hat sich sicher einiges verändert. Gerade in einer Bauphase, in einer Aktivi-

tätsphase des Anlaufes sind sicher so manche Dinge anders zu sehen, als im Endeffekt bei Betrieb eines Objektes. Und es hat sich von Beginn an bis heute sehr viel in diesem Bereich verändert, wie es der Kollege bereits ausgeführt hat. Ich glaube nur eines: Wir sollten den Hintergrund so sehen, daß es darum geht, es wurden Förderungsmittel des Landes Niederösterreich hier verwendet, um den Tourismus in Niederösterreich zu fördern. Das ist ein Ansatzpunkt. Und so möchte ich es auch beurteilt sehen von uns.

Wenn wir einmal gegenüberstellen, es kauft ein privater Unternehmer ein Objekt, investiert in dieses Objekt zirka 25 Millionen Schilling, erhält vom Land Niederösterreich 3,7 Millionen Schilling Förderungsmittel, dann hat alleine - wenn ich jetzt nur davon ausgehe, daß diese 3,7 Millionen Förderungsmittel diese Privatinvestition ausgelöst haben - allein diese Investition schon wirtschaftlich sehr viel bewegt. Und eines, das kann ich bestätigen: Es war ein Bewegen für Firmen aus dem Raum Niederösterreich. Über 70 Prozent dieser Mittel wurden in der Stadt Tulln an Unternehmen vergeben. Darüber hinaus ist alleine auf Grund der Medienpräsenz, wie ein Kollege es bereits erwähnt hat, ein absoluter Werbeeffekt für den Tourismus entstanden. Und jene Mittel, die die Leute, die nach Tulln gekommen sind, die Leute, die dieses Schiff besucht haben, hier auch wieder ausgegeben haben, bildeten wiederum einen positiven Effekt für das Land Niederösterreich.

Es handelt sich um das einzige Schiff, das in Aggsbach Dorf anlegt, es ist der einzige Rad-dampfer, der überhaupt noch in Österreich auf der Donau unterwegs ist. Gerade diese Bereicherung im Abschnitt zwischen Wachau und Tulln, der jetzt ständig Samstag - nächsten Samstag zweimal sogar - befahren wird auf einem ausgebuchten Schiff, belebt den Tourismus in Niederösterreich, ob das jetzt in Aggsbach Dorf ist oder in Tulln. Und dieses Beleben wollten - und davon bin ich überzeugt - die Tourismusabteilung und Landesrat Gabmann mit dieser Förderung erreichen. Deshalb beantrage ich, die Anfragebeantwortung zur Kenntnis zu nehmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

PRÄSIDENT Mag. ROMEDER: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben zwei Anträge. Der Herr Abgeordnete Friewald hat den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung zur

Kenntnis zu nehmen. Der Herr Abgeordnete Cerwenka hat den Antrag gestellt, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung stelle ich als erstes den Antrag, die Anfrage zur Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Mit Mehrheit angenommen! (Zustimmung ÖVP, FPÖ, LIF; Ablehnung SPÖ.)*

Formal liegt der Antrag da, die Anfragebeantwortung nicht zur Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung über diesen Antrag): Abgelehnt! (Zustimmung SPÖ; Ablehnung ÖVP, FPÖ, LIF.)*

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung ist damit erledigt. Die Landtagssitzung ist geschlossen. *(Schluß der Sitzung um 19.44 Uhr.)*